Inhaltsverzeichnis

51. Assistententagung Öffentliches Recht Seite 2

Semestereröffnung Seite 8

Semester Seite 10

Hochschulseelsorge Seite 15

Kurzmeldungen Seite 17

Internationales Seite 25

Aus der Weiterbildung Seite 31

J. J. Becher-Preis Seite 45

Gesundheit & Familienfreundlichkeit Seite 47

Personalia Seite 49

Publikationen Seite 50

Liebe Leserinnen und Leser,

im Wintersemester 2010/11 jährte sich der Tag, an dem die DHV Speyer ihren heutigen Campus bezog zum 50. Mal. Am Rande des damaligen Festaktes, in dem Bundespräsident Lübke die nach Plänen des Architekten Sep Ruf neu errichteten Gebäude ihrer Bestimmung übergab, entstand die Idee, nach dem Vorbild der Jahrestagung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer einmal jährlich an einer Universität den akademischen Mittelbau der Fachrichtung Öffentliches Recht zu einer Tagung zusammenzubringen. Damit war die Assistententagung Öffentliches Recht geboren. Es erfüllt die Hochschule mit großem Stolz, dass diese traditionsreiche Veranstaltung im 50. Jahr des Bestehens des neuen Campus an den Ort ihrer Entstehung zurückkehrte. Unser herzlicher Dank gilt Dr. Alfred G. Debus, Franziska Kruse, Alexander Peters, Hanna Schröder, Olivia Seifert, Dr. Corinna Sicko und Isabel Stirn für die hervorragende Vorbereitung, erfolgreiche Durchführung und umsichtige Leitung dieser prestigeträchtigen Veranstaltung, die die Hochschule für drei Tage zum zentralen Treffpunkt des wissenschaftlichen Nachwuchses im Bereich des Öffentlichen Rechtes machte.

Aber auch darüber hinaus kann die DHV Speyer auf ein sehr ereignisreiches Semester zurückblicken. Die Verleihung der Ehrendoktorwürde der staatlichen Ivane Javakhishvili Universität Tiflis an Univ-Professor Dr. Karl-Peter Sommermann, die Verleihung des Johann Joachim Becher-Preises, der Besuch des Vorsitzenden des deutschen Wissenschaftsrates, Univ.-Professor Dr. Peter Strohschneider, an der Hochschule sowie die zahlreichen internationalen Aktivitäten der Hochschule und ihrer Mitglieder seien hierfür nur exemplarisch genannt. Einen weiteren Schwerpunkt dieser Ausgabe des SpeyerJournals bildet der Bereich der Weiterbildung, in dem in den vergangenen sechs Monaten eine Vielzahl von äußerst interessanten und innovativen Veranstaltungen angeboten werden konnte.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Univ.-Professor Dr. Stefan Fisch
Rektor der DHV Speyer

Verwaltungsrechtsraum Europa
51. Assistententagung Öffentliches Recht an der DHV Speyer

Ehrengäste der Assistententagung: Prof. Dr. Johan Callewaert, Rektor Fisch, Bundespräsident a. D. Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Roman Herzog und Oberbürgermeister Hansjörg Eger (v. l.)

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Dr. Alfred G. Debus, Franziska Kruse, Alexander Peters, Hanna Schröder, Olivia Seifert, Dr. Corinna Sicko und Isabel Stirn fand vom 15. bis 18. März 2011 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer die 51. Assistententagung Öffentliches Recht statt.

Wie schon vor einem Jahr im Speyer Journal Nr. 16 (S. 26) angekündigt, ist es uns, den wissenschaftlichen Mitarbeitern von DHV und FÖV, damit nach mehr als 40 Jahren zum zweiten Mal gelungen, diese traditionsreiche rechtswissenschaftliche Nachwuchstagung, die seit 1961 jedes Jahr den akademischen Mittelbau der Fachrichtung Öffentliches Recht nach dem Vorbild der Jahrestagung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer an einer Universität in Deutschland, Österreich oder der Schweiz zusammenführt, an die DHV zu holen. Mit einigem Stolz konnten wir somit in die Fußstapfen unserer Vorgänger Prof. Dr. Dr. Klaus König und Prof. Dr. Hans-Werner Laubinger treten, die die Tagung 1969 zum ersten Mal in Speyer organisiert hatten. Darüber hinaus ist Speyer insoweit besonders mit der Assistententagung verbunden, als die Idee, eine solche Tagung ins Leben zu rufen, 1960 beim Festakt zur Einweihung der neuen Gebäude der DHV entstand.

Grußwort des Altbundespräsidenten

Dieses Jahr folgten über 200 Kollegen aus ganz Deutschland, Österreich und der Schweiz unserer Einladung nach Speyer. Mit dem Thema „Verwaltungsrechtsraum Europa" hatten wir ein in Wissenschaft und Praxis sehr aktuelles und zugleich direkt an die fachliche Ausrichtung der DHV angekoppeltes Thema aufgegriffen. Auf unsere Ausschreibung hierzu gingen zahlreiche Exposés ein, wobei der Anteil von Bewerbern aus Österreich und der Schweiz bemerkenswert hoch war. Die Fachvorträge der insgesamt 13 Referentinnen und Referenten beschäftigten sich mit sehr unterschiedlichen Aspekten des europäischen Verwaltungsrechts, die schwerpunktmäßig den Themenbereichen „Rechtswissenschaftliche Erschließung des Verwaltungsrechtsraums Europa", „Nationales Verwaltungshandeln im Verwaltungsrechtsraum Europa", „Europäisches Wirtschaftsverwaltungsrecht", „Rechtsetzung durch die Europäische Kommission", „Europäische Behörden - Legitimation und Kontrolle", „Die Schweiz im Europäischen Verwaltungsrechtsraum" und „Verwalten des Unionsrechtsraumes: Eine Perspektive für die Zukunft" zugeordnet waren.

Neben dem wissenschaftlichen Programm bietet die Ausrichtung der Assistententagung die einmalige Möglichkeit, den Teilnehmern die gastgebende Universität sowie ihre Stadt und Region vorzustellen. Höhepunkte unserer Tagung waren in diesem Zusammenhang der Eröffnungsabend im Historischen Rathaus, die Möglichkeit, Speyer bei einer Stadt- oder Domführung oder einer Rheinschifffahrt zu erkunden, ein Festabend auf dem Hambacher Schloss sowie der Abschlussabend im Historischen Museum der Pfalz.

Eröffnungsabend im Historischen Rathaus Speyer
Zum Auftakt der Tagung durften wir dank einer großzügigen Unterstützung durch die Stadt Speyer zu einem Festabend in die Räume des Historischen Rathauses in der Maximilianstraße einladen. Dort

empfing Oberbürgermeister Hansjörg Eger die Gäste mit einem Grußwort, in dem er insbesondere auf die juristische Tradition der Stadt Speyer, unter anderem als Sitz des Reichskammergerichts, einging. Der Rektor der DHV, Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch, konzentrierte sich in seiner Ansprache auf die Vorstellung der Hochschule und ihre Bezüge zur Assistententagung. Damit leitete er zum Grußwort seines Vorgängers im Amt des Rektors der DHV und Ehrengast des Abends, Bundespräsident a. D. Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Roman Herzog über. Mit Erinnerungen an seine eigene Assistentenzeit und Überlegungen zur Entwicklung der Tagung seit 50 Jahren eröffnete Herzog den ersten Teil des Abends, der der Würdigung des 50-jährigen Bestehens der Assistententagung und der aus diesem Anlass im Erscheinen befindlichen Festgabe „Perspektiven des Öffentlichen Rechts - 50 Jahre Assistententagung Öffentliches Recht" gewidmet war. Hierzu sprach Priv.-Doz. Dr. Johannes Rux als Vertreter des Nomos Verlags, der das Entstehen der Festgabe maßgeblich unterstützt hat. Ihm folgte Jörg Scharrer, der als Mitorganisator der Jubiläumstagung 2010 in Greifswald die Idee hatte, die Assistententagung mit einem solchen Werk zu feiern. Als Vertreter der Herausgeber gab er mit einigen der Festgabe entnommenen Anekdoten aus 50 Jahren Assistententagung einen unterhaltsamen Vorgeschmack auf das Werk. Besonders freute es uns, dass neben unseren Teilnehmern und den Professoren des Hauses viele der Autoren unserer Einladung zu diesem Abend gefolgt waren.

Empfang im alten Rathaus

Der zweite Teil des Eröffnungsabends war der Einführung ins Tagungsthema „Verwaltungsrechtsraum Europa" gewidmet. Als Festredner konnten wir hierfür Prof. Dr. Johan Callewaert, Vizekanzler der Großen Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, gewinnen, der als langjähriger Lehrbeauftragter der DHV ebenfalls besonders verbunden ist. In seinem Festvortrag mit dem Titel „Grundrechtsraum Europa - Die Bedeutung der Grundrechte für den Verwaltungsrechtsraum Europa" analysierte Prof. Callewaert ausgewählte Aspekte der verschiedenen Dimensionen des Grundrechtsraums Europa, für deren Brisanz das Stichwort „Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention" stehen kann, und lieferte somit einen überaus gelungenen Einstieg in das fachliche Programm der Tagung. Im Anschluss an das offizielle Programm luden die Stadt Speyer und die Kanzlei Hengeler Mueller zu einem festlichen Empfang in die beeindruckenden Räumlichkeiten des Historischen Ratssaals ein.

Prof. Dr. Johan Callewaert

Panel 1: Rechtswissenschaftliche Erschließung des Verwaltungsrechtsraums Europa

Am darauffolgenden Mittwochmorgen hieß der Prorektor der DHV Speyer, Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland, die Teilnehmer noch einmal herzlich an der DHV Speyer willkommen. Nachdem im Anschluss alle Habilitierten durch den berühmten Gongschlag aufgefordert worden waren, die Aula zu verlassen, eröffnete Sabine Müller-Mall (Berlin) das wissenschaftliche Programm mit Überlegungen zu „Wege[n] und Möglichkeiten [der] rechtswissenschaftlichen Erschließung [des] Verwaltungsrechtsraum[s] Europa". Sie arbeitete heraus, wie die Komplexität des europäischen Verwaltungsrechts, das sich vor allem durch Gleichzeitigkeiten, Veränderungsdynamiken und Hybriditäten auszeichnet, durch das Einnehmen einer Raumperspektive erfasst werden kann.

Panel 2: Nationales Verwaltungshandeln im Verwaltungsrechtsraum Europa

Dr. Andreas Thomas Müller (Innsbruck) eröffnete das zweite Panel mit der Frage der „Gegenseitige[n] Anerkennung von Verwaltungsentscheidungen - Schluss- oder Stolperstein für den europäischen Verwaltungsrechtsraum?". Der Referent erläuterte die bestehenden Formen der gegenseitigen Anerkennung von Verwaltungsentscheidungen und

ordnete dieses Phänomen als Unterfall der allgemeinen gegenseitigen Anerkennung im Unionsrecht ein. Gleichzeitig machte er deutlich, dass ein allgemeiner Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung von Verwaltungsentscheidungen aktuell nicht existiere, weshalb die Frage nach der Möglichkeit einer solchen Anerkennung jeweils kontextspezifisch zu beantworten sei.

Hieran anknüpfend beschäftigte sich Michael Schwarz (Münster) mit der „Abgrenzung des Prinzips gegenseitiger Anerkennung vom Rechtsinstitut des transnationalen Hoheitsakts". Der Referent entwickelte die These, dass die beiden Rechtsinstitute anhand der vom europäischen Gesetzgeber gewählten unionsrechtlich vorgeschalteten Handlungsform abgrenzbar seien: Eine Verwaltungsentscheidung sei immer dann als transnationaler Hoheitsakt zu qualifizieren, wenn sie auf eine Verordnung des Unionsgesetzgebers zurückgehe. Beruhe eine Verwaltungsentscheidung dagegen auf einer Richtlinie, greife das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung. Diese Abschichtung begründete Schwarz geltungstheoretisch mit der unterschiedlichen Wirkungsform der unionalen Hoheitsakte.

Plenum der Assistententagung

Im Anschluss hieran untersuchte Robert Weyeneth (Basel) die „Grundsätze der Amtshilfe im europäischen Kontext". Nachdem er die Amtshilfe von anderen Formen der Verwaltungszusammenarbeit abgegrenzt hatte, machte er deutlich, dass die europäische Amtshilfe heute kaum mehr der internationalen, sondern eher der binnenstaatlichen Amtshilfe ähnelt, weshalb in der EU die traditionellen, dem Schutz der Souveränität des ersuchten Staates dienenden Amtshilfegrundsätze durch neue, in den Prinzipien der loyalen Zusammenarbeit und Unionstreue wurzelnde Grundsätze ersetzt würden. Dennoch habe der ersuchte Staat weiterhin die Wahrung der Grund- und Verfahrensrechte im ersuchenden Staat zu berücksichtigen. Trotz des einheitlichen Grundrechtsstandards in der EU sollten deshalb im Bereich der Amtshilfe Rechtsschutzüberlegungen stärker berücksichtigt werden.

Podium der Veranstalter

Das wissenschaftliche Programm des ersten Tagungstages abrundend widmete sich Dr. David Hummel (Leipzig) der Frage des „unterschiedlichen Umgang[s] mit unionsrechtswidrigen Verwaltungsakten", anhand derer er einen „Beitrag zur Dogmatisierung des unionsrechtlich geprägten Verwaltungsrechts" leistete. Der Referent skizzierte zunächst das Prozedere der Aufhebung unionsrechtswidriger bestandskräftiger Verwaltungsakte, wobei er Unterschiede im Umgang mit bestandskräftig gewordenen begünstigenden und belastenden Verwaltungsentscheidungen monierte. Hummel plädierte deshalb dafür, dass die Aufhebung bestandskräftiger Verwaltungsentscheidungen unabhängig von deren begünstigendem oder belastendem Charakter nach einheitlichen Grundsätzen zu erfolgen habe.

Im Anschluss an diesen intensiven ersten Tagungstag hatten die Teilnehmer die Gelegenheit, wahlweise an einer Stadtführung, einer Domführung oder einer Rheinrundfahrt teilzunehmen, wobei unsere Gäste von der Schönheit der Stadt Speyer und ihrer Umgebung begeistert waren. Unser Dank gebührt den kundigen Stadt- und Domführern sowie den freundlichen Betreibern des Ausflugsschiffs „Pfälzer Land".

Panel 3: Europäisches Wirtschaftsverwaltungsrecht

Zum Auftakt des zweiten Tagungstags untersuchte Dr. Bettina Spilker (Münster) „die Rolle der Europäischen Kommission im Bereich des Wettbewerbs- und Kartellrechts". Hierbei arbeitete die Referentin heraus, dass das Europäische Wirtschafts- und Kartellrecht als Beispiel für eine effektive Verwaltungszusammenarbeit auf nationaler und supranationaler Ebene dienen kann, insbesondere dank der Leitlinien der Kommission zur Anwendung von Art. 101 AEUV. Diese Verwaltungsinstrumente trügen

als Orientierungshilfe nicht nur für die Behörden, sondern auch für die betroffenen Unternehmen maßgeblich zur Rechtssicherheit bei. Dennoch blieben die Grenzen der Ermittlungsbefugnisse sowohl der Europäischen Kommission als auch der nationalen Wettbewerbsbehörden unklar, so dass die Konkretisierung der Individualschutzrechte diesbezüglich dem EuGH obliege.

Hiermit klang schon das Thema des Vortrags von Dr. Sven Simon (Gießen) an, der sich der Frage der „Verfahrensgrundrechte im europäischen Wirtschaftsverwaltungsrecht" widmete und hierbei zugleich einen „Vorschlag zur Verwirklichung eines einheitlichen europäischen Grundrechtsraums" vorlegte. Anhand des Beispiels der Auskunftsverweigerungsrechte im europäischen Kartellverfahren erläuterte er die Unstimmigkeiten in der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, die angesichts des bevorstehenden Beitritts der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention nicht mehr vertretbar seien. Zur Vermeidung solcher Unstimmigkeiten schlug Simon die Schaffung eines institutionalisierten Vorlageverfahrens zwischen den Unionsgerichten und dem EGMR vor.

Michael Mirschberger (München) rundete mit seinen Überlegungen zur Dienstleistungsrichtlinie als „Wegweiser zu einem neuen Stadium des europäischen Verwaltungsrechtsraums" das Panel zum Europäischen Wirtschaftsverwaltungsrecht ab. Anhand rechtsvergleichender Beispiele erläuterte er, warum die Umsetzung dieser Richtlinie trotz einer erheblichen Überformung der Verwaltungsstruktur der Mitgliedstaaten weitestgehend im Einklang mit den nationalen Verwaltungsrechtstraditionen erfolgen konnte. Dies spreche dafür, von der Dienstleistungsrichtlinie gewählte Instrumente auch in anderen Bereichen einzusetzen, da diesen Instrumenten sowie der dadurch zum Ausdruck kommenden Verpflichtung zur intensiven Verwaltungskooperation das Potential innewohne, allgemeine Grundlagen für eine europäische Verwaltungszusammenarbeit über die bisherige Regelung nach Fachbereichen hinaus zu schaffen.

Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Vassilios Skouris

Festveranstaltung auf dem Hambacher Schloss

Panel 4: Rechtsetzung durch die Europäische Kommission

Dr. Thomas Kröll (Wien) erläuterte die „Neue[n] vertragliche[n] Grundlagen der Rechtsetzung durch die Europäische Kommission" in Art. 290 und 291 AEUV. Hierbei arbeitete er insbesondere die Abgrenzungskriterien für die Anwendung der beiden Artikel heraus, die darauf beruhen, dass die Kommission im Anwendungsbereich des Art. 290 AEUV eine delegierte Zuständigkeit zur Änderung oder Ergänzung von Rechtsakten ausübt, während im Rahmen des Art. 291 AEUV eine eigene, aber nur vollziehende Zuständigkeit der Kommission besteht, wobei das Tätigwerden der Kommission jeweils vom Unionsgesetzgeber vorzusehen ist. Wenn demgegenüber auch die Folgen, die sich aus Art. 290 und 291 AEUV für die Kontrollrechte des Parlaments ergeben, durchaus ambivalent zu beurteilen seien, stärkten diese Artikel dennoch die gewaltenteilige Rechtsetzung in der Europäischen Union.

Festveranstaltung auf dem Hambacher Schloss

Teil sowohl des wissenschaftlichen als auch des Rahmenprogramms war der Festvortrag des Präsidenten des Gerichtshofs der Europäischen Union und Ehrendoktors der DHV, Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Vassilios Skouris, am Donnerstagabend auf dem Hambacher Schloss. Nach dem Aufstieg zum Schloss, der Gelegenheit dazu gab, den einmaligen Ausblick auf die Rheinebene zu genießen, wurden die Teilnehmer zunächst von Ministerialdirektor Jürgen Häfner als Vertreter des Landes Rheinland-Pfalz, das diesen Abend unterstützte, begrüßt.

Im Anschluss daran widmete Prof. Skouris seinen Vortrag dem „Rechtsschutz in der Europäischen Union nach Lissabon". Gerade auf dem Hambacher

51. Assistententagung Öffentliches Recht

Schloss, wo im Rahmen des Hambacher Festes 1832 bereits Forderungen nach Freiheit und (europäischer) Einheit erhoben worden waren, kam den Überlegungen zum „Rechtsschutz nach Lissabon" besondere Bedeutung zu, denn auch wenn diese Forderungen in Bezug auf den Nationalstaat schon lange erfüllt wurden, blieben sie im Hinblick auf Europa lange Zeit eine Utopie. Der Frage, was sich hieran mit der Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon 175 Jahre nach dem Hambacher Fest geändert hat, ging der Redner somit am Beispiel des Rechtsschutzes nach.

Im Anschluss daran entführte Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch, diesmal nicht in seiner Funktion als Rektor der DHV, sondern als Historiker die Teilnehmer auf eine Zeitreise in das Jahr 1832. Hierbei erfuhren seine Zuhörer unter anderem, warum das Hambacher Schloss auch den Namen Maxburg trägt, wie es dazu kam, dass im beschaulichen Neustadt in der Pfalz am 27. Mai 1832 die größte Versammlung im deutschen Vormärz stattfand, und was die Trias „Wein, Weib und Gesang" im Zusammenhang mit dem Hambacher Fest bedeutet. In anschaulicher Form ging er somit nicht nur auf die historische Bedeutung dieses Ereignisses, sondern auch auf dessen Verlauf ein.

Nach dieser Zeitreise durften sich die Teilnehmer unter der fachkundigen Anleitung der Hambacher Schlossführer selbst auf eine Entdeckungsreise durch das Schloss und die Ausstellung „Hinauf, hinauf zum Schloss" machen. Abgerundet wurde der Abend durch einen festlichen Empfang, in dessen Rahmen eine Weinprobe mit Rechtsanwalt Christian Held, Partner der Sozietät Becker Büttner Held und gleichzeitig Winzer des Weinguts Klostermühle Odernheim, stattfand.

Panel 5: Europäische Behörden - Legitimation und Kontrolle

Zu Beginn des fünften Fachpanels behandelte Dr. Daniel Couzinet (Tübingen) die „Legitimation unabhängiger Behörden an der Schnittstelle von unionalem und nationalem Verfassungsrecht", wobei er der Frage der „Zulässigkeit der unionsrechtlichen Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Errichtung unabhängiger Behörden" nachging. Da die Exekutivspitze solcher Behörden nur bedingt weisungsgebunden ist, ist ihre Legitimation umstritten. Der Referent erläuterte jedoch, dass neben der demokratischen Legitimation der Steuerung des Verwaltungshandelns durch Parlamentsgesetz und ministerielles Weisungsrecht auch andere Legitimationsformen denkbar sind, insbesondere die Einbindung in den europäischen Regulierungsverbund. Daher plädierte er dafür, unionsrechtlich vermittelte Formen der Legitimation in mitgliedstaatliche Legitimationskonzepte zu integrieren.

Dr. Nicolas Sonder (Frankfurt) beleuchtete in seinem Vortrag die vielschichtigen Probleme der „verwaltungsrechtliche[n] Kontrolle von Ratingagenturen im neuen System der europäischen Finanzaufsicht". Obgleich diese Agenturen unabhängige, private Unternehmen sind, hat sich ihre Funktion der Bewertung der Kreditwürdigkeit von Schuldnern und des Ausfallrisikos bei Krediten gerade im Rahmen der jüngsten Finanzmarktkrise als Schlüsselfunktion herausgestellt; deshalb hat die EU Konzepte zur Harmonisierung der Aufsicht über Ratingagenturen ausgearbeitet, und die Agenturen einer strengen Kontrolle durch die europäische Wertpapieraufsichtsbehörde unterstellt. Diese Kontrollinstrumente werfen zahlreiche verwaltungsrechtliche Fragen in Bezug auf die Rechtsnatur dieser Behörde und ihrer Rechtsakte, deren Weisungsadressaten und Bindungswirkung, sowie verwaltungsprozessuale Fragen in Bezug auf den Rechtsschutz in diesem Zusammenhang auf, denen der Referent in seinem Vortrag nachging.

Panel 6: Die Schweiz im Europäischen Verwaltungsrechtsraum

„Mitten drin oder außen vor?"; dass dies die zentrale Frage ist, die sich bei einer Analyse der „Aus- und Einwirkungen des europäischen Verwaltungsrechts auf den Nichtmitgliedstaat Schweiz" stellt, erläuterte Dr. Franziska Sprecher (St. Gallen) anschaulich. So ist trotz der Nicht-Mitgliedschaft der Schweiz in der EU die Rechtsetzung in der Schweiz extrem auf Europakompatibilität ausgerichtet, und das nicht nur aufgrund der bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU, sondern auch im Rahmen des „autonomen Nachvollzugs", durch den die Schweiz ohne rechtliche Verpflichtung EU-Recht übernimmt. Auch wenn durch den bilateralen Weg die Unabhängigkeit der Schweiz formell gewahrt bleibt, wirkt das EU-Recht somit massiv auf das schweizerische Recht ein, und das obwohl die Schweiz bei der Schaffung von Rechtsgrundlagen

auf EU-Ebene über keine Mitentscheidungsrechte verfügt. Dies führe langfristig zu einer Stärkung von Regierung und Verwaltung zu Ungunsten von Parlament und Stimmbürgern.

Panel 7: Verwalten des Unionsrechtsraumes: Eine Perspektive für die Zukunft

Den Schlusspunkt des wissenschaftlichen Programms setzte Dr. Markus A. Glaser (Paris, Heidelberg), der mit seinem Vortrag zum „Rechtsraum als Konzeption - Entwurf einer Grundlegung des Europäischen Verwaltungsrechts" gleichzeitig den Blick in die Zukunft richtete. Ebenso wie Sabine Müller-Mall in ihrem Eröffnungsvortrag ging er von einer Raumperspektive aus, wobei auch bei Glaser der Raumbegriff über ein rein territoriales Verständnis hinausging: er definierte den Rechtsraum vielmehr als funktionale Einheit der „Gesamtheit aller Rechtsvorschriften, die ein bestimmtes Rechtsverhältnis zwischen dem Einzelnen und der staatlichen Hoheitsgewalt regeln". Die Besonderheit eines transnationalen Rechtsraums bestehe dabei darin, dass er eine Ordnung darstellt, die die Beziehungen des Einzelnen zu unterschiedlichen Hoheitsträgern umfasst; für die wissenschaftliche Aufarbeitung der hierdurch aufgeworfenen Fragen könne der vorgeschlagene Raumbegriff ein Schlüsselkonzept sein.

Festlich vorbereitet: Der Innenhof des Historischen Museums der Pfalz
Fotos: DHV-Archiv

Abgeschlossen wurde das wissenschaftliche Programm mit dem traditionellen Gongschlag und der Bekanntgabe der Veranstalter der nächsten Tagung: Die 52. Assistententagung Öffentliches Recht wird unter der Regie der Kollegen von der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, der Universität Hamburg und der Bucerius Law School vom 13. bis 16. März 2012 in der Freien und Hansestadt Hamburg zum Thema „Kollektivität" stattfinden.

Den feierlichen Schlusspunkt der 51. Assistententagung in Speyer bildete der Abschlussabend im Innenhof des Historischen Museums der Pfalz, in dem die Teilnehmer ein bezauberndes Ambiente genießen konnten. Hierfür gebührt unser Dank dem Historischen Museum der Pfalz und dessen Direktor Prof. Dr. Alexander Koch.

Unsere Teilnehmer waren von dem schönen Rahmen und dem freundlichen Empfang hier in Speyer und insbesondere an der DHV begeistert. Wir als Veranstalter der Tagung möchten ganz herzlich all denen danken, die zum Gelingen der Tagung beigetragen haben: der Stadt Speyer und dem Land Rheinland-Pfalz, die durch ihre Unterstützung auch ihre Verbundenheit mit der DHV zum Ausdruck gebracht haben; den Kanzleien, Verlagen, Stiftungen, Vereinen und Unternehmen, die die Mittel zur Durchführung der Tagung zur Verfügung gestellt haben; dem FÖV für die Unterstützung der Herausgabe des Tagungsbandes, und unseren Partnern für die professionelle und angenehme Zusammenarbeit.

Unser ganz besonderer Dank aber gilt der DHV und all denjenigen Mitarbeitern, durch deren vorbehaltlose und wunderbare Unterstützung die Durchführung der Tagung erst ermöglicht wurde und deren Mithilfe entscheidend zum Erfolg der Tagung beigetragen hat.

Nähere Informationen zur diesjährigen und zur kommenden Tagung sind auf www.assistententagung.de verfügbar. Der Tagungsband erscheint in Kürze beim Nomos Verlag.

Hanna Schröder und Corinna Sicko

Verwissenschaftlichte Politik und politisierte Wissenschaft. Anmerkungen zu einer schwierigen Beziehung

Semesterauftakt mit Vortrag des Vorsitzenden des Wissenschaftsrates

Nachdem sich am 2. November 2010 381 Hörerinnen und Hörer, darunter 218 Referendarinnen und Referendare, 74 Aufbauhörer im verwaltungswissenschaftlichen Magisterstudium, 55 Doktoranden und 9 Hörer im Weiterbildungsstudium Wissenschaftsmanagement an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften eingeschrieben und nach einer zweitägigen Orientierungsphase ihre Lehrveranstaltungen gewählt hatten, startete der Lehrbetrieb der Hochschule am 4. November 2010 mit Vorlesungen, Seminaren, Kolloquien, und Arbeitsgemeinschaften.

Der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Univ.-Prof. Dr. Peter Strohschneider (l.) mit dem Rektor der DHV Speyer Fotos: DHV

Einen ersten Höhepunkt des Semesters stellte dann bereits am 15. November 2010 die feierliche Semestereröffnung dar, für die der Rektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch, den Vorsitzenden des Wissenschaftsrates, Univ.-Professor Dr. Peter Strohschneider, als Referenten gewinnen konnte. Das Thema seines Semestereröffnungsvortrages lautete „Verwissenschaftlichte Politik und politisierte Wissenschaft. Anmerkungen zu einer schwierigen Beziehung".

In seiner Begrüßungsansprache konnte der Rektor neben den Hörerinnen und Hörern sowie zahlreichen hochrangigen Gästen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft als besonderen Gast auch den unbekannt bleibenden, aber statistisch nachweisbaren 30.000sten Studierenden der DHV Speyer begrüßen. Der Rektor wies dabei darauf hin, dass ihm dies im genau 100sten Semester nach der Einweihung des Sep-Ruf-Baus eine besondere Freude sei.

Strohschneider, geboren 1955, studierte von 1975 bis 1982 Germanistik, Rechtswissenschaft, Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität München. Von 1992 bis 2002 hatte er den Lehrstuhl für Germanistische Mediävistik und Frühneuzeitforschung an der Technischen Universität Dresden inne. Seit 2002 ist er Ordinarius für Germanistische Mediävistik an der Universität München. Seit 2005 ist er Mitglied und seit 2006 Vorsitzender des Wissenschaftsrates, des wichtigsten wissenschaftspolitischen Beratungsgremiums in Deutschland.

Der Wissenschaftsrat berät Bund und Länder in Fragen der inhaltlichen und strukturellen Weiterentwicklung des Hochschulsystems sowie der staatlichen Förderung von Forschungseinrichtungen und spricht hierzu Empfehlungen aus.

Auditorium beim Semestereröffnungsvortrag

In seinem Semestereröffnungsvortrag an der DHV Speyer beleuchtete Strohschneider das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, das einen der entscheidenden Zusammenhänge für die Entwicklung moderner Gesellschaften mit weit reichenden Implikationen für alle ihre Teilbereiche und für unseren Alltag darstellt. Er unterstrich, dass es darauf ankäme, für Politik und Wissenschaft präzise und systematisch zu beschreiben, in welchen Funktions- und Leistungsbeziehungen sie stünden. Problematische Aspekte lägen insbesondere dort, wo die Systemgrenze zwischen Wissen-

schaft und Politik unscharf werde. Dies bezeichnete Strohschneider als einen grundlegenden Gestaltwandel, gar einen Verlust des Politischen in unserer Gesellschaft.

Der Rektor nutzte den Rahmen der Abendveranstaltung, um an deren Ende Pfarrer Bernhard Linvers und Pfarrerin Brigitte Schauder aus ihrer langjährigen Tätigkeit in der katholischen bzw. evangelischen Hochschulseelsorge der DHV Speyer zu verabschieden. Pfarrer Linvers war in dieser Funktion an der Hochschule seit 1993, Pfarrerin Schauder seit 1995. Beide waren mit dem Ende des Sommersemesters 2010 aus ihren Funktionen ausgeschieden.

Der Rektor dankte Linvers und Schauder für mehr als 15 Jahre segensreiches Engagement für die Hörerinnen und Hörer, denen beide in vielerlei Hinsicht große menschliche und seelsorgerische Unterstützung, oftmals in persönlichen Ausnahmesituationen, zukommen ließen.

Würdige Verabschiedung: Brigitte Schauder (l.) und Bernhard Linvers

Mit seinem Dank verband der Rektor die Hoffnung, dass beide der Hochschule auch weiterhin verbunden bleiben.

Wahlen der Hörerinnen und Hörer

Im Wintersemester 2010/11 wurden die Hörerinnen und Hörer im Senat der Hochschule vertreten durch Jens Abraham und Mirzhan Baimakhanov sowie durch deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter Ulrike Schröder, Esther Williges und Friedemann Larsen.

In den Wahlen für die einzelnen Funktionen der Hörerschaftsvertretung wurden gewählt:

Hörersprecher: Jens Abraham (Foto oben), Stellvertreter: Lucas Hammes und Anke Mrozowski
Finanzreferat: Hendrik Landgrebe, Stellvertreter: Andreas Westermeier
Kulturreferat: Inga Hettstedt, Stellvertreterin: Lucie Gerhardt
Festreferat: Lucas Hammes, Stellvertreterin: Katja Vierath
Ballreferat: Nicole Blinn, Stellvertreterin: Marie-Madeleine Husunu
Medienreferat: Verena Roder, Stellvertreterin: Maike Bröker
Sportreferat: Jens Augat, Stellvertreter: Vincenz Reith
EDV-Referat: Michael Buyer, Stellvertreter: Tobias Bock
Umweltreferat: Maike Gahr, Stellvertreterin: Heike Grotmaack
Integrationsreferat: Anne-Kathrin Thelen, Stellvertreter: Florian Melzer
Alumni-Referat: Anke Mrozowski, Stellvertreterin: Stefanie Geiß
Aufbauhörersprecher: Nicole Völtz, Stellvertreter: Inga Hettstedt und Florian Schunk

Kooperation von Staat und Kirche ein „Erfolgsmodell“

Bischof Wiesemann referiert zum Thema „Staat und Kirche - zwei getrennte Sphären?”

Vortrag von Bischof Dr. Karl-Heinz Wiesemann ...

Als „Erfolgsmodell, das weder die Neutralität des Staates beeinträchtigt noch die Kirche zwanghaft aus dem öffentlichen Raum in die reine Privatsphäre verdrängt”, hat der Speyerer Bischof Dr. Karl-Heinz Wiesemann das Zusammenwirken von Staat und Kirche in Deutschland bezeichnet.

„Das positive Kooperationsverhältnis auf der Basis der je gegebenen Eigenständigkeit von Staat und Kirche” habe Wesentliches zum Gelingen des gesellschaftlichen Miteinanders beigetragen, betonte der Bischof bei einem Vortrag am 19. Januar 2011 in der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer. Bischof Wiesemann referierte über das Thema „Staat und Kirche - zwei getrennte Sphären?”.

Der Bischof zog das Fazit, dass Staat und Kirche „getrennt und doch vereint” seien. „Getrennt, weil man erkannt hat, wie wichtig die Trennung des geistlichen und politischen Spektrums ist, und geeint, weil eine einfache Sprachlosigkeit füreinander zum Schaden der gesamten Gesellschaft wäre.” Dieser Lernprozess sei weit fortgeschritten, aber keineswegs am Ende. „Im Gegenteil: Gerade heute stehen wir in dieser Verhältnisbestimmung vor neuen Herausforderungen.”

Am Beispiel des Bildungswesens erläuterte Bischof Wiesemann, die Kirche sei ein wichtiger Partner des Staates, „nicht dessen Konkurrent, was selbstverständlich auch umgekehrt gilt”. Ohne diese fruchtbare Zusammenarbeit wäre ein pluralistisches und umfassendes Bildungssystem kaum zu realisieren. „Und ich meine, dass dieses System sich hervorragend bewährt hat”, fügte der Bischof hinzu.

Eine klare Absage erteilte er Kirchen-Kritikern, die „jeden staatlichen Euro für kirchliche Einrichtungen als unzulässige missionarische Subvention ansehen und damit der Kirche das Recht abstreiten, sich im öffentlichen Raum im gleichberechtigten Konzert anderer freier Träger zu engagieren”. Diese Sichtweise greife nicht nur in die verfassungsmäßig garantierten Rechte der Kirche ein. Sie stelle zudem das gewachsene Verhältnis von Kirche und Staat in Deutschland „geradezu auf den Kopf” und eröffne „eine Misstrauensdebatte, die weit in unsere historischen, kulturellen und religiösen Wurzeln, letztlich in unsere Identität zerstörerisch hineinwirkt”.

... und angeregte Diskussion mit Moderation des Rektors

Fotos: DHV

Das Modell einer kooperativen Zusammenarbeit, so der Bischof, sei auch hinsichtlich seiner Entstehung bemerkenswert. Für eine vertiefte Betrachtung der diesbezüglichen Fragestellungen sei Speyer mit seinem Kaiser- und Mariendom geradezu ein prädestinierter Ort.

Bischof Wiesemann verwies in diesem Zusammenhang auf einen Vortrag, den der damalige Kardinal Joseph Ratzinger, heute Papst Benedikt XVI., aus Anlass der 2000-Jahr-Feier der Stadt Speyer 1990 gehalten hatte.

Für den Papst stehe das Symbol Kaiserdom - Ausdruck des spannungsreichen, aber letztlich fruchtbaren Miteinanders von weltlichem und geistlichem Bereich - „nicht für das rückwärts gewandte Sichern von hergekommenen Privilegien, sondern für den Zukunftsoptimismus, für das Offene der Geschichte, das heißt, für die stärkste Antriebskraft des europäischen Geistes”.

50 Jahre Sep-Ruf-Bauten der DHV Speyer

Am 8. Dezember 2010 referierte der Rektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch, anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Sep-Ruf Bauten der DHV Speyer im Audimax zur Baugeschichte der Hochschule.

Grundlagen des Vortrages bildeten u. a. die Bauakten, aus denen der Rektor so manche amüsante oder spannende Einzelheit, angefangen von der Beschränkung der Taberna-Kost auf günstige und haltbare Dosennahrung bis hin zu Details der damaligen Ausschreibung, an der sich mehrere renommierte Architektenbüros beteiligt hatten, rekonstruieren konnte.

Fisch beschrieb von den Schwierigkeiten, ein geeignetes Grundstück für den Hochschulbau zu finden, bis hin zur Eröffnung des Neubaus durch den Bundespräsidenten alle Etappen des Baugeschehens, durch das nach den Plänen von Sep Ruf ab 1958 das weit ausgedehnte Lehrgebäude, das Wohnheim und die Mensa (Taberna) der DHV Speyer entstanden.

1968 wurde die Bibliothek des Lehrgebäudes dann im gleichen Baustil nach Westen erweitert.

Das multifunktionale Gebäude über einer rechteckigen Grundfläche birgt verschiedenartige Räume, die sich um einen größeren und zwei kleinere Innenhöfe gruppieren.

Die Hochschule ist mit ihrer für die Zeit charakteristischen und qualitätsvollen Architektur ein besonderes Zeugnis ihrer Epoche und des international bedeutenden Architekten.

Oben: Vor 50 Jahren frisch bepflanzter Innenhof der DHV Speyer
Unten: Damals noch überdachte Wege zum Wohnheim
Fotos: DHV-Archiv

SPEA/FÖV-Workshop in Bloomington, Indiana University, USA

Das FÖV und die DHV Speyer planen in Kooperation mit der US-amerikanischen Partnereinrichtung School of Public and Environmental Affairs (SPEA) der Indiana University, Bloomington, eine internationale wissenschaftliche Konferenz zum Thema „The Future of Public Administration: Stagnation, Decline or Rejuvenation?" (Arbeitstitel). Die Konferenz soll im Juli 2012 in Speyer stattfinden.

In der Konferenz sollen aktuelle Entwicklungen in den öffentlichen Verwaltungen in Deutschland, der EU sowie in USA vorgestellt und diskutiert werden. Fragen wie „Welche gegenläufigen Trends gibt es und warum?" stehen im Fokus des Interesses.

Zur Vorbereitung der geplanten Konferenz ist eine Reihe von Workshops vorgesehen. Am 2. und 3. Dezember 2010 fand in Bloomington, USA, der erste Workshop statt, an dem die DHV-Professoren

SCHOOL OF PUBLIC AND ENVIRONMENTAL AFFAIRS
INDIANA UNIVERSITY

Bohne, Jansen, Knorr, Kuhlmann und Martini sowie die wissenschaftlichen Mitarbeiter Dres. Lehrke und Stuchlik (in Vertretung von Frau Univ.-Prof. Kropp) teilnahmen. Für die SPEA wirkten Dean Graham und sieben weitere Professoren mit. Während des Workshops wurden außerdem zukünftige gemeinsame Forschungsprojekte ausgelotet.

Im Juli 2011 findet der zweite Workshop statt, zu dem SPEA-Professorinnen und Professoren erwartet werden. Von deutscher Seite koordiniert Univ.-Prof. Dr. Eberhard Bohne die Vorbereitung des Workshops und der Konferenz.

Medialisierung der Politik oder Politisierung der Medien? Politische Kommunikation in Deutschland

Im Rahmen des von Dr. Simon Lang und Dr. Daniel Rölle geleiteten Kolloquiums „Medialisierung der Politik oder Politisierung der Medien? Politische Kommunikation in Deutschland" fanden eine Reihe von Gastvorträgen statt.

Am 09.12.2010 referierte Ulrich Zehfuß, Geschäftsführender Partner der Agentur Zehfuß & Lang Public Affairs, zum Thema „Management moderner Themenwahlkämpfe - die Rolle des „Spin-Doctors". Die Agentur Zehfuß & Lang Public Affairs leitete den Wahlkampf des Speyerer Oberbürgermeisters Hansjörg Eger. Herr Zehfuß zeigte in seinem Vortrag auf, wie Kampagnen entwickelt werden und worin die Herausforderungen bei der Umsetzung bestehen.

Am 06.01.2011 trug Univ.-Prof. Dr. Frank Brettschneider, Inhaber des Lehrstuhls für Kommunikationswissenschaft, insb. Kommunikationstheorie an der Universität Hohenheim, zum Thema „Kommunikation bei Großprojekten. Ist das ‚Schlichtungs-Verfahren' zu Stuttgart 21 ein Prototyp für künftige Projekte?" vor. Herr Brettschneider stellte vor den zahlreichen Zuhörern dar, an welchen Stellen die Bahn, das Land Baden-Württemberg und die Stadt Stuttgart Fehler in der Kommunikation machten. Daneben stellte er Ergebnisse einer Studie vor, deren Ziel es war, unmittelbar vor und unmittelbar nach der Schlichtung ein und dieselben Personen nach ihren Einstellungen zu „Stuttgart 21" sowie nach ihrer Wahrnehmung und nach ihrer Bewertung der Schlichtung zu befragen.

Rainer von Mielecki (Head of Global Public and Governmental Affairs Crop Protection, BASF SE) stellte in seinem Gastvortrag am 13.01.2011 mit dem Titel „Lobbying aus der Sicht eines multinationalen Konzerns" die Lobbyarbeit der BASF vor. Herr von Mielecki gewährte Einblicke in seine Arbeit als Abteilungsleiter für die weltweite politische Kommunikation im Bereich des Pflanzenschutzes und erläuterte einige Fachbegriffe der Lobbyarbeit wie Policy Monitoring, Issue Management, Reputation Building und Krisenkommunikation.

Am 20.01.2011 referierte schließlich Prof. Dr. Thorsten Faas, Juniorprofessor für Politikwissenschaft, insbesondere Wählerverhalten an der Universität Mannheim, in der gleichen Veranstaltung zur „Rolle der Neuen Medien im Wahlkampf". Faas zeigte auf, wie im Zuge der ständig steigenden Anteile von Internetnutzern in Deutschland Internetportale wie YouTube, Facebook oder Twitter den Wahlkampf in Deutschland verändern. Insbesondere der Blick in die USA konnte zeigen, welche ernorme Bedeutung die neuen Medien in modernen Wahlkämpfen spielen können.

Schlüsselqualifikationen für beruflichen Erfolg

Im Wintersemester 2010/2011 veranstaltete Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill das Seminar „Schlüsselqualifikationen für beruflichen Erfolg". Wie in vorherigen Semestern bearbeiteten die HörerInnen Themen wie etwa Teamfähigkeit, Darstellungskompetenz oder auch werteorientierte Personalführung. Neben der üblichen didaktischen Form von Seminaren, bestehend aus Präsentation und Moderation von Themen der HörerInnen, bot das Seminar diesmal besondere Möglichkeiten, Erfahrungen zu sammeln. So sollten die TeilnehmerInnen sich selbst vor einer Kamera vorstellen, dabei ihre Stärken und Schwächen und ihre Motivation nach Speyer zu kommen präsentieren. Einige unter ihnen nahmen zusätzlich das Angebot wahr, zu einem ihnen kurzfristig genannten tagespolitischen Thema ein Statement vor der Kamera abzugeben. Die Aufzeichnungen wurden in der darauffolgenden Sitzung gemeinsam angeschaut und besprochen - für die Teilnehmer eine spannende und interessante Sache, sich und ihre Wirkung auf der Leinwand zu sehen. Des Weiteren gab es eine Videokonferenz der HörerInnen nach Dresden, von wo aus unter der Moderation von Univ.-Prof. Hill der Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Europa, Dr. Wilfried Bernhardt, zugeschaltet war. Dr. Bernhardt stand Rede und Antwort zu Fragen des E-Government (am gleichen Tag hatte der IT-Gipfel in Dresden stattgefunden), der Verwaltungsmodernisierung und zur Wichtigkeit von Schlüsselqualifikationen in einem Ministerium. Darüber hinaus gab es einen Expertenvortrag zum Thema „Verhalten in sozialen Netzwerken" von Alexandra Lessau, Mitarbeiterin bei WiDuT. Weitere Informationen zu dieser Veranstaltung finden Sie unter http://www.dhv-speyer.de/HILL/Lehrangebot/Wintersemester-2010/SQ_S_205/Seminar_S205_SQ.htm.

Unternehmensberatung in der öffentlichen Verwaltung

Während externe Berater heute in nahezu jedem Unternehmen anzutreffen sind, wird über deren Tätigkeiten in der öffentlichen Verwaltung bislang weniger gesprochen und wenn, dann eher negativ.

Umso spannender war es für die Studierenden der DHV, von einem erfahrenen Berater selbst zu hören, wie Berater ihre Aufgaben in der Verwaltung sehen.

Wolfgang Brauchler, Senior Manager für Public Services bei BearingPoint Management & Technology Consultants, berichtete im Rahmen des Forschungskolloquiums Verwaltungsberatung am 3. Januar 2011 über seine Erfahrungen in der Beratung von Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen.

Nach einer Vorstellung des Unternehmens BearingPoint, das mit 196 Mio. Euro Umsatz in Deutschland (2009) zu den führenden Unternehmen in der Management- und Technologieberatung zählt, diskutierte Wolfgang Brauchler mit den Studierenden über aktuelle Herausforderungen in der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Beratung sowie über thematische Schwerpunkte in Beratungsprojekten in der öffentlichen Verwaltung.

Mit Hilfe von praktischen Beispielen machte Herr Brauchler den Studierenden bewusst, wie wichtig es ist, die zum Teil divergierenden Ziele von Behörden und Beratern zu kennen, um Konflikte bei der Zielverfolgung zu vermeiden.

Der wachsende Trend zur zeitgleichen Durchführung unterschiedlicher Projekte innerhalb einer Behörde sowie die zunehmende Vernetzung der Behörden untereinander birgt zusätzliche Herausforderungen für die öffentliche Verwaltung:

Einzelprojekte müssen inhaltlich koordiniert und mitunter unterschiedliche Beratungsunternehmen in diese Koordination eingebunden werden. Behörden tauschen sich vermehrt untereinander aus und der Mehrwert des Einsatzes einer externen Beratung wird zunehmend kritisch hinterfragt.

Zum Schluss stand für die Studierenden fest: Die Aufgaben von Beratern in der öffentlichen Verwaltung werden auch in Zukunft wachsen und die Branche bietet ein - nicht nur in finanzieller Hinsicht - attraktives berufliches Betätigungsfeld.

Die Veranstalterin des Kolloquiums, PD Dr. Julia Brandl, bedankte sich herzlich bei Wolfgang Brauchler für die wertvollen Einblicke und Erfahrungen, die sein Gastvortrag ermöglicht hat.

Erfolgreich wirtschaften in der Sozialen Arbeit

Das Beispiel BIOTOPIA in Mannheim

Im Rahmen des von Frau Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen geleiteten Seminars „Soziale Gerechtigkeit - Grundlagen und aktuelle Fragen der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik" fand am 11. Januar 2011 ein Gastvortrag statt. Gastreferentin war Frau Dr. Ulrike Freundlieb, Geschäftsführerin von BIOTOPIA in Mannheim.

Die BIOTOPIA Arbeitsförderungsbetriebe sind eine gemeinnützige GmbH, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit von überwiegend jungen Erwachsenen in der Praxis und für die Praxis zu verbessern. Seit 25 Jahren realisiert BIOTOPIA eine Vielzahl an Maßnahmen und Projekten, Beschäftigung und Qualifizierung miteinander zu verbinden. Im Mittelpunkt steht die (Re-)Integration arbeitsloser Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Um seine Ziele zu erreichen, entwickelt BIOTOPIA individuelle Angebote, die sich an den Potenzialen und Talenten der Menschen orientieren. Dafür arbeitet BIOTOPIA eng mit Kooperationspartnern der öffentlichen Hand und der Wirtschaft zusammen.

Frau Dr. Freundlieb stellte in ihrem Vortrag dar, wie die „klassische Karriere" der BIOTOPIA-Klienten aussieht. Nachdem sie die Schule ohne Abschluss verlassen, geraten viele von ihnen ins Drogen- oder Kriminellenmilieu. Häufig geht dies mit großer Verschuldung oder mit dem Ausüben illegaler Beschäftigungen einher. Mangelnde Deutschkenntnisse, Migrationshintergrund, mangelnde Unterstützung aus dem Elternhaus sowie eine problematische Wohnsituation sind zudem häufige Begleiterscheinungen. BIOTOPIA bemüht sich, über individuelle Trainings-, Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Ausbildungsangebote für die jungen Erwachsenen die Berufsfähigkeit (wieder) herzustellen. Darüber hinaus versucht BIOTOPIA die unmittelbaren beruflichen Ziele mit der Wahrnehmung der ökonomischen Selbstverantwortung zu verknüpfen. Dazu gehört der Umgang mit Geld, Haushalts- und Budgetberatung, Vermittlung in Schuldenberatung ebenso wie das Wissen um ökologische Handlungsmöglichkeiten, wie z. B. Recycling, regionaler Einkauf oder Energieeinsparung. Neben handwerklich-technischen Dienstleistungen, wie die Reparatur von Zweirädern, gehört u. a. auch die Unterhaltung einer Jobbörse sowie die Ausbildung von derzeit 17 Jugendlichen in sechs Berufen zum Tätigkeitsspektrum von BIOTOPIA. Der Erfolg, seit nunmehr 25 Jahren in Konkurrenz mit anderen lokalen Anbietern wirtschaftlich erfolgreich bestehen zu können, gibt dem Ansatz von BIOTOPIA recht und zeigt, dass soziale Arbeit und Wirtschaftlichkeit durchaus miteinander vereinbar sind.

Arirang, Kimchi und Glasnudeln
Länderabend Südkorea

Mittlerweile sind sie zur guten Tradition geworden, die „Länderabende" des Referats für internationale Beziehungen, organisiert von den ausländischen Studierenden mit starker Unterstützung der Mitarbeiter, finanziert aus Mitteln des DAAD und der Hochschule.

Am Abend des 14. Dezember 2010 war es die Gruppe der südkoreanischen Studierenden, darunter vier Doktoranden und eine Aufbauhörerin, die sich im Foyer und Vortragssaal des Gästehauses mächtig ins Zeug legte, um einer größeren Hochschulöffentlichkeit (Gasteltern, Tandem-Partner, Aufbaustudierende, Professoren, wissenschaftliche Mitarbeiter und Hochschulseelsorger) ihr Land schmackhaft zu machen. Und dies auch im wahrsten Sinne des Wortes: Koreanisches Kimchi und Glasnudeln hatten sie selbst für ihre Gäste zubereitet, und Frau Arong Kim zeigte im koreanischen Gewand eine traditionelle Teezeremonie, während ihre Kommilitonin, Frau Jihee Lee, in ebenfalls prächtiger Robe, ihre Zuhörer mit Flötenspiel und Gesang unterhielt.

Farbenfrohe koreanische Landestrachten ...

... und gemütliches Beisammensein beim Koreaabend Fotos: DHV

Doch zuvor hatte Frau Dr. Ognois, Leiterin des Servicebereichs internationale Beziehungen, in den Abend mit einem kurzen Überblick über die Geschichte der Migrationsbewegungen eingeführt, ein gerade zurzeit höchst aktuelles Thema. Erfreulich auch, dass im Anschluss der Rektor, Herr Professor Stefan Fisch, sich die Zeit genommen hatte, die Gäste willkommen zu heißen, unter ihnen Frau Tanja Klapproth und Frau Claudia Lück als Vertreter der GIZ (Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, vormals InWEnt gGmbH), die den Abend auch für Gespräche mit ihren Stipendiaten im verwaltungswissenschaftlichen Studienprogramm nutzten.

Im Laufe des Programms präsentierte Herr Jangseok Lee mit einem Kurzfilm die Schönheiten des Landes, während Herr Dong-Joo Kim die Besonderheiten der koreanischen Schrift erläuterte. Als unterhaltsamer Moderator erwies sich Herr Sanghoon Lee, der nicht nur mit Leichtigkeit und Witz durch den Abend führte, sondern zudem den Gästen von den christlichen Traditionen in Korea erzählte. Am Ende fragte er mit einem Quiz das im Laufe des Abends Gelernte ab. Einige hatten aufgepasst und wurden mit kleinen Preisen, z. B. koreanischen Kalendern, für ihre Aufmerksamkeit belohnt. Nach einem gemeinsamen Abendessen mit viel Gesprächsstoff waren dann alle echte Koreafans.

Sicher erfüllte es nicht nur das Referat für internationale Beziehungen, sondern auch die ausländischen Studierenden, insbesondere die koreanischen Hörer, mit Freude, dass neben dem Rektor auch der damalige Prorektor, Herr Professor Sommermann, sowie der Senatsbeauftragte für das Ausländer-Aufbaustudium, Herr Professor Knorr, und einige andere Professoren der DHV an dem Abend teilnahmen, ein Zeichen der Wahrnehmung und Wertschätzung der ausländischen Studierenden als Bereicherung für die DHV Speyer.

Gabi Gerhardt

Luise Gruender und Michael Erlenwein neue Hochschulseelsorger

Die neuen Hochschulseelsorger Michael Erlenwein und Luise Gruender Fotos: Luise Gruender

Mit Beginn des Wintersemesters 2010/2011 übernahmen Pastoralreferentin Luise Gruender (Katholische Kirche) und Pfarrer Michael Erlenwein (Evangelische Kirche) das Amt der Hochschulseelsorger an der DHV von ihren Vorgängern Pfarrer Bernhard Linvers und Pfarrerin Corinna Schauder.

Rektor Prof. Dr. Stefan Fisch bedankte sich nach der Semestereröffnungsvorlesung für die langjährige Zusammenarbeit und wünschte den Nachfolgern gutes Gelingen für ihr Wirken.

Frühschicht im Clubraum 3

So begann das Semesterprogramm der KHG/ESG (Katholische und Evangelische Hochschulgemeinde) mit der Semester-Eröffnungs-Frühschicht, die anschließend jede Woche immer Mittwochs morgens um 8.00 Uhr im Clubraum 3 stattfand, mit - ganz wichtig - einem anschließendem gemeinsamen Frühstück. Verschiedenste Thematiken kamen hier zur Sprache, zwischen 15-20 Hörer/innen waren immer dabei.

Großes Interesse fand auch die Domführung mit Domkapitular und Domdekan Dr. Christoph Kohl

Domdekan Dr. Kohl spielt die Orgel im Chorraum des Doms

durch den Speyerer Dom. Gebannt hörten alle zu, als es zu den Kaisergräbern, in die Sakristei und zur neu gebauten Orgel ging. Einziger Nachteil: Alle bibberten vor Kälte! Draußen herrschten dicke Minusgrade und auch im Dom waren es nicht mehr als 9 Grad. Zum Aufwärmen gings dann anschließend für die, die wollten, noch in den „Domhof".

Die fleißigen DHV-Bäcker

Eine ganz besondere Aktion war das Advents-Plätzchenbacken im Kloster St. Dominikus, genau gegenüber des Wohnheims der DHV. Schwester Antonia hatte jede Menge Teig vorbereitet und so kämpften sich alle anwesenden Hörer/innen durch Spritzgebäck und Butterplätzchen. Es duftete hervorragend in der Klosterbäckerei! Einige ausländische Hörer/innen staunten nicht schlecht über den Brauch der Deutschen, solches Weihnachtsgebäck herzustellen. Und es duftete nicht nur super, es schmeckte auch so! Nachdem drei Eimer voll fertig waren, gab es für alle Bäcker eine Tüte für den eigenen Bedarf. Der Rest sollte von der Hörerschaft

Hörersprecher Jens Abraham als Weihnachtsmann

in der DHV verkauft werden, zugunsten der Projekte von Frau Carolina de Magelhaes Mayer aus Guatemala, die ihre Arbeit in einem Morgenimpuls vorgestellt hatte. Am Nikolaustag wurden dann alle Plätzchen vor dem Audimax verkauft, nachdem die Vorlesung dort schon durch adventlichen Gesang der Hörerschaft „gestört" worden war. Ein weiterer ad-

Plätzchenverkauf der Hörerschaft

ventlicher Höhepunkt war die Wanderung zur Michaelskapelle mit anschließendem Besuch des Adventsmarktes in Deidesheim. Bei richtigem Schneetreiben gings am HBF in Speyer los und alle stapften durch den frischen Schnee durch die Weinberge. Leider war die Sicht vom Berg aus auf die

Bitte alle recht freundlich

Das Ziel der Wanderung ist in Sicht

Rheinebene nicht die allerbeste, aber in der Hoffnung auf einen echten warmen Winzerglühwein war das nicht so schlimm.

Viele weitere KHG- und ESG-Aktionen fanden gemeinsam statt:

- Besuch der Synagoge in Mannheim mit Führung
- Filmabend: „Das Erste Evangelium Matthäus", Spielfilm von Pier Paolo Pasolini aus Italien von 1964
- Taizégebetsgottesdienst im Dom mit Bruder Alois, dem Prior aus Taizé
- Musikalische Meditation mit einem Gebet zur Nacht (Evensong) im Dom, veranstaltet von der KHG Mannheim.

Bei der Weinprobe im Priesterseminar Speyer

Ein letzter Höhepunkt gegen Ende des Semesters war noch die Pfälzer Weinprobe mit Essen vom Pfälzer Buffet. Regens Markus Magin erläuterte alles Wichtige rund um das Thema Wein im Priesterseminar in Speyer. Zahlreiche Hörer/innen gingen beschwingt nach Hause und trinken das nächste Glas Wein fern von Speyer bestimmt mit einem wehmütigen Gedanken zurück an ihre Zeit an der DHV in Speyer.

L. G.

Berufung ins Schiedsamt

Für die Amtsperiode vom 1.1.2009 bis 31.12.2012 wurde Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas durch die Gemeinsame Selbstverwaltung im Gesundheitswesen in das Ehrenamt eines unparteiischen Mitglieds im „Bundesschiedsamt für die vertragsärztliche Versorgung" berufen. Das Bundesschiedsamt tagt in Berlin. Für die Amtsperiode von 2011 bis 2015 hat die Landesregierung Rheinland-Pfalz Pitschas zum Stellvertretenden Vorsitzenden der Schiedsstelle gem. § 78 g SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe) berufen.

„der moderne staat"

Die 2008 gegründete interdisziplinäre Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management „der moderne staat" (dms), welche im Halbjahresrhythmus doppelt-blind begutachtete Aufsätze aus den Gebieten der Politikwissenschaft, Verwaltungswissenschaft, Rechtswissenschaft, Betriebswirtschaftslehre, Finanzwissenschaft, Organisationssoziologie und -psychologie veröffentlicht, konnte sich im vergangenen Jahr einer besonders großen Anzahl von Speyerer AutorInnen erfreuen. Mit Beiträgen von Julia Fleischer, Tim Jäkel, Sabine Kuhlmann, Philipp Richter, und Daniel Rölle u. a. waren DHV/FÖV vor allem in Heft 2/2010 besonders präsent. Im Frühjahr 2011 wurde zudem Univ.-Prof. Kuhlmann in das Herausgebergremium der Zeitschrift berufen.

Mitglied der Berufungskommission

Im Wintersemester 2010/2011 hat der Präsident der Universität Saarbrücken Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas zum externen Mitglied der Berufungskommission für den neuerrichteten Stiftungslehrstuhl „Öffentliches Recht und Recht des Gesundheitswesens" an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes berufen.

Vortrag in Philadelphia

Am 17. September 2010 hielt Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber bei der Jahrestagung der International Association of Centers for Federal Studies IACFS in Philadelphia – USA einen Vortrag zum Thema „Impacts of the Global Financial Crisis in a Federation: Evidence from Germany".

Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer

Vom 29. September bis 2. Oktober 2010 fand in Berlin an der Humboldt-Universität die 70. Jahrestagung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer statt. Gegenstand der Tagung war das Thema „Der Schutzauftrag des Rechts", der in verschiedenen Dimensionen erörtert wurde. Zusätzlich fanden Vorträge und Diskussionen in den Gesprächskreisen „Europäisches Verfassungsrecht" und „Verwaltung" statt. Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas beteiligte sich an der Aussprache zu den jeweiligen Referaten mit eigenen Diskussionsbeiträgen.

Messung und Vergleich von Verwaltungsleistungen

Anlässlich der Staatsrechtslehrertagung in Berlin referierte Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann am 29. September 2010 im Gesprächskreis „Verwaltung" zum Thema „Evaluation und Benchmarking von Verwaltungsleistungen". Die schriftliche Fassung des Vortrags erscheint unter dem Titel „Messung und Vergleich von Verwaltungsleistungen: Benchmarking-Regime in Westeuropa" in Heft 2/2011 der Zeitschrift „Die Verwaltung".

6. Deutscher Kämmerertag

Im Rahmen des 6. Deutschen Kämmerertages in Berlin hat Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 30. September 2010 an der Expertenrunde „Konsolidierter Staat – bankrotte Kommunen?" teilgenommen.

Vortragsreise nach China

Vom 5. Oktober bis 16. Oktober 2010 besuchte Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas auf Einladung verschiedener chinesischer Universitäten die Volksrepublik China. Im Mittelpunkt der Einzelveranstaltungen standen jeweils vergleichende Vorträge zu Staat und Verwaltung in den Staaten China und Deutschland. Einbezogen wurde darin ein wissenschaftlicher Austausch mit Kollegen/innen und Doktoranden/innen über internationale Entwicklungstrends in Staat und Verwaltung. An der Tsinghua Universität kam es darüber hinaus zu einer Anhörung durch Angehörige des Staatsrats über die künftige Rolle des Widerspruchsverfahrens in dem neu zu schaffenden chinesischen Verwaltungsverfahrensrecht. Auf Einladung der School of Public Policy and Management referierte Pitschas an der Tsinghua University, Institute of Government, Bejing/PRC am 8. Oktober 2010 zum Thema „Politische Dezentralisierung und ‚offene' Regierungsführung. Eckpfeiler moderner Staatlichkeit und Herausforderung für den Öffentlichen Dienst" und am 9. Oktober 2010 zum Thema „Das Widerspruchsverfahren im deutschen System des Verwaltungsverfahrensrechts. Vergleichende Bemerkungen zur Einführung des Rechtsinstituts in das chinesische Rechtssystem". Auf Einladung der School of Public Management and Public Policy, Lanzhou/PRC hielt Pitschas am 11. Oktober 2010 an der Universität Lanzhou, Gansu

Provinz einen Vortrag zum Thema „Globalisierung und Regulierung der Wirtschaft. Das Beispiel der Finanzmärkte in Deutschland und in der Europäischen Union". Am 14. Oktober 2010 referierte Pitschas auf Einladung des State Innovative Institute for Public Management and Public Policy Studies, Shanghai/PRC an der Fudan University über das Thema „Changing Bureaucracy in a Globalized World: Open Government and Professional Values in the Public Service".

Erstes „ausländisches" Alumni Dinner

Am 15. Oktober 2010 fand das erste „ausländische" Alumni Dinner der DHV Speyer, vertreten durch Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas an der Tongji University in Shanghai/PRC statt, die durch Univ.-Prof. Dr. Mag. rer. publ. Wang Weida, Rechtswissenschaftliche Fakultät, vertreten wurde. Die aus der Volksrepublik China stammenden Doktoranden der Hochschule Speyer nahmen gemeinsam mit Pitschas an dem Abendessen teil. Im Hintergrund stand die Überlegung, über den Abschluss der Promotion hinaus zwischen den chinesischen Doktoranden/innen und der DHV Speyer die Verbindungen aufrechtzuerhalten, deren Fundamente in Deutschland in langjähriger akademischer Weiterbildung gelegt worden waren.

Vortrag in Peking

Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber hielt am 18. Oktober 2010 einen Vortrag zum Thema „Local governments in the financial constitution of the Federal Republic of Germany" bei der „International Conference on the Comparison of the Chinese and German Public Administrations of Districts" an der Chinese Academy of Governance (CAG) in Peking – China.

Speyerer Stiftungsdialoge

Am 28. Oktober 2010 referierte Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber im Rahmen der Speyerer Stiftungsdialoge in Speyer zum Thema „Finanzierung lebenslangen Lernens – wo stehen wir heute?".

Delegationsreise nach Fujian

Auf Einladung des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz sowie der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas im Rahmen eines Besuchs von Ministerpräsident Beck in der chinesischen Partnerprovinz Fujian vom 29. bis 31. Oktober 2010 an einer Delegationsreise teil. Diese war dem thematischen Schwerpunkt „Umwelt und nachhaltige Entwicklung" gewidmet. Während des Aufenthalts veranstaltete das Umweltdepartment der chinesischen Provinz in Fuzhou mit dem rheinland-pfälzischen Ministerium einen Workshop zum Thema „Low Carbon Life - Bürgerschaftliches Engagement für den Schutz der Umwelt", der von Ministerpräsident Beck und Ministerin Conrad eröffnet wurde. Pitschas hielt im Rahmen dieses Workshops Vorträge zu den Themen „Bürgerschaftliches Engagement und Bürgergesellschaft im Umweltstaat" und „Modernisierungsziel ‚Good Governance': Nachhaltige Umweltpolitik in Verantwortungskooperation mit der Zivilgesellschaft". Gegenstand des Workshops war insgesamt die nachhaltige Entwicklung in Rheinland-Pfalz und im wirtschaftlich wachstumsstarken China. Vermittelt wurden Kenntnisse und Erfahrungen mit den Modernisierungsprozessen und der Förderung einer Zivil- bzw. Bürgergesellschaft in beiden Staaten. Im Anschluss hieran wurde mit dem Department, der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, dem rheinland-pfälzischen Umweltministerium und Pitschas die Auflegung eines gemeinsamen Forschungsprojekts vereinbart, in das die DHV Speyer nach dem Wunsch der Staatskanzlei insgesamt einbezogen werden soll.

Eigenständige Beamtenversorgung

Auf der Tagung „WIR – Öffentlicher Dienst in Niedersachsen" des Niedersächsischen Beamtenbundes in Braunlage hielt Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 4. November 2010 einen Vortrag zum Thema „Risiken, Chancen und Notwendigkeiten (aus) einer eigenständigen Beamtenversorgung".

12. Vormundschaftsgerichtstag

Auf dem 12. Vormundschaftsgerichtstag in Brühl bei Köln zum Thema „Menschen und Rechte - Behindertenrechtskonvention und Betreuung" referierte Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas am 5. November 2010 zum Thema „Betreuungsrecht auf dem Prüfstand. Zur Unvollkommenheit eines gesetzgeberischen Konzepts und der Notwendigkeit seiner Revision". Mit dem Vortrag wurde dem von der durch das Bundesjustizministerium eingerichteten interdisziplinären Arbeitsgruppe aus Vertretern der Landesjustiz- und -sozialministerien, der Richterschaft, aus den kommunalen Spitzenverbänden, Betreuungsbehörden und Betreuungsvereinen sowie Rechtspflegern entwickelten Revisionskonzept zum gegenwärtigen Betreuungsrecht eine Alternativkonzeption entgegengestellt.

Sprechnerneuwahlen

Vom 5. bis 6. November 2010 fand die Tagung der Sektion „Policyanalyse und Verwaltungswissenschaft" innerhalb der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) an der Uni-

versität Potsdam zum Thema „Ministerialverwaltung im politischen Prozess“ statt. Im Rahmen der Sprecherneuwahlen wurde Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann in den Vorstand der DVPW-Sektion gewählt. Weitere Sprecher sind Univ.-Prof. Marian Döhler (Hannover), Dr. Sebastian Haunss (Konstanz) und Dr. Michael Böcher (Göttingen). Die Sektion plant unter anderem, im November 2011 eine wissenschaftliche Tagung in Speyer zum Thema „Wissen und Expertise in Politik und Verwaltung“ durchzuführen.

Der Arzt als Unternehmer

Am 11. November 2010 nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für Kassenarztrecht e. V. als Vorstandsmitglied an dem in Berlin ausgerichteten Symposium „Der Arzt als Unternehmer” teil, das sich mit dem bisherigen Berufsbild der Ärztinnen und Ärzte auf einem wettbewerblich orientierten Gesundheitsmarkt auseinandersetzte. Die Frage war, ob der Arzt tatsächlich Unternehmer ist oder ob der Heilauftrag sein unternehmerisches Handeln ggf. und wenn ja, wie begrenzt. Pitschas beteiligte sich an dem Symposium mit einer Reihe eigener Diskussionsbeiträge.

Vortrag am Shanghai Administration Institute

Im Rahmen des „International Academic Symposium on Urban Development and Social Policies“ des Shanghai Administration Institute (SAI) in Shanghai – China referierte Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 12. November 2010 zum Thema „The Financial Crisis of the German Cities – Result of the Economic Crisis or Substantive Financial Deficiencies?“.

Prof. Ziekow und Prof. Kuhlmann in IIAS-Vorstand gewählt

Im Rahmen der Mitgliederversammlung der Deutschen Sektion des International Institute of Administrative Sciences (IIAS) wurde am 18. November 2010 in Berlin Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann in den Vorstand gewählt. Neuer Präsident ist Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow.

Gastforscher vom Shanghai Administration Institute

Vom 18. November 2010 bis zum 30. Januar 2011 besuchte Prof. Shengyun Cheng vom Shanghai Administration Institute die Hochschule im Rahmen des Kooperationsabkommen zwischen SAI und DHV Speyer. Professor Cheng lehrt Kultur- und Gesellschaftsphilosophie am SAI und nutzte seinen Aufenthalt zu Fachgesprächen und Literaturrecherchen.

Demographischer Wandel

Am 24. November 2010 hielt Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber im Rahmen einer Informationsreise der Kommission für Bevölkerung und Familienfragen der VR China in Berlin einen Vortrag zum Thema „Demographischer Wandel und die Sicherung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in Deutschland“.

Beamtenversorgung

Bei der Tagung „Der deutsche Beamte – Ein Auslaufmodell?“ der Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe in Herne referierte Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 25. November 2010 zum Thema „Beamtenversorgung – Rettung durch Reformen?“.

12. Hochschullehrertagung

Auf Einladung der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas am 25. und 26. November 2010 in Köln an der 12. Hochschullehrertagung der zentralen Selbstverwaltungskörperschaft der Vertragszahnärzte in Deutschland teil. Auf der Veranstaltung wurden die aktuellen Entwicklungen im Vertragsarztrecht zu Gesetzgebung, Vertragsgeschehen und Rechtsprechung im Bereich der vertragszahnärztlichen Versorgung in den zurückliegenden zwölf Monaten vorgestellt. Pitschas beteiligte sichmit einer Reihe eigener Diskussionsbeiträge an der Aussprache über die aktuelle Gesetzgebung und Rechtsprechung und diskutierte als stellvertretender Vorsitzender einer Schiedsstelle unter anderem rechtliche Aspekte der Ausgestaltung der Schiedsstelle zur Vergütung von Leistungen für Basistarifpatienten gem. § 75 Abs. 3 c SGB V.

Verwaltung in Europa

Der Studienkurs „Verwaltung in Europa: Verwaltungssysteme und -reformen in vergleichender Perspektive“ wurde von Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann und Univ.-Prof. (em.) Dr. Hellmut Wollmann (HUB) im November 2010 fristgerecht an der FernUniversität Hagen eingereicht. Er wurde im Wintersemester 2010/11 zunächst als Studienkurs in Hagen eingesetzt und danach als Lehrbuch beim VS-Verlag publiziert. Gegenstand des Buches sind die Verwaltungstraditionen und -strukturen im europäischen Vergleich sowie ihre Reform in den vergangenen dreißig Jahren.

Vortrag in Berlin

Am 1. Dezember 2010 hielt Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber bei der Tagung „Wer zahlt die Zeche? – Das Konnexitätsprinzip auf dem Prüfstand“ des Deutschen

Instituts für Urbanistik (Difu) in Berlin einen Vortrag zum Thema „Das Konnexitätsprinzip im System kommunaler Finanzausstattung".

Besuch aus Leiden

Vom 6. bis 8 Dezember 2010 besuchte Univ-Prof. Dr. Frits van der Meer von der Partner-Universität Leiden die DHV Speyer. Bei einem Treffen mit Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann und ihrem Team wurde über eine mögliche internationale Forschungskooperation im Bereich „Comparative Local Civil Service Systems" gesprochen und eine weitere Zusammenarbeit bekräftigt.

Daseinsvorsorge und Infrastruktur

Im Rahmen des 3. Demografiekongresses der Sächsischen Staatskanzlei in Chemnitz referierte Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 10. Dezember 2010 zum Thema „Daseinsvorsorge und Infrastruktur: Können wir uns das in Zukunft noch leisten?".

Sozialpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft

Am 13. Dezember 2010 nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas auf Einladung der GTZ-Repräsentanz Berlin an einem Symposium in der Reihe „Sozialpolitische Perspektiven" teil. Gegenstand der Veranstaltung war die „Sozialpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft: Erfolgsmodell für Länder des Südens?". Ziel des Symposiums war die Entwicklung von Antworten auf die Frage, wie Entwicklungsstaaten auf die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die arme Bevölkerung und den Mittelstand am besten die Förderung breitenwirksamen Wachstums wirtschaftspolitisch mit einer aktiven Sozialpolitik verknüpfen könnten.

Jahrestagung der Allied Social Sciences Association

Auf der Jahrestagung der Allied Social Sciences Association 2010 (Assa) in Atlanta (USA) präsentierte am 3. Januar 2011 Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr zusammen mit Dr. Rahel Schomaker in der Middle East Economic Association (MEEA) das Thema „Public Private Partnerships in the Middle East and North Africa – Why is Private Sector Participation in Infrastructure Projects in the Region So Low?" anhand eines Posters (Peer review-Verfahren).

Benchmarking im öffentlichen Sektor

Am 12. Januar 2011 hat Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber an einer Podiumsdiskussion beim Workshop „Benchmarking im öffentlichen Sektor: Internationale Erfahrungen und Ansätze für Deutschland" des FöV und des Forum of Federations an der DHV Speyer teilgenommen.

Gemeindefinanzkommission und Schuldenbremse

Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber hat am 20. Januar 2011 an der Expertenrunde zum Thema „Gemeindefinanzkommission und Schuldenbremse – Folgen für die baden-württembergischen Kommunen" im Rahmen des 1. Baden-Württembergischen Kämmerertages in Stuttgart teilgenommen.

Zur Kritik des Konzepts ‚Informelles Regieren'

Katerina Potapova, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Verwaltungswissenschaft, Politik und Recht im Bereich von Umwelt und Energie (Univ.-Prof. Dr. Eberhard Bohne), hielt einen Vortrag „Zur Kritik des Konzepts ‚Informelles Regieren'" auf der Tagung „Informelles Regieren: Entstehung und Wandel, Leistungen und Legitimität informeller Institutionen und Entscheidungsprozesse" am 3.2. und 4.2.2011 an der NRW School of Governance, Universität Duisburg-Essen. Die Tagung wurde von der Sektion der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) „Regierungssystem und Regieren in der Bundesrepublik Deutschland" und „NRW School of Governance" organisiert. Bei der Veranstaltung diskutierten ca. 70 Teilnehmer über theoretisch-konzeptionelle, empirische sowie methodische Fragen zum „informellen Regieren". Frau Potapova bearbeitet das Thema im Rahmen ihres Dissertationsvorhabens zu informalem Staatshandeln.

Konsolidierung der Landesfinanzen

Als Expertin hat Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 10. Februar 2011 an der Anhörung im Landtag NRW zum Thema „Erfolgreichen Kurs fortsetzen – Konsolidierung der Landesfinanzen vorantreiben" in Düsseldorf teilgenommen.

Vortrag in Bozen

Bei der Tagung „Herausforderung Fiskalföderalismus" der EURAC in Bozen – Italien hielt Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 17. Februar 2011 einen Vortrag zum Thema „Steuerhoheit von Gebietskörperschaften".

Vortrag in Xiamen

Auf Einladung des Institute of Urban Environment, Chinese Academy of Sciences/PRC in Verbindung mit dem Institute for Applied Material Flow Management, University of Applied Sciences Trier nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas in

der Zeit vom 28. Februar bis 6. März 2011 an dem chinesisch-deutschen wissenschaftlichen Seminar „Technical, Financial and Political Solutions for Energy Generation of Urban Waste and Contribution to Climate Protection" in Xiamen/PRC teil. Die Veranstaltung wurde vom Chinesich-Deutschen Zentrum für Wissenschaftsförderung unterstützt. Es handelte sich um die erste Stufe des zwischen dem Land Rheinland-Pfalz/Staatskanzlei sowie dem Umweltministerium und der Provinzregierung der chinesischen Provinz Fujian vereinbarten Forschungsprojekts. Pitschas hielt im Rahmen dieses Seminars einen Vortrag zum Thema „Open Government and the Greening of Social Infrastructure - How to encourage Citizens and Business Commitment to Climate Protection". Mit dem Aufenthalt in der Provinz Fujian waren zugleich Informationsbesuche bei weiteren chinesischen Institutionen der Abfallwirtschaft verbunden.

Besuch aus Japan

Am 8. März 2011 traf Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas in Speyer mit Prof. Dr. Akio Takahashi aus Osaka/Japan zusammen. Professor Takahashi arbeitet an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Staatlichen Universität Osaka/Law School auf den Schwerpunktgebieten des Verwaltungsverfahrens- und Sicherheitsrechts. Im Mittelpunkt der Begegnung stand zunächst ein längerer Erfahrungsaustausch über Reaktionen der japanischen und deutschen Gesetzgebung auf das europäische Projekt der Reform der akademischen Ausbildung (Bachelor- und Masterstudium). An der Begegnung nahm auch Univ.-Prof. Dr. Eisei Sato von der Universität Sendai teil. An den Gedankenaustausch schloss sich ein zweistündiges Experteninterview über die Anlage und Auswirkungen der deutschen Reform des juristischen Studiums im Vergleich zur japanischen Umgestaltung der Juristenausbildung an. Verbunden damit waren gemeinsame Überlegungen zur Zukunft des Rechts im Kaiserreich Japan. Die nach dieser Zusammenarbeit eingetretenen Katastrophen in Japan nahm Pitschas zum Anlass, sein Bedauern darüber und sein Mitgefühl auszudrücken.

Vortrag vor der thailändischen Verwaltungsgerichtsbarkeit

Am 9. März 2011 hielt Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann im Rahmen des aus Anlass des 10-jährigen Bestehens der thailändischen Verwaltungsgerichtsbarkeit vom Obersten Verwaltungsgerichtshof Thailands veranstalteten Symposium einen Vortrag zum Thema „Guarantee of the Right to Access to the Administrative Jurisdiction". Gemeinsam mit Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Siedentopf hatte Professor Sommermann in den 90er Jahren in einer Reihe von Dialogseminaren mit dem Thailändischen Staatsrat zunächst die Ausarbeitung eines Verwaltungsverfahrensgesetzes, später die Errichtung einer eigenständigen Verwaltungsgerichtsbarkeit in Thailand begleitet. Die Tagung zeigte, dass die thailändische Verwaltungsgerichtsbarkeit durch ihre Rechtsprechung wesentlich zur Stärkung des Rechtsstaats und der Weiterentwicklung des Verwaltungsrechts beigetragen und sich auch unter schwierigeren politischen Bedingungen behauptet hat.

6. Speyerer Führungswerkstatt

Vom 9. bis 11. März 2011 veranstaltete Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas die 6. Speyerer Führungswerkstatt zu dem Thema „Mediation und Personalmanagement im öffentlichen Sektor". Die Veranstaltung setzte sich zum Ziel, den Bedingungsrahmen interner Verwaltungsmediation im Bereich der Personalwirtschaft zu klären und zugleich durch Rollenspiele die Kompetenz der Teilnehmer/innen in konfliktbearbeitenden und deeskalierenden Methoden zu vertiefen. Zu diesem Zweck wurden sowohl die Anwendung der Konfliktlösungsmethode „Mediation" geübt als auch deren Anwendungsbereiche im öffentlichen Dienst bzw. in der dortigen Personalführung erläutert und erprobt. Im Rahmen dieser Veranstaltung hielt Pitschas einen Vortrag über „Mediation und Personalführung - Verwaltungswissenschaftliche Überlegungen und rechtlicher Rahmen".

Vortrag in Pécs, Ungarn

O. Univ.-Prof. em. Dr. Dr. Detlef Merten, DHV Speyer, hat am 18. März 2011 an der Juristischen Fakultät der Universität Pécs, Ungarn, im Rahmen eines Graduiertenprogramms zwei jeweils zweistündige Vorlesungen mit anschließenden Diskussionen zu den Themen „Rechtsstaat (Rule of Law), Democracy and Liberty in the Constitutional State" und „Fundamental Rights in the Multilevel System of Europe" gehalten. Die Vortragsreise stand im Kontext intensiver Arbeiten an der Vorbereitung des Bandes IX des Handbuchs der Grundrechte: „Grundrechte in Ostmittel- und Osteuropa" (hg. Detlef Merten und Hans-Jürgen Papier), der im Frühjahr 2012 bei C. F. Müller, Heidelberg, erscheinen soll. Diese Vorlesungen führten damit ein Verbund-Konzept fort, dem im Berichtszeitraum bereits ein Vortrag zum Thema „Der Begriff des Grundrechts" diente, den Professor Merten am 22. Oktober 2010 an der Universität Breslau (Institute of Constitu-

tional Law, Faculty of Law, Administration and Economics, University of Wroclaw) gehalten hat, sowie schon im Jahr 2005 in Bukarest vor hochrangigen Repräsentanten aus Staatswissenschaft und Verfassungspraxis ein Vortrag über „Demokratie und Rechtsstaat in der Bewährung".

Vortragsreise nach Korea

Vom 11. März bis 17. März 2011 besuchte Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas auf Einladung verschiedener Institutionen und Universitäten die Republik Korea. Am 14. März 2011 hielt er am Korea Research Institute for Local Administration in Seoul einen Vortrag. Dem schloss sich auf Einladung des Dankook Institute for Social Science (DISS) am 15. März 2011 auf der Konferenz des Instituts zum Thema „The Institutionalization for Building the Northeast Asia Community" ein Vortrag zum Thema „The European Union and its Lisbon-Strategy. Goals, Performance and Future Challenges of Community Building as well as their Implications to the Building of the Northeast Asia Community" an. Nach diesem Vortrag wurden zwei weitere Vorträge aus der Sicht Japans und der Volksrepublik China sowie ein weiterer Vortrag aus der Sicht Koreas gehalten. Dem liegen grundsätzliche Überlegungen in einem Forschungsprojekt zu Grunde, das von einer großen koreanischen Stiftung finanziert wird. Insbesondere die Vergleichbarkeit zur Gründung und Perspektive der Europäischen Union stand im Mittelpunkt der einzelnen Vorträge. Am 16. März 2011 hielt Pitschas am Korea Institute of Public Administration (KIPA), Seoul/Südkorea einen Vortrag über das Thema „Wandel der Staatlichkeit in Deutschland durch kollaborative Governance".

Beiratsmitgliedschaft und Ausschussvorsitz

Der Bundesinnenminister hat Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann in den Beirat der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung sowie in deren wissenschaftlichen Ausschuss berufen. Der Ausschuss hat Sommermann in seiner Sitzung am 22. März 2011 zu seinem Vorsitzenden gewählt.

13. Speyerer Gesundheitstage

Am 24. und 25. März 2011 veranstaltete Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas die 13. Speyerer Gesundheitstage zu dem Thema „Versorgungsstrukturen im Umbruch. Die Gesundheitsversorgung zwischen Länderinteressen und finanziellen Zwängen". Die Veranstaltung setzte sich mit der Weiterentwicklung der vertragsärztlichen Versorgung durch das Finanzierungsgesetz zur gesetzlichen Krankenversicherung und das Arzneimittelneuordnungsgesetz auseinander, die beide zum 1. Januar 2011 in Kraft getreten sind. Zentrale Festlegungen will die Bundesregierung darüber hinaus in diesem Jahr in einem „Versorgungsgesetz" treffen, darunter auch Neuregelungen zur Bedarfsplanung im Gesundheitssektor. Die dazu regierungsseitig vorgelegten „Eckpunkte" waren gleichfalls Gegenstand der Tagungsdiskussionen. Pitschas hielt während der Gesundheitstage einen Vortrag zum Thema „Gesundheitsreform 2011 - Versorgungsstrukturen im Umbruch vor dem Grundgesetz".

Tagung des Arbeitskreises Lokale Politikforschung

Am 5. und 6. April 2011 fand in Kassel eine größere Tagung des Arbeitskreises „Lokale Politikforschung" innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Politische Wissenschaft (DVPW) statt. Der AK wird von Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann, Univ.-Prof. Dr. Michael Haus (Universität Kassel) und Univ.-Prof. Dr. Lars Holtkamp (FernUniversität Hagen) gemeinsam geleitet. Die Tagung stand unter der Generalthematik „Lokale Politik(forschung) zwischen Krise und Erneuerung" und thematisierte Krisendiagnosen lokaler Politik und Verwaltung sowie mögliche Strategien zu ihrer Lösung und Bewältigung. Es wurden unter anderem Panels zu den Themen „Krise des lokalen Demokratiemodells", „Schrumpfung und Wachstum der Städte", „Krise der Kommunalfinanzen und Lösungsstrategien", „Steuerungsherausforderungen und Governance-Konzepte der Städte" und „Kommunale Sozialpolitik" durchgeführt. Das Panel „Krise des kommunalen Aufgabenmodells? Struktur- und Funktionalreform, Privatisierung, Re-Kommunalisierung" stand unter der Leitung von Univ.-Prof. Kuhlmann und enthielt auch einen Beitrag von Dipl.-Pol. Philipp Richter (DHV Speyer) zum Thema „Staatliche und kommunale Aufgabenwahrnehmung im Vergleich. Was lehren uns die jüngsten Funktionalreformen?" Die Publikation ausgewählter Tagungsbeiträge in einem Sammelband/Special Issue ist in Vorbereitung.

Dezentralisierung des Staates in Europa

Mit dem in Kürze erscheinenden Band „Dezentralisierung des Staates in Europa - Auswirkungen auf die kommunale Aufgabenerfüllung in Deutschland, Frankreich und Großbritannien" (Kuhlmann, S./Bogumil, J./Ebinger, F./Grohs, S./Reiter, R.; VS-Verlag) kommt ein von der DFG gefördertes und zusammen mit der Ruhr-Universität Bochum (RUB) durchgeführtes For-

schungsprojekt über die Dezentralisierung von Verwaltungssystemen in Europa zum Abschluss. Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann sowie Univ.-Prof. Dr. Jörg Bogumil (RUB) wurde der Frage nachgegangen, wie sich die Kompetenzverlagerung auf die kommunale Aufgabenerfüllung auswirkt.

Aktuelle WiDuT-Umfrage zum Thema „Auswirkung des demografischen Wandels auf die Verwaltung“

2020 wird laut Statistischem Bundesamt der Anteil der über 50-jährigen Deutschen voraussichtlich bereits fast 50 Prozent betragen. Ursachen sind u. a. in der sinkenden Geburtenrate und dem gleichzeitig ansteigenden Lebensalter zu suchen. Diese Entwicklung ist und wird in Folge auch auf dem Arbeitsmarkt intensiv spürbar sein und die Personal- und Führungsarbeit in ihren verschiedenen Facetten nachhaltig beeinflussen.

Diesen Trend hat WiDuT zum Anlass genommen, eine bundesweite anonymisierte Online-Umfrage zum Thema „Auswirkung des demografischen Wandels auf die Verwaltung“ durchzuführen. Die Befragung richtet sich exklusiv an Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter in Ministerien des Bundes und der Länder. Die Ergebnisse der Umfrage werden im Anschluss an die Auswertung veröffentlicht werden. Mit Hilfe dieser Umfrage sollen wichtige Hinweise auf mögliche Handlungsfelder im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel und der damit verbundenen Sicherstellung der zukünftigen Beschäftigungs- und Handlungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung herausgearbeitet werden.

Dokumentation der Verwaltungsmodernisierungsaktivitäten
Zudem entsteht gerade in enger Zusammenarbeit mit dem Unterausschuss „Allgemeine Verwaltungsorganisation“ des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz die WiDuT-Publikation „Aktivitäten auf dem Gebiet der Staats– und Verwaltungsmodernisierung in den Ländern und beim Bund 2008 - 2010“. Der Bericht wird Maßnahmen und Modernisierungsprojekte aller Landesverwaltungen und des Bundes zur Verwaltungsreform im Berichtszeitraum 2008 bis 2010 dokumentieren.

Um einen schnelleren Überblick zu ermöglichen, wird der Bericht wieder in folgende acht Abschnitte gegliedert sein:

I. Verwaltungspolitik
II. Aufgabenumbau
III. Organisationsentwicklung
IV. Planungs- und Prozessoptimierung
V. Neue Steuerung
VI. Personalentwicklung
VII. Regelungsoptimierung
VIII. eGovernment.

In Abstimmung mit den Mitgliedern des Unterausschusses erfolgt dieses Jahr die gemeinsame Erstellung der Dokumentation mit Hilfe des WiDuT-Wikis. Durch diese Veränderung innerhalb des Erstellungsprozesses wird der Bearbeitungs- und Abstimmungszeitraum bis zur Fertigstellung der Druckversion voraussichtlich wesentlich verkürzt werden können.
Die Veröffentlichung der Dokumentation wird als Speyerer Forschungsbericht in Buch- und PDF-Form voraussichtlich im Sommer erfolgen. Wir werden den Termin rechtzeitig bekannt geben.

Präsentationen
WiDuT referierte im September 2011 unter anderem auf dem Fernausbildungskongress der Bundeswehr in Hamburg zum Thema Bildung 3.0.
Zudem durfte WiDuT Anfang Februar 2011 auf der internationalen Leitmesse für modernes Lernen LEARNTEC innerhalb der Kongress-Sektion „Kooperation und E-learning im öffentlichen Dienst“ präsentieren. Der Vortrag wurde neben weiteren aus insgesamt 250 eingereichten Beiträgen ausgewählt.

Auch auf dem dbb-Kongress „neueVerwaltung“ am 10./11. Mai 2011 in Leipzig wird WiDuT vertreten sein. Hier wird Christian Jock zum Thema „Fachaufsicht neu denken“ referieren.

Teilnahme an Unterausschuss-Sitzung
Zudem nahm WiDuT auch im März 2011 wieder als Gast an der Sitzung des Unterausschusses „Allgemeine Verwaltungsorganisation“ des Arbeitskreises VI der Ständigen Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder in Karlsruhe teil.

Mehr Informationen finden Sie unter:
http://foev.dhv-speyer.de/widut
WiDuT: Verwaltung gemeinsam neu gestalten.

Baumpflanzung zum Nauryzfest an der DHV Speyer

Die fünf im Wintersemester 2010/11 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer studierenden Regierungsstipendiaten aus den zentralasiatischen Schwesternrepubliken Kasachstan und Kirgisien haben sich zu dem in ihrer Heimat mit einem großen Fest verbundenen Frühlingsanfang etwas Besonderes einfallen lassen: Sie haben einen Baum gestiftet, den sie auf dem Gelände der Hochschule zusammen mit dem Rektor gepflanzt haben. Sie begingen so das in ihrer Heimat wichtige Nauryzfest.

Baumpflanzung auf dem Campus der DHV Speyer Foto: DHV

Nauryz ist ein großes Frühlingsfest, das nicht nur in Kasachstan und Kirgisien gefeiert wird. Es geht zurück auf das altiranische Frühlingsfest Nouruz (wörtlich übersetzt „Neuer Tag"). Seit 2010 ist das Fest auf Beschluss dee Generalversammlung der Vereinten Nationen als internationaler Nouruz-Tag anerkannt. Die Generalversammlung stellte in ihrer Erklärung fest, dass „Nouruz ein Frühlingsfest ist, das von mehr als 300 Mio. Menschen seit mehr als 3000 Jahren auf der Balkanhalbinsel, in der Schwarzmeerregion, im Kaukasus, in Zentralasien und im Nahen Osten gefeiert wird". Bereits 2009 hatte die UNESCO das Fest, das als zweites Neujahrsfest bezeichnet werden und sich in einigen Regionen über mehrere Wochen erstrecken kann, in die Liste des Menschheitskulturerbes bzw. als UNESCO-Welterbe aufgenommen. Seine Ursprünge liegen wahrscheinlich in nomadischen Traditionen, den Schnee zu vertreiben und das Vieh in die nach dem Winter von der Natur erneuerten Weidegründe zu treiben. Daher sind Erneuerung, Begrünung und Wachstum Aspekte dieses Festes.

Die Regierungsstipendiaten aus Kasachstan und Kirgisien wollten mit der Pflanzung eines neuen Baumes zum Frühlingsanfang den guten Beziehungen der DHV Speyer zu ihrer Heimat ein lebendiges und wachsendes Denkmal setzen.

Brutkästen für Mauersegler auf dem Campus der DHV Speyer angebracht

Dank einer Initiative des Umweltreferates der Hörerschaft sollen künftig neben Saatkrähen (vgl. den Bericht im SpeyerJournal 16) auch Mauersegler eine Heimstatt finden. Die Hörerschaft hat mehrere Nistkästen gestiftet und in Zusammenarbeit mit der Hochschulverwaltung angebracht. In ihnen sollen in Zusammenarbeit mit dem NABU Neustadt Mauersegler im Sommer 2011 angesiedelt werden. Insgesamt wurden fünf Nistkästen an den Bäumen Nr. 47 (Eiche), Nr. 65 (Eiche), Nr. 62 (Linde), 51 (Linde) und Nr. 44 (Blauglockenbaum) angebracht. Die Nummerierung zeigt: Bereits in den vergangenen Jahren wurde für den Campus der DHV Speyer ein umfängliches Baumkataster angefertigt.

SpeyerJournal Nr. 18
Wintersemester 2010/2011
(Fortführung des SpeyerBriefs)

Impressum

Herausgeber: Der Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Redaktion: Referat für Information und Kommunikation der DHV Speyer,
Freiherr-vom-Stein-Str. 2,
67346 Speyer;
Tel.: 06232/654-225;
Fax: 06232/654-208;
E-Mail: strohm@dhv-speyer.de

Verantwortlich: Dr. Klauspeter Strohm

Lektorat: Hildegard Grißmer, Anja Kahrau

Druck: DHV Speyer, Druckerei

Erscheinungsweise: einmal pro Semester, Auflage: 2.500

Nachdruck bei Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars gestattet.

Fotonachweis: DHV, DHV-Archiv, Friedhofskultur, Privat, Dr. Agachai Sumalee (Hong Kong Society for Transportation Studies), Umschlag: Lenz

Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Staatliche Universität Tiflis

Am 17. November 2010 wurde Herrn Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann von der Staatlichen Ivane Javakhishvili Universität Tiflis die Ehrendoktorwürde verliehen. Im Rahmen der feierlichen Veranstaltung in Tiflis hielt er einen Vortrag zum Thema „The Rule of Law and Public Administration".

Professor Sommermann hat in den zurückliegenden Jahren mehrere georgische Gastforscher wissenschaftlich betreut und mit seinem georgischen Kollegen Professor Dr. Georgi Khubua die Einrichtung eines Masterstudiengangs „Public Administration" an der Staatlichen Universität Tiflis initiiert, den er seit dem Jahr 2009 von deutscher Seite koordiniert. An dem von der VolkswagenStiftung geförderten und in englischer Sprache abgehaltenen Studienprogramm wirken mehrere Speyerer Professorinnen und Professoren sowie wissenschaftliche Mitarbeiter mit.

Ehrendoktorwürde für Univ.-Prof. Dr. Sommermann Foto: privat

Besuch aus Mali und Benin

In den frankophonen Ländern Westafrikas sind Kommentare zur Verfassung und den Entscheidungen der Verfassungsgerichte bisher nicht üblich. Demokratische Staaten wie Mali und Benin blicken auf rund 20 Jahre demokratische Entwicklung zurück. In dieser Zeit entwickelte sich in jedem Land eine eigene Verfassungswirklichkeit. Die in den letzten zwei Dezennien getroffenen Entscheidungen der Verfassungsgerichte verlangen jetzt nach einer Zusammenfassung, Systematisierung und Kommentierung. Aus diesem Grunde hat das Regionalprogramm Westafrika der Konrad Adenauer Stiftung durch eine Arbeitsgruppe von Juristen und Politologen den ersten Kommentar zur beninischen Verfassung und den Entscheidungen des Verfassungsgerichtes vorgelegt. Dieser Kommentar fand nicht nur bei den Experten, sondern auch in breiten politisch interessierten Kreisen große Beachtung. Mit diesem Kommentar sollen Verfassungsdiskussionen versachlicht werden und die Kenntnisse über die Verfassung und ihre Prinzipien erhöht werden.

Univ-Prof. Dr. Magiera (r.) im Gespräch mit Experten aus Mali und Benin
Foto: DHV

Das Regionalprogramm der KAS arbeitet mit afrikanischen Experten aus Benin und Mali daran, den vorhandenen Kommentar noch professioneller zu gestalten und den Verfassungskommentar für Mali in diesem Sinne vorzubereiten.

Fünf von diesen Experten besuchten am 18. November 2010 die DHV Speyer zu einem Fachgespräch mit Univ.-Prof. Dr. Magiera. Ziel war es, den Experten die Möglichkeit zu geben, deutsche Erfahrungen mit Verfassungskommentaren und das sensible Verhältnis zwischen Politik - Verfassung und Verfassungswirklichkeit in Deutschland kennen zu lernen. Gleichzeitig sollten insbesondere die teilnehmenden Verfassungsexperten aus Mali vorbereitet werden, eine Arbeitsgruppe zu leiten, um den ersten Verfassungskommentar für Mali zu erstellen. Die Besuchergruppe wurde von den Dres. Ognois und Strohm betreut.

Deutsch-türkische Transfermöglichkeiten im Bereich des Human Resources Management

Am 25. November 2010 besuchten Vertreter der türkischen Regierungsbehörde KOSGEB die DHV Speyer. Der Besuch erfolgte in Zusammenarbeit mit dem GTZ-Projektbüro Wirtschaftsförderung in Anatolien.

Zu Besuch an der DHV Speyer: Vetreter der KOSGEB Foto: DHV

Vor dem Hintergrund eines möglichen Transfers in die Türkei wollten der Vizepräsident Hüseyin Tüysüz und der Berater des Präsidenten Murat Kepir sich über das Thema Personalentwicklung in deutschen Verwaltungen und in der Wirtschaft informieren. KOSGEB will die Entwicklung der kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) in der Türkei fördern.

Die Kernaufgaben der Organisation hierbei sind:

- die Entwicklung der „technical skills" der KMU,
- die Verbesserung des Ausbildungs- und Wissensstands,
- eine Informationsquelle für KMU zu sein,
- die Entwicklung adäquater Finanzierungsprogramme zur Steigerung der Wettbewerbskompetenz der KMU im nationalen und internationalen Bereich,
- die Verbesserung der Verwaltungsinfrastrukturen,
- die Schaffung neuer Arbeitsbereiche in technologieorientierten, wertschöpfungsintensiven Produktionsfeldern und Förderung von Unternehmungsgründungen.

Darüber hinaus wollten die Delegation und der GTZ-Leiter Franz Nienhaus, ehemaliger Aufbauhörer der DHV Speyer, zunächst eruieren, inwiefern die DHV Speyer an einer Zusammenarbeit mit türkischen Hochschulen interessiert wäre.

Nach der Begrüßung durch den Rektor stellte Dr. Strohm die Hochschule vor. Anschließend hielt Dr. Masser eine Präsentation zum Thema „Support to the introduction of human resources management by the attached Research Institute of Public Administration".

Darüber hinaus teilte der Hörer Murat Denizli, Rechtsreferendar aus NRW und im Ergänzungsstudium an der DHV Speyer, seine Erfahrungen als Hörer in Speyer mit. Dank seiner hervorragenden interkulturellen Kompetenzen wurde der Austausch zwischen der Delegation und den Speyerern fruchtbar.

Nach dem wissenschaftlichen Teil folgte ein von Luise Gruender, Pastoralreferentin und Hochschulseelsorgerin der DHV Speyer, organisierter Dombesuch. Dabei führte der Domkapitular die Delegation durch die Bischofskirche.

Anschließend genoss die Delegation ein kleines Orgelkonzert im Dom, trank einen Glühwein auf dem Weihnachtsmarkt und freute sich an den pfälzischen Spezialitäten des Restaurants „Alter Engel".

L. O.

Fortbildung für thailändische Verwaltungsrichter

In Zusammenarbeit mit der thailändischen Botschaft organisierte das Referat für Internationale Beziehungen der DHV Speyer eine Fortbildung für Richter thailändischer Verwaltungsgerichte.

Wunschthema der Veranstaltung war die „Fortbildung für Führungskräfte im Bereich behördlicher Administration: Umsetzung der Wissenschaft in der Verwaltungspraxis".

Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland sprach über die unterschiedlichen Weiterbildungsmöglichkeiten für Führungskräfte an der DHV Speyer, nachdem er die Hochschule präsentiert hatte.

L. O.

Mongolen informieren sich über neue Masterstudiengänge

Am Dienstag, 30. November 2010, empfing die Leiterin des Servicebereichs Internationale Beziehungen Univ.-Prof. Dr. Davadorj und Dr. Natsag aus der Mongolei am Flughafen Frankfurt. Die beiden Vertreter der School of Economic Studies an der National University der Mongolei waren bereits wohl vertraut mit der DHV Speyer: Dr. Natsag absolvierte das Aufbaustudium an der DHV Speyer, bevor sie in Speyer bei Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Pitschas promovierte.

Univ.-Prof. Dr. Davadorj, Dr. Natsag und Rektor Fisch (v. l.) Foto: DHV

Ziel des Besuchs war eine Informationsrunde über die neuen Masterstudiengänge „Administrative Sciences" und „Öffentliche Wirtschaft" und eine mögliche Kooperation zwischen der DHV Speyer und der National University der Mongolei in diesem Rahmen.

Während Univ.-Prof. Dr. Weiß und Univ.-Prof. Dr. Kropp die Masterstudiengänge vorstellten, beantworteten Dr. Strohm und Dr. Ognois die Fragen der Delegation zum Auslandsstudium. Dank der Expertise von Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Pitschas wurden den Speyerer Kollegen die Hintergründe des Studiums in der Mongolei dargestellt.

L. O.

Besuch von der Ivane Javakhishvili Tbilisi State University

Am 19. Januar 2011 besuchten der Rektor der Ivane Javakhishvili Tbilisi State University Professor Kvitashvili und die Leiterin des dortigen akademischen Auslandsamts, Frau Gergedava, die DHV Speyer.

Beide Einrichtungen kooperieren bei der Durchführung des georgischen Master-Programms in öffentlicher Verwaltung an der Tbilisier Universität.

Rektor Kvitashvili und Frau Gergedava zu Besuch an der DHV Speyer Foto: DHV

Prof. Kvitashvili nutzte seinen Besuch zu Gesprächen mit Rektor Fisch sowie den Univ.-Prof. Dres. Sommermann, Stelkens, Magiera, Martini sowie Dr. Strohm.

32. Jahrestagung der European Group of Public Administration

Vom 7. bis 10. September 2010 fand in Toulouse die 32. Jahrestagung der European Group of Public Administration statt. Im Rahmen der Permanent Study Group IV „Local Governance and Democracy" fand ein „Special Panel" zum Thema „Decentralization, Regionalization, and Territorial Consolidation: From Incremental Adjustments to ‚Paradigm Shifts' at the Sub-national Level of Government?" statt, welches von Univ.-Prof. Dr. Kuhlmann und Univ.-Prof. Bogumil (RUB) geleitet wurde. Gegenstand des Panels waren die in den Ländern Europas anzutreffenden unterschiedlichen Strategien und Folgen der territorialen und funktionalen Neuorganisation auf subnationaler Ebene.

Die Annual Conference wurde zudem genutzt, um das Sprechergremium der Permanent Study Group V „Regional and Local Government" neu zu formieren. Es besteht nun aus Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann (DHV Speyer), Univ.-Prof. Dr. Martin Laffin (Durham University, UK) und Dr. Ellen Wayenberg (University College Ghent, Belgien). Die Study Group beschäftigt sich mit dem internationalen Vergleich von Lokal- und Regionalverwaltungen sowie mit intergouvernementalen Beziehungen im subnationalen Raum. Auch im Rahmen der Jahrestagung in Bukarest (vom 7.-9. September 2011) wird die Study Group ein Panel organisieren, diesmal zum Thema „Restructuring Sub-Central Government in Europe: Convergent or Divergent Paths?".

Erasmus Staff Exchange Faculty of Social Sciences
Tallinn University of Technology (TTU)

Johannes C. Mayer und Administrative Director Heiki Lemba (r.) im University Council Foto: DHV

Vom 13. März bis 1. April 2011 habe ich im Rahmen eines Erasmus Staff Exchange die Fakultät für Sozialwissenschaften der Tallinn University of Technology besucht.

Im Rahmen des EMPA-Programms bestehen enge Beziehungen zum Vize-Dekan der Fakultät und EMPA-Beauftragten Prof. Drechsler und seinem Team. Einige deutsche Aufbaustudierende haben schon an dem Programm der estnischen Partneruniversität teilgenommen; für das Wintersemester 2011/2012 werden ein bis zwei Studierende aus Tallinn erwartet. Das Programm für den Aufenthalt wurde mit Hilfe von Prof. Drechsler und Prof. Kattel (Director Department for Public Administration) entwickelt.

Die Fakultät für Sozialwissenschaften besteht aus folgenden größeren Einheiten (vergleichbar mit Fachbereichen bzw. Instituten): Department of Public Administration (ca. 600 Studierende), Tallinn Law School (ca. 700 Studierende), Department of Industrial Psychology, Language Center und Sports Center. Die beiden letztgenannten Center haben überwiegend Servicecharakter für alle Fakultäten (v. a. auch im Bereich der Schlüsselqualifikationen).

Der Schwerpunkt des Austausches bestand darin, die Felder Entwicklung und Management von Studiengängen einschließlich des Marketings im Bereich Public Management und Rechtswissenschaften in der dortigen Praxis kennen zu lernen und hieraus Impulse für die eigene Arbeit abzuleiten. Betreut wurde ich während des Austausches von Herrn Prof. Sulev Mäeltsmees, Dekan der Fakultät für Sozialwissenschaften (Fakultätsmanagement/Studien- und Forschungsausrichtung) und Frau Prof. Tiina Randma-Liiv, der Vize-Dekanin für Forschung und Akademische Angelegenheiten (Allgemeines Management der Studiengänge an der Fakultät sowie besondere Studiensituation in Estland).

Die Professoren Kattel (Direktor Department for Public Administration) und Kerikmäe (Direktor Tallinn Law School) führten mich in das dezentrale Management Ihrer Einrichtungen sowie in spezifische Studienprogramme und Forschungsschwerpunkte ein. Durch die Zusammenarbeit und Briefings mit den einzelnen Programmdirektoren konnte ich mich auch über Detailfragen wie Implementierung der Studiengänge der Fakultät (Curriculumsentwicklung, Lehrplanung, Kooperation mit Lehrbeauftragten, Blended Learning) austauschen.

Das Masterprogramm „Technology Governance" sowie einzelne Masterprogramme der Tallinn Law School sind komplett englischsprachig. In einzelnen Studienprogrammen werden auch wichtige Vorlesungen auf Englisch, z. T. von Gastprofessoren oder Gastdozenten angeboten. Die internationale Ausrichtung der Fakultät zeigt sich an der Anzahl von 145 internationalen Studierenden. Damit nimmt die Fakultät für Sozialwissenschaften den Platz 2 in Punkto Internationalität an der TTU ein.

Gruppenbild mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Department for Public Administration/Faculty of Social Sciences Foto: DHV

Ein Spezifikum der verwaltungswissenschaftlichen Studienprogramme liegt darin, dass die Kurszeiten an die Bedürfnisse der überwiegend berufstätigen BA-/MA-Studierenden angepasst werden. Die Kurse finden daher in diesen Programmen überwiegend in der Zeitschiene ab 16.00 Uhr, an Wochenenden (Freitag, Samstag) sowie sehr stark geblockt statt.

Insgesamt sind die Studienprogramme des Departments for Public Administration und der Tallinn Law School stark international-europäisch aus-

gerichtet sowie auf die Felder Technologie, Information und Innovation bezogen. Dies bietet sich bei einer von der Informations- und Computerindustrie geprägten gesellschaftlich-wirtschaftlichen Realität in Estland an. Für E-Stonia ist Folgendes charakteristisch:

EVoting, elektronisch-multifunktionale ID, Bezahlen des Parktickets per Handy, freies W-Lan fast überall sowie Möglichkeit des zügigen Ausfüllens von Steuererklärungen per Mausklick. In einem Gespräch mit einem Dekan konnte ich erfahren, dass dieser seine Steuererklärung innerhalb von drei Minuten ausfüllen und per Mausklick an die zuständige Behörde verschicken konnte!

Schließlich ermöglichten der Verwaltungsdirektor Heiki Lemba (TTU) und seine Abteilungsleiter mir Einblicke in folgende zentrale Aufgabengebiete des Hochschulmanagements: Budget, Human Resources, Research and Development, International Study Center. Sehr innovativ ist das auf bestimmte Regionen bezogene zielgerichtete studiengangsspezifische Marketing des International Study Center.

Fazit: Der Erasmus-Aufenthalt bot mir die Möglichkeit, die eigene Arbeit zu reflektieren und Innovationen und Verbesserungsmöglichkeiten aus einer modernen Technischen Universität mit einer spezifischen Kultur mitzunehmen. Der Aufenthalt hilft zudem dabei, die enge Kooperation zwischen der Fakultät für Sozialwissenschaften der TTU und der DHV Speyer über den regen Studierendenaustausch hinaus in den Bereichen Forschung und Verwaltung zu etablieren.

Johannes C. Mayer

Transportation and Urban Sustainability

The 15th International Conference of Hong Kong Society for Transportation Studies

Die Veranstalter der Tagung Foto: Dr. Agachai Sumalee (HKSTS)

Vom 10. bis 13. Dezember 2010 vertraten die Lehrstühle der Univ.-Prof. Dres. Andreas Knorr und Ulrich Stelkens die DHV Speyer auf der „15th International Conference of Hong Kong Society for Transportation Studies (HKSTS)". Diese internationale und interdisziplinäre Konferenz wird jährlich von der HKSTS und dem Department of Civil and Structural Engineering der Hong Kong Polytechnic University ausgerichtet und hat sich zum Ziel gesetzt, hervorragende Leistungen der Verkehrsforschung und -entwicklung zu fördern und ein Forum für den internationalen Ideenaustausch zu weiteren Entwicklungen in sämtlichen mit dem Transportwesen befassten Bereichen bereitzustellen.

Thema der Konferenz 2010 war „Transportation and Urban Sustainability". Im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Auseinandersetzung standen die Zukunftsfähigkeit städtischer Transportwege und -systeme sowie die künftige Förderung sozialer, ökologischer und finanzieller Nachhaltigkeit multimodaler Transportmöglichkeiten, die in besonderem Maße den Unsicherheiten städtischer Entwicklungen und wirtschaftlicher Einflüsse unterliegen. Denn wie bereits in den die Konferenz einleitenden „Keynote Adresses" deutlich wurde, bildet das Transportwesen das Rückgrat einer funktionierenden und von der öffentlichen Hand bereitzuhaltenden Verbindung privater und geschäftlicher Aktivitäten durch Personen- und Güterverkehr auf Straßen und Schienen, im Wasser wie in der Luft. Die Erhaltung und Anpassung der städtischen Transportsysteme an das zunehmende Transportaufkommen und Mobilitätsbedürfnis stellt die öffentliche Hand ebenso wie die Wirtschaft vor erhebliche Herausforderungen. Das Thema der Tagung spiegelte insbesondere die Notwendigkeit wider, diesen Herausforderungen durch Erarbeitung effektiver Verfahrensweisen, durch analytische Untersuchungen entsprechender Managementstrategien und durch Schaffung notwendiger rechtlicher und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen zu begegnen. Dabei bot die Konferenz eine exzellente Plattform, um die Beziehun-

gen zwischen dem Transportwesen und einer nachhaltigen Stadtentwicklung in diesem Bereich zu beleuchten und im Rahmen eines „interkulturellen Dialogs" und regen wissenschaftlichen Austausches Lösungsstrategien zu erarbeiten und zu diskutieren. Zu diesem Zweck wurden Wissenschaftler und Praktiker aus der ganzen Welt und aus unterschiedlichen Disziplinen eingeladen, ihr Wissen und Erfahrungen sowie ihre Einblicke in und ihre Forschungsergebnisse über die Gestaltung, den Aufbau und die rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen des Transportwesens in ihren jeweiligen Ländern zu präsentieren. Daneben bildeten wissenschaftlich fundierte Methoden zur Fortentwicklung und Koordinierung der Arbeitsabläufe bestehender Transportsysteme einen weiteren Schwerpunkt der Vorträge.

In den vormittags stattfindenden Plenarsitzungen wurden jeweils übergreifende Themen erörtert, die in den sich anschließenden intensiven kleineren Arbeitsgruppen nachmittags näher beleuchtet, weiter konkretisiert und diskutiert wurden. Die Leitthemen der Konferenz reichten von der Gewährleistung nachhaltiger Transportsysteme, einer entsprechenden Flächennutzungsplanung und Bereitstellung funktionsfähiger Netzinfrastrukturen, dem Ausbau intelligenter Transportsysteme im Bereich des Straßen-, Bahn- und Schiffsverkehrs sowie des Lufttransports über die Analyse des Verkehrsaufkommens und Bewegungsverhaltens im Personen- und Güterverkehr, die Verkehrssicherheit bis hin zur Bewältigung der weltweiten Wirtschaftskrise am Beispiel der Automobilindustrie.

In diesem Rahmen präsentierte Melanie Nofz (wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr) ihre gemeinsam mit den Professoren Knorr und Stelkens erarbeiteten Forschungsergebnisse zu „„Cash for Clunkers' and Environmetal Sustainability - A Comparison of the German and US Environmental Bonus Programs" und stellte diese anschließend zur Diskussion.

O. S.

Besuch von der Sun Yat-sen University (Guangdong, China)

Vertreter der im Bereich der Wirtschaftswissenschaften federführenden Sun Yat-sen University (Guangdong, China) besuchten die DHV Speyer am 30. September 2010. Der Besuch knüpfte an eine frühere Kontaktaufnahme von Univ.-Prof. Dr. Lüder (DHV Speyer) und Prof. Ma, Dean der School of Government der Sun Yat-sen Universität an. Die Vertreter der chinesischen Universität, die sich im Rahmen ihrer Europareise unterschiedliche europäische Universitätsmodelle wie die Universität Sankt-Gallen (CH), die DHV Speyer oder die Universität Amsterdam (NL) anschauten, trafen am Donnerstag, 30. September 2010 in Speyer ein.

Vertreter der Sun Yat-sen Universität informierten sich über das Universitätsmodell der DHV Speyer Foto: DHV

Nach einer Begrüßung des Rektors Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch und der Leiterin des Servicebereichs Internationale Beziehungen Dr. Laure Ognois wurde die DHV Speyer von Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr präsentiert. Ferner stellte der Forschungsreferent Andreas Glöckner (FÖV Speyer) die neuesten Erkenntnisse seines aktuellen Forschungsprojekts („Modernising? Public sector accounting in Germany - an example of a research project in Speyer") vor. Prof. Dr. Christian Koch teilte seine im Rahmen des europäisch-chinesischen Rechtsstaatsdialogs (12.-14. Juli 2010) gesammelten Erfahrungen mit und betonte dabei die Wichtigkeit der interkulturellen Kompetenzen für einen fruchtbaren internationalen Austausch in der Forschungskooperation.

Anschließend diskutierten die Vertreter der Yat-sen Universität mit ihren Speyerer Kollegen die Möglichkeit einer Kooperation beider Institutionen in Forschung und Lehre. Beide Institutionen arbeiten bereits mit der SPEA zusammen. Vielleicht ließe sich eine trinationale Kooperation in Zukunft etablieren?

L. O.

Systemmängel in Demokratie und Marktwirtschaft

Sahra Wagenknecht und Arnulf Baring zu Gast auf der 12. Speyerer Demokratietagung

Am 28. und 29. Oktober 2010 fand unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hans-Herbert von Arnim die inzwischen bereits 12. Speyerer Demokratietagung an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer statt.

Sie widmete sich systemischen Defiziten, die zu einem Absinken des Vertrauens in Demokratie und Marktwirtschaft führen. In mehr als zehn Kurzvorträgen stellten ausgewiesene Experten ihre Thesen unter anderem zur Notwendigkeit und Ausgestaltung direkter Demokratie auf Bundesebene, zur Bedeutung von Stabilitätspakt und Schuldenbremse in Zeiten hoher Staatsverschuldung, zu Korruption in Staat und Gesellschaft, zu Vertrauenskrisen in der Demokratie oder zu einer möglichen Aushöhlung der Demokratie durch Europäische Union und Währungsunion vor.

Als Referenten konnte Univ.-Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim u. a. die Professores Dres. Joachim Wieland (DHV Speyer), Hermann Heußner (Fachhochschule Osnabrück), Karsten Fischer (Ludwig-Maximilians-Universität München), Heinz-Günther Borck (Universität Trier), Albrecht Schachtschneider (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg), Gerd Langguth (Universität Bonn) sowie den Autor und Unternehmer Hans-Wolff Graf gewinnen. In moderierten Diskussionen bestand für das Plenum der Tagung im Anschluss an die einzelnen Impulsreferate die Möglichkeit, sich über die aufgezeigten systemischen Mängel in Demokratie und Martwirtschaft intensiv auszutauschen.

Besondere Höhepunkte der Tagung waren die Vorträge der stellvertretende Vorsitzende der Partei Die Linke, Politikerin und Publizistin Sahra Wagenknecht, MdB zum Thema „Hat Marx doch Recht? Die Instrumentalisierung der Politik durch die Wirtschaft" sowie des bekannten Juristen, Publizisten, Politikwissenschaftlers, Zeithistorikers und Autors Univ.-Prof. Dr. jur. Arnulf Baring (Freie Universität Berlin) „Zum Zustand unseres Landes".

Die sehr spannend verlaufenden Diskussionen wurden von Landtagsdirektor i. R. Prof. Dr. Albert Janssen (Hildesheim) beziehungsweise Ministerialrat Dr. Stefan Brink (Mainz) moderiert.

Einen besonderen Eindruck hinterließ die Tagung bei sechs Oberschülern aus dem Maintal, die von

Engagierte Vorträge von Sahra Wagenknecht ...

... und Univ.-Prof. Dr. Arnulf Baring Fotos: DHV

ihrer Schule als Beobachter der Veranstaltung an die DHV Speyer entsandt worden waren und die im Anschluss an die Tagung ihre Facharbeiten über einzelne Aspekte der Tagung verfassten.

Die Vorträge der Tagung werden in der Schriftenreihe der Hochschule veröffentlicht. Bisher erschienen sind die Bände: Demokratie vor neuen Herausforderungen (1997), Adäquate Institutionen: Voraussetzungen für „gute" und bürgernahe Politik? (1998), Direkte Demokratie (1999), Politische Klasse und Verfassung (2000), Reform der Parteiendemokratie (2001), Korruption in Politik und Verwaltung (2002), Die deutsche Krankheit: Organisierte Unverantwortlichkeit? (2004), Korruption (2005), Defizite in der Korruptionsbekämpfung und der Korruptionsforschung (2006), Defizite in Staat und Verwaltung (2007) und Integrität in Staat und Wirtschaft (2008).

2. Speyerer Tage zum Friedhofs- und Bestattungsrecht

Das Bestattungs- und Friedhofswesen befindet sich im Umbruch: Gesellschaftliche Veränderungen, neue Einstellungen zum Tod, zunehmende religiöse Vielfalt, Auflösung traditioneller Familienverbünde aber auch die zunehmende Liberalisierung und Privatisierung von Bestattungsleistungen haben erhebliche Auswirkungen auf das überkommene Friedhofs- und Bestattungsrecht.

Plenum der 2. Speyerer Tage zum Friedhofs- und Bestattungsrecht
Foto: DHV

So zeigte sich bereits 2009 im Rahmen der von Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens geleiteten „2. Speyerer Tage zu kommunalen Infrastrukturen", deren Gegenstand das Friedhofs- und Bestattungswesen als kommunale Aufgabe war,[1] dass ein reger Bedarf an einem jährlich stattfindenden Diskussionsforum vornehmlich zu aktuellen rechtlichen Problemen im Bereich des Bestattungsrechts besteht.

Eine solche Plattform für den regelmäßigen Austausch der mit dieser Materie Betroffenen bieten die aus dem vorgenannten Veranstaltungsformat hervorgegangenen und nunmehr jährlich unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens stattfindenden „Speyerer Tage zum Friedhofs- und Bestattungsrecht", die mit den „2. Speyerer Tagen zum Friedhofs- und Bestattungsrecht" am 9. und 10. September 2010 als eigenständige Tagungsreihe fortgeführt wurden.

Wie bereits im Vorjahr bot die Tagung den rund 100 von Kommunen, Kirchen und Bestattungsunternehmen entsandten Teilnehmern die Möglichkeit, gemeinsam mit den Referenten zu den geschilderten Problemen und Fragestellungen wissenschaftlich fundierte und praxisadäquate Lösungsstrategien zu erarbeiten.

Eröffnet wurde das fachliche Programm von Priv.-Doz. Dr. Dr. Tade Matthias Spranger (Institut für Wissenschaft und Ethik e. V., Bonn) mit einem umfassenden Überblick über die „Aktuelle Rechtsprechung zum Friedhofs- und Bestattungsrecht". Sein „Streifzug" durch die einschlägige Rechtsprechung führte von der „Ordnungsamtsbestattung", die trotz inzwischen erfolgter Kodifizierung in den jeweiligen Ländergesetzen in der Praxis erhebliche Probleme aufwirft, insbesondere hinsichtlich der Voraussetzungen der behördlichen Veranlassung anstelle und auf Kosten des Bestattungspflichtigen, über die mit der Sozialbestattung gemäß § 74 SGB XII verbundenen Probleme hin zum „richtigen" Umgang mit Leichen und Aschen, wobei er besonders auf die Probleme der Ascheteilung, Erinnerungsdiamanten und des Umgangs mit Zahngold einging. Ferner beschäftigte er sich mit der Stellung des Bestatters, dem Grabgestaltungsrecht und dem Planungsrecht, das gerade in diesem Zusammenhang an das derzeit bestehende sittliche, religiöse und weltanschauliche Empfinden der Allgemeinheit gebunden ist. Abgerundet wurde der Vortrag mit einem Ausblick auf die aktuelle Landesgesetzgebung.

Dr. Sabrina Schönrock (Rechtsanwältin, Berlin) widmete sich in ihrem Vortrag der „Haftungsverantwortlichkeit der Friedhofsverwaltung". Nach einer Darstellung der rechtlichen Grundlagen und der einzelnen Aufgaben der Friedhofsverwaltung beschäftigte sie sich eingehend mit den Voraussetzungen und Rechtsfolgen der Haftung aufgrund der Verletzung von Verkehrssicherungspflichten aus dem Privatrecht und unter dem Gesichtspunkt der Amtshaftung.

Dem folgten die Ausführungen von Kurt Wellenstein (Juristischer Referent, Erzbistum Köln) über Aufgaben, Verwaltung und aktuelle Rechtsfragen katholischer kirchlicher Friedhöfe. Unter Veranschaulichung der einschlägigen kirchlichen Vorgaben erörterte er die (Un-)Zulässigkeit einzelner Bestattungsformen und wies darauf hin, dass der kirchliche Friedhof grundsätzlich nur für die Bestattungen der eigenen Kirchengemeindemitglieder gewidmet sei und nach kirchlichem Selbstverständnis zu den inneren Angelegenheiten der Kir-

chengemeinde gehöre. Anders als bei kommunalen Friedhöfen, bei denen lediglich dem Einrichtungszweck Rechnung getragen werden müsse, finde bei kirchlichen Friedhöfen das Selbstbestimmungsrecht des Friedhofsnutzers seine Grenzen in der Glaubensüberzeugung der Kirchengemeinde.

Dr. Ulrich Repkewitz (Rechtsanwalt, Bischofsheim) setzte sich in seinem Vortrag mit der Frage der „Behandlung überflüssiger Friedhofsflächen"[2] auseinander, die insbesondere den rückläufigen Einwohnerzahlen und entsprechend geringeren Sterbefällen verbunden mit den zunehmend nachgefragten alternativen Bestattungsformen geschuldet sind. Diese freien Friedhofsflächen verursachen permanente Kosten für Pflege und Bewirtschaftung und stellen die Friedhofsträger vor erhebliche finanzielle Herausforderungen. Seinem Vortrag stellte er Ausführungen über die Entstehung eines Gemeindefriedhofs voran und präsentierte im Anschluss unterschiedliche Nutzungsmöglichkeiten im Rahmen der Widmung eines Friedhofs sowie die Voraussetzungen der Aufhebung eines Friedhofs.

Im Anschluss hieran präsentierte Prof. Dr. Paul Stelkens (Vorsitzender Richter am OVG Nordrhein-Westfalen a. D., Frechen) eine umfangreiche „Fallstudie über Probleme der Kriegsgräberverwaltung"[3], die insbesondere durch die sich nach 65 Jahren nach dem Krieg veränderte Einstellung in der Bevölkerung aber auch in der Verwaltung zu deutschen wie ausländischen Kriegsgräbern bedingt seien. Trotz dieser Veränderungen wolle der Gesetzgeber aber die Erinnerung an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft als zeitlos gültige Mahnung wach halten. Nach einem umfassenden Einblick in die Rechtslage, wonach eine Rechtspflicht der Kommunen besteht, Kriegsopfergräber zu erhalten, zu pflegen und gegebenenfalls wieder instand zu setzen, erörterte der Referent Lösungsstrategien zu den praktischen Problemen der Pflege und Instandsetzung sowjetischer wie deutscher Kriegsgräber und der Verpflichtung der Kommune zur Anlegung und Fortführung von Gräberlisten.

Prof. Dr. Ernst-Rainer Hönes (Ministerialrat a. D., Mainz) beschäftigte sich schließlich mit dem Thema „Friedhöfe und Denkmalschutzrecht"[4]. Einleitend betonte er, dass Friedhöfe neben den verschiedenartigen Eigenschaften auch Zeugnisse der Kultur seien, deren Integration und Bewahrung häufig tatsächlichen und rechtlichen Schutz bedürfe. Einen wichtigen Beitrag hierzu vermögen der Denkmalschutz und die Denkmalpflege zu leisten, was der Referent am Beispiel des Denkmalschutzrechts der Länder mit Bezug zu den Friedhöfen unter ausführlicher Betrachtung der verfassungsrechtlichen und völkerrechtlichen Voraussetzungen darstellte.

Die im Anschluss an das wissenschaftliche Programm des ersten Veranstaltungstages von Steffen Schwendy (Stadtverwaltung Speyer) geleitete Friedhofs-Führung „Denkmalschutz und Kriegsgräber" auf dem Speyerer Friedhof bot den Teilnehmern einen Einblick in eine mögliche praktische Umsetzung der zuvor besprochenen Themenkomplexe.

Ortsbegehung mit interessanten Beispielen Foto: Friedhofskultur

Auftakt des zweiten Veranstaltungstages bildete der Vortrag von Barbara Meißner (Hauptreferentin, Deutscher Städtetag, Köln) über den „Gestaltungsspielraum für Friedhofssatzungen", die nicht nur Vorschriften über die Benutzung des Friedhofs enthalten, sondern auch Bestimmungen des Ordnungsrechts und darüber hinaus häufig auch reine Verwaltungsvorschriften und Gebührenordnungen. Ein derartiges Nebeneinander unterschiedlicher Regelungen in einer Satzung sei zwar nicht unzulässig, aber aus Gründen der Rechtsklarheit problematisch. Darüber hinaus sei zu beachten, dass der Friedhofsträger nicht völlig frei und willkürlich Regelungen festsetzen kann. Anhand der Leitfassung der Musterfriedhofssatzung des deutschen Städtetages erörterte die Referentin wichtige Regelungen für eine Friedhofssatzung, unter anderem über die Ordnung auf dem Friedhof, Einzelheiten der Bestattung, Rechtsverhältnisse an und Unterhaltung von Grabstätten und Benutzung von Friedhofseinrichtungen.

Hieran schloss sich der Vortrag von Prof. Dr. Gerd Merke (Wiesbaden Business School, Wiesbaden)

über die „Bedeutung der EU-Dienstleistungsrichtlinie für kommunale Friedhofssatzungen - Erste Erfahrungen aus der Praxis" an. Nach einer Beschreibung der Ausgangslage und der Zielsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie (DLR) sowie der nationalen Umsetzung beleuchtete er die Probleme der Umsetzung der DLR in Bezug auf die Gestaltung kommunaler Friedhofssatzungen. Hauptfrage sei hierbei, wer unter welchen Bedingungen auf dem Friedhof arbeiten dürfe, ob Qualifikationsvorgaben gemacht und ob zwischen Inländern und Ausländern differenziert werden dürfe. Im Mittelpunkt seiner Betrachtungen stand die Leitfassung der Musterfriedhofssatzung des deutschen Städtetages, die sich in diesem Zusammenhang in der Praxis bewährt habe.

Abgerundet wurde das wissenschaftliche Programm mit den Ausführungen von Kaspar Luginbühl, lic. Iur. (Rechtsanwalt, Gerichtsschreiber am Bundesverwaltungsgericht, Bern) über „Das Recht auf ein ‚schickliches Begräbnis' in der Schweiz: Rechtsfolgen staatlicher Bestattungsverantwortung". Zunächst skizzierte er die rechtsgeschichtliche Entstehung und Entwicklung des Anspruchs auf ein schickliches Begräbnis bevor er die einzelnen Teilgehalte dieses Anspruchs detailliert erörterte. Hierbei differenzierte er zwischen verfassungsmäßigem und dem zusätzlichen kantonalen, nicht verfassungsmäßigen Anspruch. Während der verfassungsmäßige Anspruch unter anderem eine Bestattung nach lokalen Gepflogenheiten, Recht auf Grabmalgestaltung sowie Beerdigung zu ortsüblicher Zeit gewähre, nicht aber einen grundsätzlichen Anspruch auf staatliche Kostentragung, sollen mit dem kantonalen, nicht verfassungsmäßigem Anspruch unwürdige Armenbegräbnisse durch die Übernahme sämtlicher Bestattungskosten durch die Gemeindekasse vermieden werden. Mit einem Überblick über die preisliche Dimension und vergaberechtliche Aspekte schloss er seinen Vortrag.

Die jeweils an die Vorträge anschließenden Diskussionen haben gezeigt, dass sowohl für Kommunen und Kirchen als auch für private Akteure im Bereich des Friedhofs- und Bestattungswesens tatsächlich viele Fragen ungeklärt bleiben und in der Praxis zum Teil kontrovers beurteilt und gehandhabt werden. Somit sorgten nicht nur die Themenvielfalt und gelungene Zusammenstellung der Referenten, die zum Teil aus ganz unterschiedlichen Perspektiven an die aufgeworfenen Fragestellungen herantraten, sondern gerade auch das „Zur-Verfügung-Stellen" einer gemeinsamen Diskussionsplattform für eine gelungene Fortsetzung der „Speyerer Tage zum Friedhofs- und Bestattungsrecht" als eigenständiges Veranstaltungsformat.

Die Tagungsreihe wird mit den „3. Speyerer Tagen zum Friedhofs- und Bestattungsrecht" am 8. und 9. September 2011 fortgesetzt. Themen der diesjährigen Tagung werden sein: Aktuelle Probleme des öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Friedhofs- und Bestattungsrechts sowie des Friedhofsgebührenrechts, Zusammenarbeit der Kirchen und Kommunen im Friedhofswesen, Einsatz von 1-Euro-Jobbern in der Friedhofsverwaltung, Rechtsfragen und Praxisprobleme der Umbettung und Friedhofssanierung, Bedeutung des postmortalen Persönlichkeitsrechts und der Religionsfreiheit für die Friedhofsverwaltung.

Die Präsentationen der Referenten der „2. Speyerer Tage zum Friedhofs- und Bestattungsrecht" sind für die Teilnehmer zugängig auf der Homepage von Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens unter http://www.dhv-speyer.de/stelkens/ Friedhofsrecht2a.htm.

Ein ausführlicher Tagungsbericht von Edwin Hanselmann ist abgedruckt in: Friedhofskultur 2/2011, S. 10-12 (Teil I) und 3/2011, S. 10-12 (Teil II).

O. S.

1) Vgl. zu den „2. Speyerer Tagen zu kommunalen Infrastrukturen - Friedhofs- und Bestattungswesen als kommunale Aufgabe" vom 17./18. September 2009: http://www.dhv-speyer.de/stelkens/Infrastrukturtage_2009/Infrastrukturen2a.htm sowie die Tagungsberichte von Edwin Hanselmann, in: Friedhofskultur 12/2009, S. 24 - 25 (Teil I) und 1/2010, S. 35 - 36 (Teil II), Jörg Scharrer, in: NVwZ 2010, S. 174 ff. und Olivia Seifert, in: KommJur 2010, S. 134 ff. und in: SpeyerJournal Nr. 16, S. 29 f.

2) Der ausführliche Vortrag kann auf der Homepage der Kanzlei Lohrum & Repkewitz - Rechtsanwälte (http://www.loh-rep.de/) unter der Rubrik ‚Mandanteninfo' eingesehen werden. Die Dateien sind durch ein Passwort geschützt, das Ihnen auf Anfrage seitens der Kanzlei mitgeteilt wird.

3) Vgl. hierzu P. Stelkens, Fallstudie über Probleme der Kriegsgräberverwaltung, in: Friedhofskultur 12/2010, S. 15 - 17 (Teil I) und 1/2011, S. 14 - 16 (Teil II).

4) Vgl. hierzu Hönes, Friedhöfe und Denkmalschutzrecht, in: DÖV 2011, 215 ff.

Kommunale Gebietsreform, interkommunale Zusammenarbeit und Regionalisierung

Seit einigen Jahren ist in fast allen deutschen Bundesländern die Debatte um eine gebietliche Reorganisation der Gemeinde- und Kreisebene (erneut) entbrannt. Am 27. und 28. September 2010 veranstaltete daher Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann zusammen mit Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow an der DHV Speyer eine Tagung zum Thema „Kommunale Gebietsreform, interkommunale Zusammenarbeit und Regionalisierung", die von rund 120 Teilnehmern besucht wurde.

In ihrem Eröffnungsvortrag zum Thema „Gebietsfusion, Kooperation, Regionalisierung: Varianten der Territorialpolitik" konstatierte Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann eine Renaissance territorialer Politiken in ganz Europa, die jedoch unterschiedlichen Reformpfaden folgen. So gilt nach wie vor, dass nordeuropäische Staaten - allen voran Großbritannien - auf großflächige Einheitsgemeinden setzen, wohingegen der südeuropäische Reformpfad (z. B. Frankreich) auf kleinteilige Gebietsstrukturen zielt und interkommunale Kooperationen in den Vordergrund stellt. Beide Ansätze halten Vor- und Nachteile hinsichtlich Effektivität, Effizienz und Legitimität bereit und erfuhren in den vergangenen Jahren Ergänzungen durch Formen der Regionalisierung.

Im Anschluss referierte Prof. Dr. Hans-Günter Henneke als Geschäftsführendes Mitglied des Präsidiums des Deutschen Landkreistages über „Deutsche Landkreise in der Reform: Fusion, Kooperation, Modernisierung" und äußerte hierbei seine Skepsis zu Reformansätzen wie jenen in Mecklenburg-Vorpommern, welche die Bildung von Großkreisen zum Gegenstand haben. Der Reformeifer von Landesregierungen würde - so Hennecke weiter - von Landkreisseite daher auch nur bedingt geteilt.

Als dritter Redner des Tages trat Univ.-Prof. Dr. Janbernd Oebbecke (Universität Münster) an das Rednerpult und gab aus rechtlicher Perspektive unter anderem einen Überblick über die formelle Rechtmäßigkeit und materielle Anforderungen an Kreisgebietsreformen. Vor der Mittagspause referierte schließlich Heinz-Joachim Höfer, Vorsitzender des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz und Bürgermeister der Verbandsgemeinde Altenkirchen und ehrenamtlicher Stadtbürgermeister der Stadt Altenkirchen, zum Thema „Interkommunale Kooperation statt Gemeindefusion?". Er betonte in seinem Referat, dass sich Kooperationen und Fusion nicht gegenseitig ausschließen dürfen, sondern sinnvoll ergänzen müssten. Überdies bräuchte es für interkommunale Kooperationen neben den richtigen Sachthemen und flexiblen rechtlichen Vorgaben auch entsprechendes Personal, das interkommunale Zusammenarbeiten erst ermöglichen würde.

Im zweiten Block des Tagungstages mahnte Univ.-Prof. Dr. Jörg Bogumil (Ruhr-Universität Bochum) den Handlungsbedarf für Gebietsfusionen in Ländern mit kleingliedrigen Gebietsstrukturen, wie etwa Rheinland-Pfalz oder Bayern, an. In seinem Vortrag mit dem Titel „Möglichkeiten und Grenzen von Gebietsreformen als verwaltungspolitische Handlungsoption" empfahl Prof. Bogumil grundsätzlich eine Gemeindegröße von mindestens 15.000 Einwohnern als Maßstab für Territorialreformen zu wählen. Auch Prof. Dr. Martin Junkernheinrich, der Gemeindefusionen aus finanzwissenschaftlicher Sicht erläuterte, befürwortete ähnliche Mindestgrößen für Gemeindegebietsreformen und unterstrich diese These mit Untersuchungen zur Ausgabenintensität rheinland-pfälzischer Verbandsgemeinden, bei der kleinere Gemeinden in der Regel einen höheren Zuschussbedarf auswiesen.

Barbara Meißner vom Deutschen Städtetag referierte im Anschluss über vergaberechtliche Anforderungen an interkommunale Kooperationen und ging in diesem Zusammenhang unter anderem auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs in der Sache „Stadtreinigung Hamburg" ein. Sie erläuterte diesbezüglich die Konsequenzen, die daraus für die kommunale Ebene erwachsen.

Den ersten Tagungstag rundete Dr. Frank Pfeil, Abteilungsleiter Landesentwicklung und Vermessungswesen im Sächsischen Staatsministerium des Innern, mit einem Erfahrungsbericht zur Territorialreform in Sachsen ab. Neben der Vorstellung des Reformkonzeptes ging Dr. Pfeil auch auf erste Ergebnisse der Neuordnung ein, die sich gleichsam in Gänze erst nach ein paar Jahren abbilden.

Am nächsten Morgen knüpfte Dr. Johannes Freiherr von Gayl vom Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern an das Thema Gebietsreform an und referierte über die Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern, sowohl was das vom Landesverfassungsgericht gestoppte „5+0-Modell" als auch das nun beschlossene „6+2"-Modell betraf. Insbesondere betonte Freiherr von Gayl die Reformzwänge, die sich aus der demographischen Entwicklung des Landes ergäben.

Im Anschluss gab Axel Piesker vom Institut für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation Speyer Einblicke in Motive und Hemmnisse der interkommunalen Kooperation und stellte dabei zugleich Er-

gebnisse der Gesetzesfolgenabschätzung zur Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz vor. So seien vor allem Kosteneinsparungen, Bündelung von Fachwissen und die Verbesserung des Verwaltungsangebots Motive für interkommunale Kooperationen, wohingegen persönliche und praktische (technische, räumliche) Faktoren als Hemmnisse genannt wurden.

Das Thema der Regionalisierung griff Thomas Kiwitt, Leitender Technischer Direktor der Geschäftsstelle des Verbands Region Stuttgart, in seinem Vortrag auf und stellte dabei zugleich das Modell der Region Stuttgart vor, wo seit 1994 Aufgaben im Bereich der Raumplanung, regionale Wirtschaftsentwicklung, Regionalverkehrsplanung, etc. wahrgenommen werden.

Den Abschluss der Tagung bildete ein Vortrag von Markus Terodde (Leiter der Stabsstelle Zentrale Steuerung) über die Städteregion Aachen, auf die seit 2009 regional bedeutsame Pflichtaufgaben der Stadt Aachen übertragen wurden.

Isabel Stirn

Speyerer Kommunaltage
Rekommunalisierung der Versorgungsaufgaben

Aktuelle Fragen der Rekommunalisierung von Versorgungsaufgaben waren Thema der Speyerer Kommunaltage, die vom 7. bis 8. Oktober 2010 in der DHV Speyer stattfanden.

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann und Rechtsanwalt Dr. Christian Theobald diskutierten über 100 Gäste aus dem öffentlichen Dienst, der Wissenschaft, Anwaltschaft sowie kommunalen und privaten Wirtschaft über den derzeitigen Stand der Kommunalisierung lokaler Versorgungsaufgaben.

Als erster Referent setzte sich Univ.-Prof. Dr. Manfred Röber (Universität Leipzig) mit der Frage auseinander, ob Rekommunalisierung einen neuen Trend der Modernisierung des öffentlichen Sektors darstellt. Dabei stellte er fest, dass im Zeitverlauf Wechselbewegungen von Privatisierung und Kommunalisierung zu verzeichnen sind. Als Ursachen der gegenwärtigen Kommunalisierungs-Renaissance nannte Prof. Röber insbesondere die Misserfolge bei der Privatisierung und das gewachsene Selbstbewusstsein der Kommunen. Angesichts der historischen Wechselbewegungen von Privatisierung und Kommunalisierung warf er die Frage auf, ob es sich bei der gegenwärtigen Frage der Rekommunalisierung um eine überholte Debatte handelte.

Als nächster Referent gab Helmut Dedy (Stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds) den Teilnehmern einen umfassenden Einblick in die Zukunft der Daseinsvorsorge im Spannungsfeld des Kommunalisierens und Privatisierens. Zunächst klärte er Begriff und Grundlagen der kommunalen Daseinsvorsorge. Als mögliche Gründe für einen neuen Trend zur Rekommunalisierung nannte der Stellvertretende Hauptgeschäftsführer Dedy insbesondere den verstärkten Einzug betriebswirtschaftlicher Denk- und Handlungsweisen in die kommunale Verwaltung. Dem stehen jedoch die Einsichten gegenüber, dass private Aufgabenerledigung keineswegs automatisch effizienter, qualitativ besser oder finanziell günstiger ist und dass kommunale Aufgabenerledigung eine Reihe weiterer Vorteile für die Bürgerschaft mit sich bringt sowie die kommunale Handlungsfähigkeit erhöht.

Als erster Referent im zweiten Block stellte Rechtsanwalt Dr. Christian Theobald Fahrplan und „Stellschrauben" des Konzessionierungsverfahrens nach § 46 EnWG vor. Dabei machte er zunächst Ausgangslage und Rechtsrahmen für das Konzessionsverfahren deutlich. Dr. Theobald machte dabei aufmerksam, dass eine Vielzahl von Konzessionsverträgen bundesweit bis 2014 auslaufen. Beim bestehenden Rechtsrahmen stellte er vor allem auf die Vorschriften der §§ 46 Abs. 2 bis 4 EnWG zu den Konzessionsverträgen sowie auf § 48 EnWG und KAV zu den Konzessionsabgaben ab. Als Ziel des Gesetzgebers sollen laut Urteil des Kartellsenats des BGH vom 16.11.1999 („Kaufering") spätestens alle 20 Jahre die Partner eines Konzessionsvertrages frei darüber entscheiden können, ob die Energieversorgung durch den bisherigen Vertragspartner, durch ein konkurrierendes Versorgungsunternehmen oder durch die Kommune selbst fortgesetzt werden sollte. Zu Fragen der Finanzierung von Rekommunalisierung nahm im Anschluss Wirtschaftsprüfer Rudolf Böck (INVRA Treuhand AG) mit seinem Vortrag Stellung. Zunächst ging er von der Grundüberlegung Netzentgelte aus, bevor er auf die zur Verfügung stehenden Finanzmittel einging. Anschließend bezog Wirtschaftsprüfer Böck Position zu den Themen Finanzierungsformen und Risikoverlauf.

Bei den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln ging Wirtschaftsprüfer Böck auf die Bilanzstruktur eines Netzeigentums ein, bevor er zum Thema der Ermittlung des Zinssatzes für zinstragendes Kapital kam. Hieran schloss er Ausgangsüberlegungen für zinsbelastetes Kapital an sowie einen Vergleich der EK-Verzinsung und Umlaufrenditen.

Als letztes Referat im Rahmen des zweiten Blocks ging Heike Zinram (Leiterin Niedersächsische Kartellbehörde, Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr) auf die kartellrechtlichen Anforderungen beim Wettbewerb um Konzessionsverträge ein. Im Mittelpunkt ihres Vortrages standen der Konzessionsvertrag nach § 46 EnWG, die behördlichen Zuständigkeiten nach dem GW und EnWG, kartellrechtliche Verpflichtungen der konzessionsvergebenden Gemeinde und kartellrechtliche Verpflichtungen des Altkonzessionärs.

Am Beispiel der Landeshauptstadt Dresden machte Reiner Zieschank (Sprecher der Geschäftsführung DREWAG Stadtwerke Dresden GmbH) die Handlungsoption der Rekommunalisierung durch Rückkauf deutlich. Nach einem historischen Aufriss der öffentlichen Daseinsvorsorge in Dresden zog er das Fazit, dass Kommunalwirtschaft am besten in den privatrechtlichen Organisationsformen GmbH/AG mit weitgehender Unabhängigkeit von der Politik funktioniert. Weiter gibt es dennoch keinen Grund, die Gewinne der „natürlichen Monopole" der Privatwirtschaft zu überlassen.

Als nächster Referent gab Dr. Matthias Sandrock (Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Freie und Hansestadt Hamburg) einen Überblick über die Frage der Rekommunalisierung trotz Privatisierung am Beispiel der Freien und Hansestadt Hamburg. Dabei zeigte er zunächst die Welle der Privatisierung im Strommarkt beginnend ab 1988 bis zum Jahr 2002 auf. Anschließend stellte er den Neu-Anfang im Jahr 2008 mit HAMBURG ENERGIE vor, als eigener Energieversorger Hamburgs. Geplant ist dabei die Weiterentwicklung der HAMBURG ENERGIE als städtisches Energieunternehmen über alle Wertschöpfungsstufen (ggf. inklusive Netzbetrieb).

Anschließendes Vortragsthema von Christoph Göbel (Erster Bürgermeister der Gemeinde Gräfelfing und Lehrbeauftragter an der DHV Speyer) war Rekommunalisierung durch horizontale Kooperation. Hierzu stellte er praktische Beispiele und Beweggründe für die interkommunale Zusammenarbeit im Bereich der Energieversorgung vor. Vorteile für die interkommunale Zusammenarbeit vor allem im rechtlichen Bereich sah er vor allem in der größeren rechtsaufsichtlichen Sicherheit und einer breiteren Abfederung wirtschaftlicher und rechtlicher Risiken. Bei den wirtschaftlichen Vorteilen machte er insbesondere die Synergieeffekte aus der Zusammenlegung von Geschäftsfeldern und allgemein geringere Kosten (weniger Netzbetreuungs-, Entflechtungs- und Netzeinbindungskosten) deutlich.

Rekommunalisierung aus verwaltungswissenschaftlicher Sicht in einem internationalen Ausblick war das anschließende Vortragsthema von Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann. Als Gründe der Re-Kommunalisierung nannte sie vor allem das Auslaufen der Verträge mit Privaten sowie die Sicherung gemeinwohlbezogener bzw. kommunalpolitischer Ziele. Bei der Rückkehr des Öffentlichen stellte sie eine Varianz nach Verwaltungsebenen und nach Ländern dar. Bei den Verwaltungsebenen stellte sie Unterschiede fest zwischen der unternehmerischen Tätigkeit der kommunalen Ebene bzw. den Ebenen des Bundes und der Länder. Für Prof. Kuhlmann ist vor allem der anhaltende Druck zur Haushaltskonsolidierung ursächlich für massive Privatisierungsschritte. Bei dem Vergleich der Länder stellte sie das Gepräge öffentlicher Versorgungsleistungen in Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich gegenüber.

Als letzter Referent der Tagung eröffnete Univ.-Prof. Dr. Christoph Reichard mit seinem Vortragstitel „Privatisierung, Kooperation, Rekommunalisierung" Handlungsoptionen und -empfehlungen für die Kommunen. Bei den institutionellen Wahlmöglichkeiten des Staates oder der Kommune als Gewährleister bzw. Auftraggeber stellte er die drei grundlegenden Optionen Eigenleistung, Kooperation und Auslagerung/Privatisierung vor. Im Rahmen der Kooperationsformen stellte Prof. Reichard fest, dass es sowohl die Möglichkeit der Public-Public-Partnerships als auch Public Private Partnerships gibt. Weiter führte er zum Trend zur Rekommunalisierung aus, einschließlich der dafür sprechenden Argumente.

Beim Schlusswort stellten die Referenten mehrheitlich fest, dass die Frage Privatisierung oder Kommunalisierung im Einzelfall nach den nachgefragten Bedürfnissen der Nutzer entschieden werden muss.

Isabel Stirn

22. Europa-Seminar Speyer

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera und Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Karl-Peter Sommermann fand vom 13. bis 15. Oktober 2010 das 22. Europa-Seminar Speyer statt. Die jährlich ausgerichtete Veranstaltung hat sich das Ziel gesetzt, Führungskräften der öffentlichen Verwaltung vertiefte Kenntnisse über die Wirkungen des Unionsrechts auf das Recht und die Praxis in den Mitgliedstaaten zu vermitteln.

Das 22. Europa-Seminar war mit dem Titel „Die Europäische Union im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftkrise" einem Thema gewidmet, das in den vergangenen zwei Jahren nicht nur alle politischen und gesellschaftlichen Ebenen beschäftigt hat. Auch Verwaltung und Justiz sahen sich vor der Aufgabe, die mit der Finanz- und Wirtschaftskrise verbundenen europäischen und nationalstaatlichen Folgeprobleme aufzunehmen und nach geeigneten Lösungen zu suchen.

Die Eröffnungsvorträge von Dr. Jacques Santer (ehem. Präsident der Europäischen Kommission, Luxemburg) und Dr. Matthias Oel (Sonderberater im Kabinett des Präsidenten des Europäischen Rates, Brüssel) befassten sich mit dem Thema „Die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise im europäischen Mehrebenensystem - Vertragstreue oder Vertragsbruch?" und den hierbei zu Tage getretenen politischen wie rechtlichen Herausforderungen.

Univ.-Prof. Dr. Hans Christian Röhl (Universität Konstanz), Peter Görß (Bundesministerium der Finanzen, Berlin) und Dr. Michael Thiel (Europäische Kommission, Brüssel) widmeten sich in ihren Vorträgen der kontrovers diskutierten Frage, ob eine stärkere Regulierung oder aber eine Selbststeuerung der Finanzmärkte in Europa vorzugswürdig sei.

Die Veranstaltung bot den Teilnehmern die Gelegenheit, sich im direkten Gespräch mit Prof. Dr. Jürgen Stark (Mitglied des Direktoriums und des Rates der Europäischen Zentralbank, Frankfurt a. M.) und seinen Mitarbeitern Dr. Peter Rennpferdt und Theodor Martens bei der Europäischen Zentralbank vor Ort einen Überblick über deren institutionelles Regelwerk sowie deren Stellung im Gefüge der Europäischen Union zu verschaffen.

Die Nutzen und die Grenzen staatlicher Beihilfen bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise im Allgemeinen und die Beihilfenkontrolle im Zusammenhang mit dem Bankwesen im Besonderen thematisierten Univ.-Prof. Dr. Wolf Schäfer (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg) und Dr. Karl Soukup (Europäische Kommission, Brüssel). Beide Bereiche wurden angesichts der Niedergänge von angesehenen globalen Finanzinstituten wie beispielsweise Lehman Brothers, aber auch der notwendig gewordenen ‚Rettung' deutscher Landesbanken besonders kritisch betrachtet.

Abschließend wurde die Finanz- und Wirtschaftskrise von Peter Simon (Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments, Straßburg/Brüssel) aus der Sicht des in seiner Kompetenz und damit in seiner politischen Bedeutung durch den Vertrag von Lissabon gestärkten Europäischen Parlaments betrachtet.

Das Konzept, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in ausgewählten thematischen Bereichen durch Gespräche und Erfahrungsaustausch mit Experten aus Wissenschaft und Praxis vertiefte Einblicke in die angesprochenen Fragestellungen zu vermitteln, erwies sich abermals als erfolgreich.

Das 23. Europa-Seminar Speyer findet vom 10. bis 12. Oktober 2011 statt. Nähere Informationen sind unter: http://www.dhv-speyer.de/Weiterbildung verfügbar.

Franziska Kruse

Verwaltungsmodernisierung - Bilanz und Perspektiven

„Verwaltungsmodernisierung - Bilanz und Perspektiven" - unter diesem Titel stand die jährlich stattfindende Tagung zum Thema Verwaltungsmodernisierung unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill vom 13.-15. Oktober 2010 an der DHV Speyer. Die Beiträge nahmen Bezug auf die Finanzkrise und Schuldenbremse als entscheidende Faktoren beim Agieren und Reagieren auf die aktuellen und künftigen Herausforderungen der öffentlichen Verwaltung. Der erste Block „Perspektiven" ging explizit auf Chancen und Herausforderungen der Zukunft ein. Dabei spielten der technische Fortschritt im Sinne einer „vernetzten Verwaltung", „Open Government" und e-Kompetenzen ebenso eine Rolle, wie allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen, wie etwa die demographische Entwicklung. Im Block „Finanzen" stellten Kommunen und Länder konkrete Mittel und Methoden dar, Sparvorhaben zu realisieren und finanzielle Transaktionen transparenter zu gestalten. So präsentierte die Stadtverwaltung Solingen mit „www.solingen-spart.de" ihre Form des Bürgerhaushalts, bei der die BürgerInnen gefragt wurden, wo sie ihrer Meinung nach Möglichkeiten des Sparens der Kommune erkennen. Die Beiträge der Länder zeigten, wie sowohl durch sinnvolle Aufgaben- und Vollzugskritik, als auch durch Benchmarking Sparpotentiale aufgezeigt werden können. Im Block „Personal" wurde im Kern drei Fragen nachgegangen: Wie wird der öffentliche Dienst für künftige Angestellte und Beamte attraktiv gehalten? Wie können heute Angestellte und Beamte weitergebildet werden, um künftige Herausforderungen zu bewältigen? Und wie kann man die Wucht der Auswirkungen des demographischen Wandels auf die öffentliche Verwaltung abfedern? Die Beiträge dazu reichten von „Personalentwicklung in Zeiten knapper Kassen" in Sachsen bis hin zum Thema „Führung und Gesundheit" im Landratsamt Karlsruhe. Der letzte Themenblock unter der Überschrift „Organisations- und Servicekonzepte" zeigte Beispiele der effizienten und effektiven Neugestaltung von Aufbau- und Ablauforganisation der öffentlichen Verwaltung. Konkrete Projekte wie etwa Shared Services aus Sicht des Bundesministeriums des Innern oder der Bürger- und Unternehmensservice des Ministeriums für Inneres und Sport, Rheinland-Pfalz, wurden ebenso vorgestellt, wie das Zukunftsszenario eines Prozessdatenbeschleunigers von Fraunhofer-FOKUS. Weitere Informationen und die Folien der Beiträge finden Sie unter http://www.dhv-speyer.de/HILL/Tagungen/Tagungen-2010/Verw.-Mod/verw-mod_2010.htm.

Forum Subsidiaritätskontrolle

Das unter der wissenschaftlichen Leitung von Frau Univ.-Prof. Dr. Sabine Kropp und Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Karl-Peter Sommermann (DHV Speyer) im Berliner Bundesrat am 18. und 19. Oktober 2010 durchgeführte „Forum Subsidiaritätskontrolle" verfolgte das Ziel, die seit dem 1. Dezember 2009 hinzugewonnenen Kompetenzen für nationale und regionale Parlamente zu bewerten und den Erfahrungsaustausch zwischen Vertretern der Gliedstaaten, dem Bundestag und der Europäischen Kommission anzuregen.

Es befasste sich vor allem mit der Möglichkeit der Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips vor dem Hintergrund der Stärkung der Beteiligungsrechte der nationalen Parlamente und der subnationalen Ebenen durch den Vertrag von Lissabon.

Ort und Zeitpunkt der Veranstaltung erhielten einen überaus aktuellen politischen Bezug, da kurz zuvor Bundesrat und Deutscher Bundestag nach einem Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission erstmals die durch den Vertrag von Lissabon geschaffene Subsidiaritätsrüge ausgesprochen hatten.

In seinem Eröffnungsvortrag beschrieb der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, Univ.-Prof. Dr. Klaus Hänsch, das Subsidiaritätsprinzip als Inbegriff der Europäischen Union. Es sei erklärtes Ziel des damaligen Verfassungskonvents gewesen, keinen Kompetenzkatalog festzuschreiben. Eines seiner Kernanliegen sei vielmehr die bewusste Stärkung der nationalen Parlamente innerhalb der Union gewesen, die mittels der Subsidiaritätsrüge nun Mitwirkungsrechte an der Unionsgesetzgebung erhalten haben.

Im Anschluss mahnte auch Univ.-Prof. Dr. Ingolf Pernice (Humboldt-Universität zu Berlin), dass Subsidiarität sowie ihre Einhaltung nicht stets mit einem Abwehrreflex und einem reaktiven Verhalten im europäischen Einigungsprozess, verknüpft werden dürfe. Das nun etablierte Frühwarnsystem vollziehe eine engere Anbindung an den Entschei-

dungsprozess und überführe die gesetzgebenden Körperschaften in den Mitgliedstaaten in eine „pro-aktive Rolle".

Eine Einschätzung aus Sicht der Europäischen Kommission steuerte Carmen Preising, stellvertretende Referatsleiterin im Generalsekretariat, bei. Subsidiarität sei ein Thema, welches in Deutschland, daneben in Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden und Österreich, oft besonders leidenschaftlich diskutiert werde. Preising bewertete die ersten Erfahrungen mit dem Instrument der Subsidiaritätskontrolle als wichtigen Bestandteil des politischen Dialogs.

Dr. Birgit Daiber (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin) analysierte das infolge des „Lissabon-Urteils" erlassene Integrationsverantwortungsgesetz (IntVG). Die Referentin, die selbst an der Ausarbeitung des Gesetzes mitgearbeitet hatte, sah bei der Integrationsverantwortung der europäischen Gliedstaaten neben den Regierungen besonders die Gesetzgebungsorgane in der Pflicht.

Nach den gesetzlichen Grundlagen und verfahrenstechnischen Neuerungen erläuterte Dr. Sven Vollrath, Leiter des Referats Europa des Deutschen Bundestages, die organisatorischen Details, die sich aus der Umsetzung des IntVG und der neuen Kontrollmechanismen ergeben haben. Hinsichtlich der zuvor hervorgehobenen Informationszuleitung und -verarbeitung vertrat er die Ansicht, dass dem Bundestag inzwischen tendenziell zu viele Unterrichtungspflichten auferlegt worden seien, und dass die Institution ihrerseits zu viele Informationen erhalte, die nicht mehr gewinnbringend verarbeitet werden könnten. Positiv wertete Vollrath daher die Datenbank IPEX, die sich ihm zufolge allmählich von einem reaktiven zu einem pro-aktiven Instrument der interparlamentarischen Willensbildung entwickelt.

Dr. Andreas Maurer (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin sowie Europäisches Parlament, Brüssel) warf sodann einen Blick ins europäische Ausland und verglich die unterschiedlichen parlamentarischen Kontroll- und Informationsrechte in den Mitgliedstaaten. Er betonte deren Vielfalt, die sich sowohl institutionell als auch in tatsächlichen Strategien und unterschiedlichen Verhaltensweisen niederschlage. Nationale Parlamente erhielten die Gelegenheit, sich zu einer Fachfrage zu äußern, negativ, ebenso wie positiv, wie die bisherige Erfahrung zeige, sagte Maurer.

Anhand ausgewählter Länderbeispiele wurden im Folgenden konkrete Regelungen zur Subsidiaritätskontrolle den deutschen Bestimmungen gegenüber gestellt. Univ.-Prof. Dr. David Capitant (Universität Paris I) stellte die mit der Umsetzung verbundenen wesentlichen Probleme im französischen Verfassungsrecht dar. Er hob dabei die besondere politische Aussagekraft des Subsidiaritätsprinzips im zentralstaatlich organisierten Frankreich hervor.

Anschließend beleuchtete Dr. Stephan Förster die komplexen föderalen Strukturen in Belgien. Förster, Delegierter der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft und der Wallonischen Region Eupen in Berlin, verwies auf das zweite Gesetzgebungsorgan Belgiens, das wie der Bundesrat im Rahmen der Subsidiaritätskontrolle als „echte" zweite Kammer behandelt werde. Ihre Außenbeziehungen könnten die belgischen Gliedstaaten ebenfalls selbst regeln. Die Bundesebene werde lediglich informiert, könne aber nicht kontrollierend oder reglementierend eingreifen.

Schließlich steuerte der Präsident des Rates der Autonomen Provinz Trient, Giovanni Kessler, den Abschluss der Außensicht bei. Der Referent, der zugleich dem Verbund der regionalen Parlamente in Europa CALRE vorsteht, betonte, dass nationale Parlamente nun endlich dazu aufgefordert seien, „sich einen Platz im überfüllten Theater der EU zu ergattern".

Die von Dr. Otto Schmuck, Leiter der Europaabteilung der rheinland-pfälzischen Landesvertretung in Berlin, moderierte abschließende Podiumsdiskussion drehte sich um die Kernfrage, wie die Parlamente ihre Kontrollmöglichkeiten erweitern können.

Das Kernanliegen der zweitägigen Weiterbildungsveranstaltung bestand darin, die bestehenden und neuen Kontrollinstrumente nicht nur zu bewerten, sondern zugleich Perspektiven für eine Verbesserung der Verfahrensweisen zu eröffnen. Dabei hat sich diese Kompetenzausübungsregel, der oft der Vorwurf der Etablierung eines „Nebenstaatsorganisationsrechts" entgegengebracht wird, als ertragreiche Quelle für anregende Diskussionen zwischen Wissenschaft und Praxis erwiesen.

F. Kruse und A. Stuchlík

3. Speyerer Tage zu kommunalen Infrastrukturen
Rechtlicher Rahmen der Innenstadtgestaltung

Das von Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens im Jahre 2008 ins Leben gerufene Veranstaltungsformat der „Speyerer Tage zu kommunalen Infrastrukturen" wurde mit den „3. Speyerer Tagen zu kommunalen Infrastrukturen - Rechtlicher Rahmen der Innenstadtgestaltung" am 21. und 22. Oktober 2010 fortgeführt. Ziel der jährlich stattfindenden Tagungsreihe ist es, für Fragen der infrastrukturfördernden und infrastrukturgestaltenden Tätigkeit der Kommunen ein Diskussionsforum vornehmlich zu aktuellen rechtlichen Problemen zu bilden.

Mit seinem einleitenden Vortrag über die „Entwicklung des ‚Stadtgestaltungsrechts'" in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg eröffnete Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens das wissenschaftliche Programm der Tagung, auf der die rechtlichen Möglichkeiten für die Gestaltung attraktiver Stadtzentren in den Blick genommen wurden. Einen Schwerpunkt bildete dabei das Bauplanungs- und Städtebauförderungsrecht. Daneben wurden aber auch bauordnungsrechtliche, straßenrechtliche, polizeirechtliche und gewerberechtliche Instrumente der Innenstadtgestaltung diskutiert sowie die Frage, ob und inwieweit 1-Euro-Jobber zur Innenstadtverschönerung „eingesetzt" werden können.

Der erste Teil der Veranstaltung beschäftigte sich mit dem Schutz vor innerstädtischen Strukturveränderungen und der Erhaltung bestehender Standards. Auftakt bildete der Vortrag von Dieter Lang (Rechtsanwalt, Taylor Wessing, Frankfurt), in dem er Optionen zum „Schutz des innerstädtischen Einzelhandels durch Bauplanungsrecht" aufzeigte. Nach einer vorangestellten Begriffserklärung und Problemschilderung setzte er sich ausführlich mit den konkreten bauplanungsrechtlichen Instrumenten im beplanten wie unbeplanten Innenbereich auseinander, wobei er betonte, dass das BauGB wegen der grundsätzlichen Wettbewerbsneutralität des Planungsrechts nur vor schädlichen städtebaulichen Auswirkungen, nicht aber vor potentieller Konkurrenz des Einzelhandels schütze. Einen weiteren Schwerpunkt seiner Ausführungen bildeten die durchaus möglichen Ansiedlungsverbote und -beschränkungen im Fadenkreuz der Verfassungsgerichte und EU-Kommission. Im Anschluss präsentierte Michael Becker (Hauptreferent Städte- und Gemeindebund NRW, Düsseldorf) im Rahmen seines Vortrages Lösungsstrategien zur „Bekämpfung von Trading-Down-Effekten". Mit einem Überblick über beispielhafte Definitionen dieses Begriffs und der Folgen des Trading-Down-Effektes führte er in die Thematik ein und erörterte am Beispiel von Spielhallen und des Rotlichtmilieus neben planungsrechtlichen Steuerungsmöglichkeiten auch ordnungsrechtliche Aspekte, mit Hilfe derer dem Trading-Down-Effekt entgegengewirkt werden kann.

Der zweite Teil der Veranstaltung widmete sich konkreten Gestaltungsmöglichkeiten zur Innenstadtverschönerung. Zunächst erörterte Dr. Sigrid Wienhues (Rechtsanwältin, Graf von Westphalen, Hamburg) in ihrem Vortrag den rechtlichen Rahmen und ihre Praxiserfahrungen mit sog. „Business-Improvement-Districts" (BID). Hierbei handelt es sich um eine neuartige Form der Public Private Partnership, die der Revitalisierung (verödeter) Innenstadtlagen im Wege der Selbstorganisation ansässiger Grundstückseigentümer und Geschäftsleute begleitet durch einen öffentlichen Rechtsakt dienen sollen. Dieses aus Nordamerika stammende Konzept hat inzwischen in einigen Landesgesetzen Einzug erhalten, die die Referentin darstellte. Am Beispiel des BID „Neuer Wall" in Hamburg zeigte sie detailliert die Aufgaben, die konkreten Schritte zur Umsetzung und Realisierung des „Hamburger Weges" sowie die Anforderungen an den Aufgabenträger auf. Hans Ulrich Weicker (Leiter Stadtplanungsamt Hanau) beschrieb die „Innenstadtentwicklung Hanau: ‚Soziale Stadt' im ‚wettbewerblichen Dialog'", indem er das seit 2002 im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt" geförderte Projekt „Soziale Stadterneuerung Südliche Innenstadt Hanau" vorstellte und die Durchführung und Ergebnisse des europaweiten Vergabeverfahrens im wettbewerblichen Dialog gemäß § 101 Abs. 5 GWB erörterte, womit dem anhaltenden Attraktivitätsverlust der Stadt Hanau begegnet wurde. Im Anschluss hieran berichtete Detlef Böhning (Untere Denkmalbehörde Moers) von seinen „Erfahrungen mit Gestaltungssatzungen als Instrument der Innenstadtgestaltung - Beispiele aus Moers". Im Mittelpunkt der gegenständlichen Gestaltungssatzung standen neben der eigentlichen Gestaltung der Fassaden insbesondere die daran angebrachten Werbeanlagen. Ausschlaggebend für das Gelingen der Stadtbildverschönerung durch eine Gestaltungssatzung sei letztlich die Abstimmung mit allen Beteiligten im Rahmen der Satzungserstellung, die umfassende Begründung und die anschließende konsequente Durchsetzung der Satzungsvorgaben gewesen. Abgerundet wurde der erste Veranstaltungstag mit dem Vortrag von Michael Sauthoff (Vizepräsident am OVG Mecklenburg-Vorpommern,

Greifswald) über „Das Straßenrecht als Instrument der Innenstadtgestaltung". Nach einer Einführung in das Straßenrecht, wobei er die spezifischen Begrifflichkeiten wie öffentliche Straße, Widmung, Gemeingebrauch bzw. Sondernutzung erläuterte, untersuchte er anhand von Beispielen aus der aktuellen Rechtsprechung Instrumentarien für eine verkehrsbezogene Gestaltung von Innenstädten. Er betonte, dass es in diesem Zusammenhang kein einheitliches Instrumentarium gäbe. Einschlägig seien neben dem Straßenrecht u. a. auch das Bauleitplanungsrecht, das Straßenverkehrsrecht, Vorschriften des BImSchG, technische Anleitungen und Regelwerke etc.

Im Rahmen des dritten Teils der Veranstaltung, der sich mit weiteren, vom Städtebaurecht losgelösten Instrumentarien der Innenstadtgestaltung befasste, betrachtete Roland Thomas (Hauptreferent beim Städte- und Gemeindebund NRW, Düsseldorf) „Gefahrenabwehrverordnungen als Instrument der Innenstadtpflege? Von Sauf-, Bettel- und Lungerverboten". Die Erwägungen des Vortages aufgreifend, schilderte er eingangs die kontrovers diskutierte Frage, ob und inwieweit sozial unerwünschte Handlungen wie „Saufen", „Betteln", „Herumlungern" im Wege straßenrechtlicher Instrumentarien verhindert werden können. Nach einer kritischen Auseinandersetzung mit dieser Frage kam er zu dem Ergebnis, dass das Straßenrecht nicht alle Erscheinungsformen des Gemeingebrauchs im öffentlichen Straßenraum regeln und damit nicht jede sozial unerwünschte Handlung vermeiden könne. Hierbei handle es sich vielmehr um rein polizei- und ordnungsrechtliche Erwägungen, die dem Polizei- und Ordnungsrecht vorbehalten bleiben sollten. Hieran anknüpfend erörterte er die Möglichkeiten, Voraussetzungen und Grenzen für ein Verbot unerwünschten Verhaltens im öffentlichen Raum durch ordnungsbehördliche Verordnungen. Dem folgte der Vortrag von Dr. Ulrich Repkewitz (Rechtsanwalt, Lohrum & Repkewitz, Bischofsheim) über „Gewerberechtliche Instrumente der Innenstadtförderung", in dem er die in diesem Zusammenhang gern aufgeführte Behauptung untersuchte, dass durch Anpassung der Ladenöffnungszeiten die Attraktivität der Innenstädte gesteigert werden könne. Nach einer Darstellung der bestehenden rechtlichen Grundlagen zum Ladenöffnungsrecht und den - dem grundrechtlich gewährten Sonn- und Feiertagsschutz geschuldeten - Grenzen für den ausgestaltenden Gesetzgeber im Hinblick auf eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten präsentierte er den Teilnehmern eine vom Ladenöffnungsrecht unabhängige Möglichkeit für verkaufsoffene Sonntage durch Veranstaltung von Märkten, Messen und Ausstellungen. Vervollständigt wurde das wissenschaftliche Programm der Tagung mit den Erwägungen von Dr. Julie-Andrée Trésoret (Richterin am Sozialgericht Mannheim) über „Möglichkeiten, Risiken und Nebenwirkungen des Einsatzes von 1-Euro-Jobbern zur Stadtverschönerung". Nach einer Darstellung der historischen Hintergründe für die Beschäftigung von Transferleistungsempfängern auf Niedrigentgeltbasis erläuterte sie ausführlich und praxisorientiert die Voraussetzungen für die rechtmäßige Beschäftigung von Leistungsempfängern nach dem SGB II in sog. Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (sog. „1-Euro-Jobs") und ging sodann auf die tatsächlichen Einsatzmöglichkeiten im Rahmen der Stadtgestaltung unter Beachtung der Vorgaben - insbesondere aus der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts - näher ein.

Nicht nur in den Vorträgen, auch in den sich anschließenden Diskussionen wurde deutlich, dass ganz unterschiedliche Rechtsgebiete vielfältige Instrumentarien für die Erhaltung und Gestaltung attraktiver Innenstädte bereithalten. Viele Möglichkeiten blieben aber bislang schlicht unerkannt und demzufolge auch ungenutzt. Ebenso kristallisierte sich heraus, dass für das Gelingen jedweder Maßnahmen zur Innenstadtgestaltung vor allem eine hinreichende Beteiligung der Betroffenen im Vorfeld, eine angemessene Begründung von planerischen Entscheidungen und konkreten Maßnahmen sowie schließlich eine konsequente und zeitnahe Umsetzung entscheidend ist.

Die Tagungsreihe wird am 20. und 21. Oktober 2011 mit den „4. Speyerer Tagen zu kommunalen Infrastrukturen - Kommunale Straße: Planung, Nutzung und Finanzierung" fortgesetzt.

Die Präsentationen der Referenten der „3. Speyerer Tage zu kommunalen Infrastrukturen - Rechtlicher Rahmen der Innenstadtgestaltung" sind für die Teilnehmer zugängig auf der Homepage von Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens unter http://www.dhv-speyer.de/stelkens/Infrastrukturen3a.htm.

Ein ausführlicher Tagungsbericht von Julia Olbrich ist abgedruckt in: NVwZ 2011, 89 ff.

O. S.

35 Jahre Verwaltungsverfahrensgesetz
Bilanzen und Perspektiven

Vom 9. bis 11. Februar 2011 fand an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften (DHV) Speyer unter der wissenschaftlichen Leitung der Univ.-Prof. Dres. Hermann Hill, Karl-Peter Sommermann, Ulrich Stelkens und Jan Ziekow die staatswissenschaftliche Fortbildungstagung „35 Jahre VwVfG - Bilanzen und Perspektiven" anlässlich des 35-jährigen Bestehens des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) statt.

Vortrag von Univ.-Prof. Dr. Veith Mehde (Leibniz Universität Hannover) Foto: DHV

Das im Mai 1976 im Bundesgesetzblatt verkündete fachgebietsübergreifende VwVfG des Bundes bildete einen Meilenstein in der Geschichte des Verwaltungsrechts, mit dem das langjährige Desiderat nach rechtsstaatlich festgeschriebenen Verfahrensregeln verfolgt wurde. Allerdings bedurfte es auch nahezu 20 Jahre andauernder Vorarbeiten, bis das VwVfG schließlich am 1. Januar 1977 in Kraft treten konnte.

Der große zeitliche Vorlauf deutet bereits an, dass die Entstehung und die Einführung dieses Grundlagenwerkes nicht ohne erhebliche Diskussionen, sowie Abstimmungs- und Arbeitsrunden möglich waren. Im Rahmen des Entstehungsprozesses wurde ein Musterentwurf durch eine eingerichtete Bund-Länder-Kommission zu diesem Themenkomplex erarbeitet, der wiederum Anlass zu weiteren Diskussionen über die Notwendigkeit einer derartigen Kodifikation und die rechtliche Ausgestaltung des Entwurfs bildete. Teilweise wurden etwa Bedenken dahingehend geäußert, dass mit einer Kodifikation der Verlust von Flexibilität des Verwaltungshandelns einhergehe. Wie neben der Entwicklungsgeschichte des VwVfG und dessen Anwendung in der Rechtspraxis auch die durchgeführte Tagung in Speyer zeigte, wurden diese Bedenken nicht bestätigt. Vielmehr wurde durch die Kodifikation ein wichtiger Schritt hin zu mehr Rechtsklarheit und Rechtssicherheit für den Bürger vollzogen, der einen enormen und nachhaltigen Fortschritt im Staat-Bürger-Verhältnis darstellt: Das VwVfG dient als Anker und Richtschnur des Verwaltungshandelns, indem allen an einem Verfahren Beteiligten ihre Rechte und Pflichten im Verwaltungsverfahren vor Augen geführt werden. Heute ist das VwVfG integraler Bestandteil des Verwaltungshandelns auf allen Ebenen des Staates.

Die Tagung bot die Möglichkeit, gemeinsam mit den zahlreichen namhaften Teilnehmern aus Anwaltschaft, Rechtsprechung, Verwaltungspraxis und Wissenschaft Bilanz darüber zu ziehen, wie die Verwaltungsverfahrensgesetze von den verschiedenen Akteuren in Anwaltschaft und Verwaltungspraxis, bei Gericht und von den Bürgern wahrgenommen und angewandt werden. Darüber hinaus galten die Referate und Diskussionen der Frage, welche Perspektiven für das Verwaltungsrecht im Hinblick auf neue Entwicklungen bestehen.

Im Rahmen der Begrüßung zeichnete Prof. Dr. Hermann Hill (DHV Speyer) die Entwicklung des Verwaltungsverfahrensrechts nach und leitete in das fachliche Programm der Tagung über. Staatssekretärin Cornelia Rogall-Groth (Bundesministerium des Inneren, Berlin) präsentierte in ihrem Eröffnungsvortrag aus Bundessicht die Bilanz aus und Perspektiven nach 35 Jahren VwVfG. Dem folgte der Zwischenruf von Univ.-Prof. Dr. Thomas Groß (Universität Frankfurt am Main) zu „Stuttgart 21 - Folgerungen für Demokratie und Verwaltungsverfahren".

Der sich anschließende Teil der Veranstaltung beschäftigte sich mit der Wahrnehmung und Bedeutung des Verwaltungsverfahrensrechts aus Sicht der Anwender. Nach der Darstellung der Sicht der Anwaltschaft durch Prof. Dr. Hans-Jörg Birk (Rechtsanwalt, Stuttgart/Vorsitzender des Beirats Verwaltungsverfahrensrecht beim Bundesministerium des Inneren, Berlin) berichtete Dr. Andreas Metschke

(Vizepräsident der Regierung von Unterfranken, Würzburg) aus der Sicht der Verwaltung. Dr. Jürgen Held (Vorsitzender Richter am Oberverwaltungsgericht Koblenz) beleuchtete seine Rolle als Beobachter und Kontrolleur der Verwaltungsverfahren aus Sicht der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow (DHV Speyer, Direktor des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung [FÖV] Speyer) vertrat in seinem Vortrag „Governance des Verwaltungsverfahrens als Aufgabe des Verwaltungsverfahrensrechts" die Sicht eines Wissenschaftlers.

Der mit dem Titel „Das VwVfG im europäischen Kontext" überschriebene Veranstaltungsteil wurde von Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Kahl (Universität Heidelberg) mit seinen Ausführungen zur „Entwicklung des Rechts der Europäischen Union und der Rechtsprechung des EuGH" eröffnet. Anschließend wurden die Entwicklung des Verwaltungsverfahrens einzelner EU-Mitgliedstaaten, die sich z. T. erheblich in ihren Verwaltungstraditionen unterscheiden, in den Blick genommen. Univ.-Prof. Dr. Jacques Ziller (Università di Pavia) übernahm die Darstellung der Entwicklung des Verwaltungsverfahrens in Frankreich, Prof. Dr. Diana-Urania Galetta (Università degli studi di Milano) in Italien und Prof. Dr. Andrzej Wróbel (Institut für Rechtswissenschaften, Universitas Varsoviensis) in Polen. Vervollständigt wurden diese Ausführungen durch eine „Rechtsvergleichende Bilanz" von Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann (DHV Speyer).

Der folgende Programmpunkt beschäftigte sich eingehend mit dem Thema „Das VwVfG und der Kodifikationsgedanke". Univ.-Prof. Dr. Martin Burgi (Universität Bochum) und Univ.-Prof. Dr. Dr. Wolfgang Durner (Universität Bonn) debattierten über die „Reform der Öffnungskontrollen und des förmlichen Verfahrens". Dem folgten die Überlegungen von Lorenz Prell (Regierungsdirektor, Referent im Bundesministerium des Innern, Berlin) zur „Simultangesetzgebung von Bund und Ländern im Verwaltungsverfahrensrecht: Notwendigkeit und Umsetzungsmechanismen". Dr. Klaus Schönenbroicher (Ministerialrat, Referatsleiter im Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf) befasste sich mit der Frage „VwVfG, AO, KAG, SGB X und UGB? Wie viele ‚Säulen' braucht das Verwaltungsverfahrensrecht?". Abschließend setzte sich Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens (DHV Speyer) mit „Kodifikationssinn, Kodifikationseignung und Kodifikationsgefahren im Verwaltungsverfahrensrecht" auseinander.

Abgerundet wurde das fachliche Programm der Tagung mit Überlegungen zu dem Thema „Das VwVfG vor neuen Herausforderungen": Dr. Kay Ruge (Beigeordneter, Deutscher Landkreistag, Berlin) beleuchtete in seinem Vortrag „Informations- und Kommunikationstechniken sowie Innovationsmanagement". Univ.-Prof. Dr. Veith Mehde (Leibniz Universität Hannover) befasste sich mit „Haushaltskonsolidierung und betriebswirtschaftliche Steuerung". In seinem Beitrag über „Verwaltungsverfahren bei unerwarteten und ungewissen Ereignissen und Entwicklungen" reflektierte Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill (DHV Speyer) schließlich über die Aufnahme neuer Ansätze und Innovationen in das VwVfG.

In den Diskussionen wurde deutlich, dass nach ganz überwiegender Ansicht die Vorteile der Kodifizierung der Grundsätze für das Verwaltungshandeln überwiegen. Die Rezeption der Kodifikation in allen relevanten Fachbereichen und die seit nunmehr 35 Jahren erfolgreich ausgeübte Verwaltungspraxis zeigt, dass die Kodifikation keine Behinderung der Verwaltungstätigkeit, sondern vielmehr eine solide Basis ist, von der aus auch neue Entwicklungen und Tendenzen in der Verwaltungsrechtspraxis aufgenommen werden konnten und wurden. Das VwVfG ist insofern Neuerungen immer aufgeschlossen gewesen, ohne Bewährtes unkodifiziert zu lassen. Demgegenüber wurde insbesondere der Umgang mit neuen Herausforderungen kontrovers diskutiert, was letztlich mit der Frage nach Funktion und Aufgabe des VwVfG zusammenhängt.

Die einzelnen Vorträge werden als Tagungsband in der Schriftenreihe der Hochschule Speyer im Verlag Duncker & Humblot veröffentlicht.

A. D./O. S.

Verleihung des Johann Joachim Becher-Preises 2010

Mit einem Festvortrag von Albert Speer

Die Gäste der Festveranstaltung anlässlich der Verleihung des Johann Joachim Becher-Preises 2010 in der Aula der DHV Fotos: DHV

Am 18. November 2010 verlieh die Johann Joachim Becher-Stiftung Speyer erneut den Johann Joachim Becher-Wissenschaftspreis. Ausgelobt war dieser zum Thema „Mobilität mit Intelligenz - Strategien für die Bewältigung der logistischen Herausforderungen der Zukunft". Becher-Preisträger 2010 ist Dr. Stefan Walther. Er erhielt die mit 5.000 Euro dotierte Auszeichnung für seine in der Fraunhofer-Arbeitsgruppe für Supply Chain Services SCS, Nürnberg, verfasste Arbeit „Industrializing Transportation Services - With Special Reference to European Over-the-Road Truckload Carriers" am 18. November 2010 in der Aula der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Zwei mit je 1.000 Euro dotierte Anerkennungspreise gehen an Dr. Timo Bertocchi für seine an der Universität Kassel entstandene Arbeit „Einsatzbereiche von ÖPNV-Bedienungsformen im ländlichen Raum" sowie an Dr. Hartwig Haase für seine an der Universität Magdeburg verfasste Arbeit „MoMo - Modulare Mobilität in urbanen Ballungsräumen".

Den Festvortrag hielt Professor Dipl.-Ing. Albert Speer, Frankfurt am Main, zum Thema „The Post-Oil City - Die Zukunft der Stadt". Speer ist der Autor des 1969 geschaffenen Speer-Plans bezüglich der Stadterneuerung Speyer. Der Speer-Plan entwarf damals grundsätzliche und konkrete Antworten für eine „integrierte Stadtentwicklung" erinnerte Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann im Rahmen der Festveranstaltung zur Verleihung des Becher-Preises. Der Plan habe Stadterweiterung durch Wachstum in den Außenbezirken und Eingemeindungen und Innenstadtsanierung erfasst. Speer warf nun in seinem Vortrag in einem zeitlichen Abstand von mehr als 40 Jahren zu seinem Konzept einen Blick auf die Zukunft der Stadt im 21. Jahrhundert, passend zum Thema des Becher-Preises 2010.

Sehr plastischer Vortrag von Albert Speer

Thematischer Hintergrund des Preises 2010 war, dass Raum und Zeit dem Transport von Menschen, Gütern, Energie und Information, befördert durch technische Entwicklungen und globales Wirtschaften, immer weniger Grenzen setzen.

„Noch schneller, noch weiter" scheint die Devise; man spricht gar vom „Tod der Distanz". Auf diesem Trend sind große Erfolge erzielt worden, wie allein die weltweite Arbeitsteilung mittels komplexer Logistikketten zeigt. Am Horizont zeichnen sich gleichwohl neue Grenzen für Verkehr und Logistik ab. Sie haben Ursachen in der Verknappung der Energieressourcen bzw. in steigenden Energiepreisen, in der Notwendigkeit, Schadstoffemissionen zu reduzieren, in der mittlerweile erreichten Verkehrsdichte oder im Finanz- und politischen Aufwand für Verkehrsinfrastruktur. Dies führt zwangläufig zu der Frage, ob Alternativen zu den bisherigen Verkehrs- und Logistiktrends vorstellbar sind.

Die Veranstalter, Preisträger und Ehrengäste der Festveranstaltung am 18. November 2010

Die drei ausgezeichneten Wettbewerbsarbeiten und der Festvortrag werfen Licht auf diese Zusammenhänge. Ausgezeichnet wird eine Arbeit über Individual- und öffentlichen Verkehr im Ballungsraum (mit standardisierten, auf bevorzugten Trassen elektrisch angetriebenen Kabinen, deren Bewegungen mit Informationstechniken wie Mobilfunk und Navigationssystemen optimiert werden), eine Arbeit über öffentlichen Personennahverkehr in der Region (basierend auf einem Simulationsmodell werden der Verkehrsplanung Vorschläge für herkömmliche und innovative Bedienungsformen in Abhängigkeit von Siedlungsstruktur, Verkehrsnachfrage und Kostenstrukturen gemacht) und eine Arbeit über eine Neuausrichtung des großräumigen Gütertransports in Europa (durch Industrialisierung des Straßengüterverkehrs, einschließlich intermodaler Bezüge wie zwischen Schiene und Straße, verspricht sich der Autor mehr Ordnung und Professionalität im europäischen Güterverkehr, mit partieller Verkehrsvermeidung sowie Reduzierung von Verkehrsdichte, Schadstoffausstoß und Ressourcenverbrauch). Professor Albert Speer wird seine Vorstellungen über die gegenwärtigen und absehbaren Bedingungen der Raumnutzung in der Stadt der Zukunft entwickeln.

Die J. J. Becher-Stiftung ehrt mit den regelmäßig ausgelobten Wissenschaftspreisen ihren 1635 in Speyer geborenen Namensgeber, den Universalwissenschaftler Johann Joachim Becher, indem sie seine Themen aufgreift und vor den Hintergrund unserer Zeit stellt.

Die Johann Joachim Becher-Gesellschaft feiert ihr 20-jähriges Jubiläum

Am 11. März 1991 gründete eine Gruppe von elf Personen um den damaligen Oberbürgermeister der Stadt Speyer, Christian Roßkopf, den Speyerer Univ.-Prof. Dr. Carl Böhret und den damaligen Werksleiter der einstigen Siemens-Niederlassung Hermann Wagner die Johann Joachim Becher-Gesellschaft.

Ihr Ziel war und ist das Zusammenbringen wissenschaftlicher Ansätze mit der Praxis. Mit diesem Ziel steht die Gesellschaft seit ihrer Gründung in einer engen Beziehung zur Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Univ.-Prof. Dr. Carl Böhret, Ehrenvorsitzender der J. J. Becher-Gesellschaft
Foto: DHV Archiv

Ihren Namen verdankt die Vereinigung dem 1635 in Speyer geborenen Universalgelehrten Johann Joachim Becher, einem interdisziplinären Vordenker, Naturwissenschaftler, Mediziner, Ökonom, Philologen, Publizisten und Verwaltungswissenschaftler sowie wegweisenden Vordenker des Merkantilismus und bedeutenden Mitbegründer des Kameralismus.

Heute gehören der Johann Joachim Becher-Gesellschaft 105 Mitglieder, darunter 92 Einzelpersonen und 13 Institutionen an. Die Gesellschaft hat sich zu einer festen Größe in Speyer entwickelt, die uneigennützig Projekte zum Wohle der Gemeinschaft fördert.

Am 11. März 2011 beging die Gesellschaft ihren 20. Geburtstag in einer Feierstunde im runden Vortragssaal der DHV Speyer.

Der Speyerer Oberbürgermeister Hansjörg Eger, Univ.-Prof. Dr. Carl Böhret und der 1. Vorsitzende der Gesellschaft, Hans-Joachim Spengler, blickten in ihren Festansprachen auf zwanzig sehr erfolgreiche Jahre zurück, in denen die Gesellschaft unter anderem die Themen „Kampf der Kulturen“ und „Energiepolitik der Zukunft“ aufgegriffen und die Eröffnung des Johann Joachim Becher-Hauses als Gedenkstätte erreicht habe.

Seit 2000 vergibt darüber hinaus die 1997 von der Gesellschaft gegründete Johann Joachim Becher-Stiftung den mit 5.000 Euro dotierten Becher-Wissenschaftspreis.

Auch informiert die Stiftung in regelmäßig herausgegebenen Broschüren ihre Mitglieder über die Ereignisse innerhalb der Gesellschaft und gibt eine eigene wissenschaftliche Schriftenreihe heraus, die mittlerweile 28 Bände umfasst. Zu den Gratulanten auf der Festveranstaltung gehörte auch der Rektor der DHV Speyer, Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch.

Netzwerk Betriebliche Gesundheitsförderung weiter ausgebaut

Betriebliches Gesundheitsmanagement ist heute Bestandteil moderner Unternehmensführung. Wichtiger Verbündeter dabei ist seit 2004 das „Netzwerk Betriebliche Gesundheitsförderung Speyer", das von der Kreis- und Stadtsparkasse Speyer, der Deutschen Rentenversicherung Rheinland-Pfalz, der Stadtverwaltung Speyer und der Stadtwerke Speyer GmbH gegründet wurde.

Im Beisein von Bürgermeisterin Monika Kabs und der bereits beteiligten acht Netzwerkpartner wurden die Leitlinien zur „Betrieblichen Gesundheitsförderung" unterschrieben von (sitzend v. l. n. r.): Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz (Kurt Ertel), St. Vincentius-Krankenhaus Speyer (Klaus Diebold), Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften (Christiane Müller), Mann + Hummel (Heike Späth), Bistum Speyer (Wolfgang Jochim) Foto: DHV-Archiv

Verstärkt wurde das Netzwerk am 8. Februar 2011 im Augustinersaal der Sparkasse Speyer durch fünf neue Partner: Bistum Speyer, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Mann + Hummel, St. Vincentius-Krankenhaus.

Gesundheit ist ein hohes Gut, sowohl für jeden Einzelnen als auch für Gesellschaft und Wirtschaftsunternehmen. Modernes betriebliches Gesundheitsmanagement setzt nicht mehr nur auf Rückentraining und Arbeitsschutz, sondern baut auf eine insgesamt gesundheitsfördernde Unternehmenskultur.

Das Netzwerk Betriebliche Gesundheitsförderung Speyer bildet eine Plattform für Unternehmen und Institutionen, die in der betrieblichen Gesundheitsförderung aktiv sind oder es werden wollen.

Die Bedürfnisse der Mitarbeiter und der Betriebe stehen im Mittelpunkt. Gleichzeitig beugt man Krankheiten am Arbeitsplatz vor, stärkt die Gesundheitsreserven und verbessert das Wohlbefinden am Arbeitsplatz. Dazu gehören verbesserte betriebliche Rahmenbedingungen und das Fördern eines gesunden Lebensstils. Ausreichende Bewegung, gesunde Ernährung, Stressabbau und Rauchentwöhnung können die Gesundheit der Beschäftigten entscheidend verbessern. Die Vorteile des Netzwerks stehen für die Leiter der beteiligten Behörden und Betriebe fest: Durch die kooperative Zusammenarbeit kann man den Mitarbeitern ein breit gefächertes Angebot gesundheitsfördernder Maßnahmen zudem auch kostengünstig anbieten.

Das Netzwerk „Betriebliche Gesundheitsförderung Speyer" besteht derzeit aus 13 Partnern:

- Kreis- und Stadtsparkasse Speyer
- Deutsche Rentenversicherung Rheinland-Pfalz
- Stadtverwaltung Speyer
- Stadtwerke Speyer
- Diakonissen Speyer-Mannheim
- Finanzamt Speyer-Germersheim
- Gewo Speyer
- Evangelische Kirche der Pfalz
- Bistum Speyer
- DHV Speyer
- Landesbetrieb Mobilität
- Mann + Hummel
- St. Vincentiuskrankenhaus Speyer.

Familienfreundlichkeit und Gesundheit an der DHV Speyer

Seit einigen Jahren ist die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer Mitglied des „Runden Tisches zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf" der Stadt Speyer und konnte durch ihre aktive Mitarbeit einen wichtigen Beitrag zur familiengerechten Gestaltung der Arbeits- und Studienplätze erzielen.

Dieses soziale Netzwerk hat durch gezielte Zusammenarbeit der einzelnen Behörden und Einrichtungen viele Projekte und Kooperationen entstehen lassen.

Erfolgreich gestartet ist die Kindertagesstätte „Kinderland Tafelsbrunnen". In dieser sozialen Einrichtung, die in Eigeninitiative von den Bündnispartnern aufgebaut wurde, können zehn Mitarbeiterkinder ab 2 Monaten bis 3 Jahre betreut werden. Die Öffnungszeiten wurden mittlerweile erweitert - die Nachfrage ist enorm.

Darüber hinaus wurde der „Förderverein Beruf und Familie Speyer" gegründet, der das Projekt zusätzlich unterstützt.

Ein ebenfalls erfolgreiches Projekt ist die Ferienfreizeit „Wilde 13", die in den Sommerferien sowie in den Herbstferien angeboten wird und den Arbeitszeiten der Eltern angepasst ist.

Verfügbar in Betreuungsengpässen sind die Notfallbörse des Runden Tisches und die Kinderbetreuungsdatenbank der Metropolregion Rhein-Neckar (Zugriff über das Intranet der DHV Speyer).

Ein neues Modellvorhaben wendet sich einer Hausaufgabenbetreuung speziell für Kinder in weiterführenden Schulen zu. Geplant ist ein Mittagstisch kombiniert mit einem Nachmittagsangebot. Der Arbeitskreis „Runder Tisch" arbeitet bereits an einem Konzept, da der Start schon zum neuen Schuljahr nach den Sommerferien geplant ist.

Beruf und Pflege zu vereinbaren, stellt Beschäftigte wie Arbeitgeber vor eine Herausforderung. Der Runde Tisch wird auch über dieses Thema immer wieder informieren, da bei einer plötzlich auftretenden Pflegesituation teilweise gravierende Umstellungen im Alltag zu organisieren sind. Hilfreiche Informationen bietet die Broschüre „Lichtblick", die ebenfalls im Intranet zur Verfügung steht.

Ansprechpartnerin der DHV Speyer für Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist neben der Hochschulleitung Frau Claudia Wiora (Tel.: 654-272; E-Mail: wiora@dhv-speyer.de).

Betriebliches Gesundheitsmanagement ist heute ein wichtiger Bestandteil nahezu jeden modernen Unternehmens. Auch an der DHV Speyer ist die Gesundheit der Mitarbeiter von großer Bedeutung.

Seit Februar 2011 ist die Hochschule offizielles Mitglied des „Netzwerkes Betriebliche Gesundheitsförderung Speyer". Durch die kooperative Zusammenarbeit mit den beteiligten Unternehmen und Verwaltungen kann den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein breit gefächertes Angebot gesundheitsfördernder Maßnahmen kostengünstig angeboten werden.

Der aktuelle Kursplan ist im Intranet der DHV Speyer abrufbar. Etliche Angebote wurden bereits von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern genutzt.

Auch an der aktuellen Netzwerk-Aktion „Weg-mit-dem-Speck" haben sich an der Hochschule Mitstreiterinnen und Mitstreiter gefunden, die die Fastenzeit nutzen, um etwas für ihre Gesundheit zu tun.

Kooperationspartner des Netzwerkes bieten in diesem Zeitraum verschiedene Aktionen an, wie zum Beispiel Vorträge über gesunde Ernährung oder Gutscheine zur verbilligten oder gar kostenfreien Nutzung ihrer Fitnesseinrichtungen.

Die Taberna der DHV Speyer unterstützt diese Aktion in unserem Haus und spendierte zum Auftakt einen Obstkorb. Zusätzlich wird für diesen Zeitraum für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer täglich ein „Fitness-Teller" angeboten. Das freundliche Engagement von Herr Gast und seinem Team erleichtert damit sicher das Abnehmen unserer Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Ansprechpartner der DHV Speyer für das Netzwerk Betriebliche Gesundheitsförderung sind neben der Hochschulleitung Frau Claudia Wiora (Tel.: 654-272; E-Mail: wiora@dhv-speyer.de) und Herr Klaus-Dieter Schütt (Tel.: 654-236; E-Mail: schuett@dhv-speyer.de).

Claudia Wiora

Personalia (1. Oktober 2010 bis 31. März 2011)

a) Einstellungen

01.10.2010 Hengstwerth, Stephanie, Dipl.-Volkswirtin, wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Frau Univ.-Prof. Dr. Färber

01.10.2010 Becker, Peter, Prof. Dr., Gastprofessor

01.11.2010 Brandl, Julia, Priv.-Doz. Dr., Lehrstuhlvertretung am Lehrstuhl für Personal, Führung und Entscheidung im öffentlichen Sektor

01.11.2010 Ammerich, Florian, wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini

01.01.2011 Sossong, Peter, Dipl.-Kaufmann, wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Mühlenkamp

01.01.2011 Elsäßer, Marc Stefan, Dipl.-Ökonom, wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wirtz

21.02.2011 Hipp, Claudia, Assessorin, wiss. Mitarbeiterin bei einem von Herrn Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Sommermann wiss. begleiteten Projekt

16.03.2011 Mrozowski, Anke, Dipl.-Soziologin, wiss. Mitarbeiterin beim FKS unter der wiss. Ltg. von Herrn Univ.-Prof. Dr. Hill

b) Ausscheiden

14.10.2010 Mirschberger, Michael, Assessor, wiss. Mitarbeiter unter der wiss. Ltg. von Herrn Univ.-Prof. Dr. Weiß und Herrn Univ.-Prof. Dr. Stelkens

15.10.2010 Magin, Christian, Dr., wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Mühlenkamp

15.10.2010 Piehler, Robert, M.A., wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wirtz

31.10.2010 Schoppa, Katrin, Assessorin, wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini

31.10.2010 Heinelt, Marie-Sophie, M.A., wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Frau Univ.-Prof. Dr. Kropp

23.11.2010 Weibel, Antoinette, Univ.-Prof. Dr., Inhaberin des Lehrstuhls für Personal, Führung und Entscheidung im öffentlichen Sektor

31.12.2010 Ladke, Anke, Beschäftigte in der Verwaltung

28.02.2011 Nick-Magin, Stefanie, Dr., wiss. Mitarbeiterin beim FKS unter der wiss. Ltg. von Herrn Univ.-Prof. Dr. Hill

31.03.2011 Becker, Peter, Prof. Dr., Gastprofessor

c) 25-jähriges Dienstjubiläum

16.03.2011 Bibliotheksoberinspektorin Heide Gläßgen-Stehr

Promotionen im Wintersemester 2010/2011

Richard Heidler, Evolution und Struktur von Wissenschaftsnetzwerken am Beispiel der Astrophysik, Veröffentlichung in Vorbereitung, Gutachter: D. Jansen/U. Schmoch

Sebastian Ullrich, Internetbasierte Internationalisierung - Entscheidungsfindung, Umsetzung und Erfolgsmessung, Wiesbaden 2011, Gutachter: W. Wirtz/H. Mühlenkamp

Michael Kleinmann, Nebentätigkeiten und Nebeneinkünfte kommunaler Wahlbeamter - unter besonderer Berücksichtigung des rheinland-pfälzischen Landesrechts, Veröffentlichung in Vorbereitung, Gutachter: D. Merten/K.-F. Meyer

Armin König, Partizipative Entwicklungsplanung für Gemeinden im demographischen Wandel. Potenziale lokaler Governancestrategien in komplexen kommunalen Veränderungsprozessen, Veröffentlichung in Vorbereitung, Gutachter: G. Schwarting/H. Hill

Stefanie Nick-Magin, Ausländer- und Integrationsbeauftragte in Deutschland - verwaltungsgeschichtliche sowie verwaltungswissenschaftliche Erfahrungen und Perspektiven, Veröffentlichung in Vorbereitung, Gutachter: S. Fisch/H. Hill

Kathrin Böck, Gestaltung von Arbeitsaufenthalten in der Wirtschaft für Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung als Personalentwicklungsinstrument. Theoretische Verortung und Gestaltungsempfehlungen. Stand der Praxis und Perspektiven, Veröffentlichung in Vorbereitung, Gutachter: D. Beck/R. Pitschas

Speyerer Arbeitshefte

201 Hermann Hill (Hrsg.), Verwaltung 2010 - Reader mit 10 Beiträgen aus 2010, Speyer 2010.

202 Konstantin Meljnik, Das Verhältnis von Daseinsvorsorge und Wettbewerb: Neues aus Lissabon?, Speyer 2010.

203 Holger Mühlenkamp, Zu den Steuerungswirkungen des Neuen öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesens und seiner Akzeptanz, Speyer 2011.

204 Holger Mühlenkamp, Wirtschaftlichkeit und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen im öffentlichen Sektor, Speyer 2011.

Schriftenreihe der Hochschule

207 Jong Hyun Seok/Jan Ziekow (Hrsg.), Mediation als Methode und Instrument der Konfliktmittlung im öffentlichen Sektor. Vorträge auf dem deutsch-koreanischen Symposium zum Verwaltungsrechtsvergleich 2009 vom 9. bis 13. September 2009 am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer, Berlin 2010.

208 Mario Martini, Der Zensus 2011 als Problem interkommunaler Gleichbehandlung. Verfassungsrechtliche Ausgleichs- und Abwehransprüche großer Städte gegen die Festsetzung der amtlichen Einwohnerzahl nach der Methode des registergeschützten Zensus. Mit einem Abdruck des ZensG 2011, der StichprobenV und des ZensVorbG 2011, Berlin 2011.

Speyerer Habilitationen

Alexander Windoffer, Verfahren der Folgenbewertung als Instrument der rechtlichen Sicherung von Nachhaltigkeit (Veröffentlichung in Vorbereitung).

Einverständniserklärung zur Aufnahme in das Ehemaligenverzeichnis der DHV Speyer

An die
DHV Speyer
z. Hd. Frau Barbara Schneider
Freiherr-vom-Stein-Straße 2
67346 Speyer

oder per Fax: 06232 654 446

Ich bin am weiteren Kontakt mit der Hochschule interessiert und bitte, meine Daten in das Ehemaligenverzeichnis der Hochschule aufzunehmen. Ich möchte in der internetgestützten und passwortgeschützten Ehemaligendatenbank der DHV Speyer geführt werden und erteile meine Einwilligung zur weiteren Speicherung und Verarbeitung meiner Daten, die für andere in dem Verzeichnis erfasste Ehemalige der DHV Speyer abrufbar sind. Es wird für diesen Service der DHV Speyer kein Beitrag erhoben. Das Zugangspasswort für die Datenbank mit den darin enthaltenen Angaben zu den Ehemaligen der DHV Speyer wird mir regelmäßig übermittelt werden.
Mit E-Mails an meine untenangeführte E-Mail-Korrespondenzadresse bin ich einverstanden: Ja ❍
Nein ❍

Hier meine Daten:

Name, Vorname, ggf. Titel*	
Hörer/-in in folgendem Semester	
E-Mail-Korrespondenzadresse	
Privatadresse Straße Postleitzahl, Ort Telefon Telefax	
ggf. Dienstadresse Funktion Dienststelle Straße Postleitzahl, Ort Telefon Telefax Dienst-E-Mail	

Diese Zustimmung zur Speicherung und Verarbeitung meiner Daten kann ich jederzeit widerrufen.

_____

Ort, Datum, Unterschrift

* Pflichtfeld